

# Zur Marxistischen und Neuen Politischen Ökonomie

Von

Werner W. Engelhardt

Jiří Kosta, Hans-Rudolf Peters

Herausgegeben von Günter Hedtkamp



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**Schriften des Vereins für Socialpolitik**  
**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Neue Folge Band 112**

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 112

---

Zur Marxistischen und  
Neuen Politischen Ökonomie



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

# Zur Marxistischen und Neuen Politischen Ökonomie

Von

Werner W. Engelhardt

Jiří Kosta, Hans-Rudolf Peters

Herausgegeben von Günter Hedtkamp



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**Alle Rechte vorbehalten**  
**© 1981 Duncker & Humblot, Berlin 41**  
**Gedruckt 1981 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61**  
**Printed in Germany**  
**ISBN 3 428 04810 5**

## Vorwort

Aus der Erkenntnis heraus, daß der Vergleich von Wirtschaftssystemen schwerlich auf die rein ökonomischen Aspekte im Sinne der etablierten ökonomischen Theorie und Politik beschränkt werden kann, wenn nicht wesentliche Zusammenhänge im Ordnungsgefüge und wichtige Bestimmungen der Grundphänomene im wirtschaftspolitischen Zielsystem verschüttet werden sollen, hat sich der Ausschuß zum Vergleich von Wirtschaftssystemen in seiner Sitzung am 28./29. September 1979 in Gießen auch metaökonomischen Fragen zugewendet. Wenn die dort gehaltenen Referate gesellschaftspolitische Grundpositionen, die sich aus einem mehr oder minder präzisen Bild einer Zukunftsgesellschaft ableiten, zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen gemacht haben, sei es kritisch zu den Ideen und Konzeptionen oder sei es zur Festlegung eines Referenzsystems, kontrastierend zur politischen und ökonomischen Wirklichkeit, oder sei es schließlich als Grundlage für Erklärungsansätze konkreter Phänomene, so nicht in der vereinfachenden Weise fertiger, konkurrenzlos oder dogmatisch festgelegter Ideologien, sondern es wurde versucht, offene, sich im Widerstreit der Meinungen herausbildende und sich entwickelnde Ideensysteme darzustellen. Es wurde versucht, das Gemeinsame einer bestimmten Denkrichtung als Erklärungsansatz für ein Paradigma wirtschaftlicher Ordnungszusammenhänge herauszuarbeiten und von dorthin bestimmte Phänomene zu erklären. Es konnte aber auch die Vorläufigkeit und die zeitliche Gebundenheit konkreter Lösungen gezeigt werden.

Marxistische Theorie und Neue Politische Ökonomie waren Ausgangspunkt solcher Überlegungen. Es konnte jedoch nicht der Anspruch des Ausschusses sein, *die Neue Politische Ökonomie* und *die Marxistische Theorie* in ihren mannigfachen Verästelungen auch nur referieren oder gar vergleichen und in ihren Implikationen für die Gestaltung von Systemen und Ordnungen darstellen zu wollen. Vielmehr wurden drei, den Ausschußmitgliedern wichtig erscheinende Fragestellungen herausgegriffen: die so verstandenen Determinanten von Strukturpolitiken, die vor allem im Lichte des „Stamokap“-theoretischen Ansatzes und der Neuen Politischen Ökonomie beleuchtet wurden (Peters), der Vergleich von Marxismus und Neuer Politischer Ökonomie in einigen grundsätzlichen Punkten (Engelhardt) und schließlich ein Vergleich des Bürokratiephänomens im gleichen Bezugsrahmen (Kosta). Auch bei diesen

Arbeiten zeigten sich wieder die bekannten Schwierigkeiten, denen Vergleiche dieser Art notwendigerweise begegnen; diese beginnen bei der Methodik und enden bei den unterschiedlichen Begriffsabgrenzungen und Sprachregelungen. Gerade für das Bürokratieproblem erwies sich der Vergleich als so schwierig, daß der Beitrag auf die Marxistische Politische Ökonomie beschränkt werden mußte. Solche Probleme, die sich um so mehr stellen, als sehr spezielle Ausformungen von Wirtschaftssystemen im Hinblick auf deren Determinanten mit einander verglichen werden, waren nicht zuletzt ein Grund dafür, es bei der Analyse von grundsätzlichen Positionen bewenden zu lassen. Der Ausschuß hofft gleichwohl, mit diesen Referaten die Diskussion sowohl über die grundlegenden methodologischen Fragen eines Vergleichs von Wirtschaftssystemen als auch über die konkreten Erklärungsansätze anzuregen und damit eventuell auch diese Fragen einer differenzierteren und befriedigenderen Antwort zuzuführen.

München, im November 1980

*Günter Hedtkamp*

## Inhaltsverzeichnis

Strukturpolitische Erklärungsansätze in der Stamokap-Theorie und Neuen Politischen Ökonomie Von <i>Hans-Rudolf Peters</i> , Oldenburg .....	9
Einige grundsätzliche Aspekte des Vergleichs Marxistischer und Neuer Politischer Ökonomie Von <i>Werner W. Engelhardt</i> , Köln .....	55
Das Phänomen der Bürokratie in der marxistischen politischen Ökonomie Von <i>Jiří Kosta</i> , Frankfurt .....	95





# Strukturpolitische Erklärungsansätze in der Stamokap-Theorie und Neuen Politischen Ökonomie

Von *Hans-Rudolf Peters*, Oldenburg

## I. Problemstellung

Während die reine Ökonomie ihren Modellen nur ökonomische Faktoren und Variable zugrunde legt, zieht die politische Ökonomie auch die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftsgeschehen und Politik in ihre Untersuchungen ein. Die Erweiterung des Untersuchungsfeldes um politische und gesellschaftliche Variable, wie z. B. typische Reaktionen politisch-staatlicher Entscheidungsträger, Beeinflussungstaktiken von Interessengruppen oder das Wählerverhalten, komplizieren naturgemäß die Analysen und erschweren in der Regel eine Quantifizierung der Analyseergebnisse. Demgegenüber kann bei Analysen der politischen Ökonomie auf der Habenseite ein Gewinn an Realitätsnähe stehen, der durch den eventuellen Verlust an formaler bzw. mathematischer Determiniertheit der Modellprämissen kaum geschmälert wird. Gelingt es beispielsweise, typische Reaktionen der strukturpolitischen Entscheidungsträger auf tatsächliche oder von Interessenverbänden vorgetäuschte Branchenprobleme herauszufinden, so trägt dies zur Erklärung bestimmter Phänomene der Wirtschaftspolitik bei. Eine solche Verhaltenstypologie büßt ihren Wert auch keineswegs dadurch ein, daß man eventuell die voraussichtliche Höhe der Subventionen oder den Grad von sektoralen Wettbewerbsbeschränkungen nicht exakt vorausbestimmen kann. Versuche, den Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und Regierungspopularität in politisch-ökonomischen Gesamtmodellen anhand sogenannter Popularitätsfunktionen zu erfassen, deuten zudem auf die grundsätzliche Zugänglichkeit auch der Politischen Ökonomie für quantitative Analysen hin.

Die Volkswirtschaftslehre ist von ihren Anfängen her Politische Ökonomie. Dies zeigt sich bereits deutlich in den Wirtschaftslehren und wirtschaftspolitischen Maximen der Merkantilisten, welche die damalige enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft widerspiegeln. Auch die klassische liberale Ökonomie von Adam Smith, die auf der Leitidee der individuellen Freiheit basiert, ist eingebettet in politisch-gesellschaftliche Bezüge und somit im Grunde Politische Ökonomie.

Die Smithsche Kernidee der individuellen Freiheit und Selbstentfaltung im Wirtschafts- und Arbeitsleben gewinnt erst ihre Überzeugungskraft im Kontrast zu den zünftlerischen Privilegien und zur staatsdirigistischen Wirklichkeit seiner Zeit. Die Harmonielehre von Adam Smith, derzufolge die freie, durch keine zünftlerischen Privilegien und unnötigen staatlichen Reglementierungen eingeengte Verfolgung des individuellen Eigeninteresses im Wirtschafts- und Arbeitsleben gleichzeitig dem Wohl aller bzw. der Gesellschaft dient, ist kein reiner Ökonomismus. Smith hat nicht — wie oftmals unterstellt wird — den schrankenlosen Egoismus und den Nachtwächterstaat befürwortet, sondern die freie Betätigung im Rahmen einer Rechtsordnung und unter wirkungsvoller Wettbewerbskontrolle gefordert, was den (auf seinen eigentlichen Gebieten) starken Staat voraussetzt. Auch Karl Marx, der die Harmonielehre verwirft, sieht in Adam Smith' Werk die Politische Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft repräsentiert, auf die er seine frontale Kritik richtet. Die marxistische Theorie ist in ihrem Kern Politische Ökonomie. Marx hat bei seinen grundlegenden Analysen des ökonomischen Prozesses bzw. der realen Basis stets den Zusammenhang mit dem politischen und staatlichen Überbau im Auge behalten. Nach Bernholz „hat die marxistische Theorie den Staat nie als über der Gesellschaft schwebenden deus ex machina aufgefaßt, sondern deutlich auf die Möglichkeit des Mißbrauchs der staatlichen Macht zum Zwecke der Unterdrückung einer Klasse durch die andere (etwa der Proletarier durch die Kapitalisten) hingewiesen“<sup>1</sup>. Nachzutragen ist noch, daß zweifellos auch Friedrich List Politische Ökonomie betrieben hat, wie schon der Titel seines Hauptwerkes „Das Nationale System der Politischen Ökonomie“ zeigt. Die weitgehende Ausklammerung der politisch-gesellschaftlichen Aspekte und der Übergang zur reinen Ökonomie vollzieht sich erst viel später. Sie erreicht einen gewissen Kulminationspunkt in jener Art Wirtschaftstheorie, die — wie die neoklassische Markt- und Preistheorie — nur noch Mengen und Preise in einem Koordinatensystem unter bestimmten Annahmen in Beziehung zueinander setzt und alle anderen ökonomischen und politisch-gesellschaftlichen Einflüsse durch die Klausel „ceteris paribus“ ausschaltet. In manchen hochgezüchteten Modellen quantitativen Zuschnitts hat heute weder die Politische noch die Reine Ökonomie mehr Platz, sondern es tobt sich in ihnen vornehmlich formale Mathematik aus. Insbesondere das weitverbreitete Unbehagen an der vollmathematisierten Formalökonomie hat zu einer Neubesinnung und zu verschiedenen Ansätzen einer Neuen Politischen Ökonomie nicht-marxistischen Charakters geführt.

---

<sup>1</sup> Peter Bernholz: Grundlagen der Politischen Ökonomie, Bd. 1, Tübingen 1972, S. 3.

Im Rahmen dieses Referates werden zwei Varianten der Neuen Politischen Ökonomie, nämlich die Ökonomische Theorie der Demokratie und die Mesoökonomische Theorie der Strukturpolitik, dargestellt und interpretiert. Ferner wird die neomarxistische Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap-Theorie) auf ihren Gehalt an strukturpolitischen Erklärungsmustern überprüft. Die Strukturpolitik eignet sich besonders gut als Bezugsgrundlage für die Klärung der Frage, ob und inwieweit verschiedene Varianten der Politischen Ökonomie plausible politisch-ökonomische Erklärungsansätze für diesen Teilbereich bieten; denn gerade hier verquicken sich erfahrungsgemäß politische, ökonomische und gesellschaftliche Elemente und Aspekte zu einem untrennbaren Komplex. Bei der Analyse wird herauszufinden versucht, ob und in welchem Maße die darzustellenden Varianten der Politischen Ökonomie zur Beantwortung der Frage beitragen, warum sich die Strukturpolitik in einem bestimmten Wirtschaftssystem-Typ so und nicht anders und auch unter den jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Systembedingungen kaum anders hätte entwickeln können.

## **II. Strukturpolitische Phänomene in alternativen Wirtschaftssystemen**

Bevor die zu klärenden strukturpolitischen Phänomene in alternativen Wirtschaftssystemen aufgezeigt werden, bedarf es der Eingrenzung des Analyseobjektes „Strukturpolitik“. Da die Strukturpolitik auf ökonomische Strukturen und den Strukturwandel einwirkt, werden zunächst diese beiden Begriffe erläutert. Das Wesen von Strukturen offenbart sich an der Art und Weise, wie Teile zu ihrer übergeordneten Gesamtheit und untereinander verbunden sind (qualitativer Aspekt) und an dem jeweiligen Umfang der Teile an der Gesamtmasse (quantitativer Aspekt). Allgemein läßt sich „Struktur“ definieren als die Teile eines Ganzen, die in einem bestimmten qualitativen und quantitativen Verhältnis zum Ganzen und untereinander stehen. Beispielsweise ist die Produktionsstruktur einer Volkswirtschaft charakterisiert durch die Arten der Branchenproduktionen und die Produktionsanteile der einzelnen Wirtschaftszweige an der Gesamtproduktion bzw. am Sozialprodukt sowie durch die Art und das Ausmaß der Verflechtungen der Branchenproduktionen. Im Laufe der Wirtschaftsentwicklung, die sich als Wirtschaftswachstum oder Wirtschaftsschrumpfung erweisen kann, ändern sich in der Regel die qualitativen Verhältnisse und quantitativen Proportionen der Wirtschaftszweige untereinander und zur volkswirtschaftlichen Gesamtheit.

Strukturwandlungen sind dauerhafte Veränderungen, die entweder plötzlich (z. B. als Entwicklungsbruch durch revolutionäre Erfindungen)

oder stetig vor sich gehen und deren Trend stabil ist. Auch eine einmal angestoßene, sich stetig fortsetzende Strukturänderung kommt zu einem bestimmten Zeitpunkt zwar zum Stillstand, birgt aber keine Kräfte in sich, die den Trend der Aufwärts- oder Abwärtsbewegung umkehren. Natürlich ist es oft schwer zu erkennen, ob es sich um dauerhafte und trendmäßige irreversible Strukturwandlungen oder um kurzfristige und jederzeit versible Verschiebungen im Zuge eines Konjunkturzyklus handelt.

Nach diesen Vorklärungen läßt sich der strukturpolitische Analysebereich abgrenzen:

Die Strukturpolitik politisch-staatlicher Instanzen umfaßt alle Zielsetzungen und Leitbilder, die darauf gerichtet sind

- die ordnungspolitischen Voraussetzungen für die marktmäßige Herausbildung oder die planerischen Bedingungen für die indikative oder imperative Planung wachstumsoptimaler Produktionsstrukturen zu schaffen oder zu verbessern,
- den wachstumsfördernden Strukturwandel in und zwischen den Branchen, Berufen und Regionen zu erleichtern, die strukturelle Anpassungsfähigkeit der Wirtschaftssubjekte an den Strukturwandel sowie die sektorale, regionale und berufliche Mobilität zu stärken,
- den produktivitätssteigernden technischen Fortschritt in den Wirtschaftszweigen und Regionen und die berufliche Leistungsfähigkeit zu fördern
- = „Wachstums- und produktivitätsorientierte Strukturpolitik“
- die strukturellen Voraussetzungen für die marktmäßige Herausbildung oder die indikative oder imperative Planung proportionaler Produktionsstrukturen zu schaffen oder zu verbessern,
- im Falle chronischen Marktversagens infolge anomaler Angebotsreaktion oder negativer externer Effekte bei bestimmten Güter- und Leistungsarten anderweitig für tendenzielle Gleichgewichte zwischen Branchenangebot und Nachfrage zu sorgen,
- überstürzte Umstellungs- und Anpassungsprozesse in den Wirtschaftszweigen, Berufsgruppen und Regionen sowie soziale Anpassungshärten im Zuge des Strukturwandels zu vermeiden,
- eine stabilitätssichernde Grundstoffversorgung und langfristig sichere Rohstoffbezüge für volkswirtschaftliche Schlüsselbereiche und auch für geographisch ungünstig gelegene Randregionen zu gewährleisten,

- die Lebens- und Arbeitsbedingungen monostrukturierter und unterentwickelter Regionen an die ökonomisch und sozialen Standards der besser entwickelten Regionen heranzuführen
- = „Stabilitäts- und ausgleichsorientierte Strukturpolitik“
- und alle Instrumente (Ordnungselemente, Planmaximen, Methoden, Maßnahmen), die dazu dienen
- strukturbestimmende Relationen bestimmter Wirtschaftszweige, Berufsgruppen oder Regionen zu ordnen (Branchen-, Berufs- und Raum-Ordnungspolitik) oder Ausnahmereiche an die allgemeinen Ordnungsprinzipien (wieder) anzugleichen (Ordnungsangleichungspolitik)
- = „Strukturordnungspolitik“,
- sektorale und regionale Relationen richtungsweisend zu planen (Indikative Strukturplanung) oder einzelne Problemstrukturen in marktwirtschaftlich orientierten Systemen oder alle Strukturen in zentral geleiteten Wirtschaftssystemen vollzugsverbindlich zu planen (Imperative Strukturplanung)
- = „Strukturplanungspolitik“,
- Strukturwandlungen innerhalb von und zwischen Wirtschaftsbereichen, Berufsgruppen und Regionen in einer Gesamtwirtschaft auszulösen oder zu verstärken (Strukturwandel-Beschleunigungspolitik) oder abzuschwächen (Strukturwandel-Verzögerungspolitik)
- = „Strukturwandelpolitik“,
- die Fähigkeit und Willigkeit der Wirtschaftssubjekte, sich dem sektoralen, regionalen oder berufsmäßigen Strukturwandel anzupassen, zu verbessern (Umstellungs- und Mobilitätspolitik) sowie soziale Anpassungshärten bei den vom Strukturwandel Betroffenen zu beseitigen oder zu mildern (Struktursozialpolitik)
- = „Strukturanpassungspolitik“,
- bestimmte Produktionen, Dienstleistungen, Betriebsgrößenklassen (kleine und mittlere Unternehmen) oder Einkommensrelationen (z. B. bäuerliche Einkommen) in bestimmten Wirtschaftsbereichen, Berufen oder Problemregionen auch gegen die Markttendenzen oder gegen strukturplanerische Änderungserfordernisse zu erhalten
- = „Strukturerhaltungspolitik“.

In marktwirtschaftlich orientierten Konzeptionen der Wirtschaftspolitik ist der Strukturpolitik nur eine ergänzende Funktion zur

dominierenden Wettbewerbspolitik und zur Konjunkturpolitik zuge-  
dacht. Die Hauptaufgabe der Strukturpolitik besteht darin, die struk-  
turelle Anpassungsflexibilität der Wirtschaftssubjekte in den Wirt-  
schaftszweigen, Berufen und Regionen zu verbessern sowie die intra-  
und intersektorale und -regionale Mobilität der Produktionsfaktoren  
zu erhöhen, wodurch die Voraussetzungen sowohl für die Wett-  
bewerbssteuerung als auch die Konjunkturbeeinflussung verbessert  
werden. In Konzeptionen zentralverwaltungswirtschaftlicher Prägung  
ist die imperative Strukturplanung, die der mikroökonomischen Pro-  
zeßsteuerung mittels Plananweisungen vorangeht, der dominie-  
rende Zweig der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die Hauptauf-  
gabe der Strukturpolitik in zentral geleiteten Wirtschaftssystemen be-  
steht darin, die Vorrangplanung der strukturbestimmenden Erzeug-  
nisse sowie der Prioritätsregionen mit der proportionalen Entwick-  
lung der Gesamtwirtschaft in Einklang zu bringen und dadurch die  
volkswirtschaftliche Produktivität zu steigern.

Bei Vergleichen der strukturpolitischen Kardinalziele mit der prak-  
tizierten Strukturpolitik treten beträchtliche und typische Diskrepan-  
zen zwischen strukturpolitischer Konzeption und Wirklichkeit zutage,  
und zwar sowohl in kapitalistischen Marktwirtschaften westlicher  
parlamentarischer Demokratien (mit Zwei- und Mehrparteiensystemen)  
als auch in sozialistischen Planwirtschaften östlicher Parteidiktaturen  
(mit Einparteiensystem)<sup>2</sup>.

So lassen sich aus Analysen z. B. der sektoralen Strukturpolitik in  
Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen mit vorherrschender privater  
Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und dominierender markt-  
wirtschaftlicher Steuerung des Wirtschaftsprozesses im Rahmen parla-  
mentarischer Demokratien mit Zwei- oder Mehrparteiensystem folgende  
typische strukturpolitische Praktiken und Wirkungen ableiten:

- Statt der meist proklamierten marktkonformen Struktur-  
anpassungs- und wachstumsorientierten Mobilitätspolitik sind oft eine  
überwiegend wachstumshemmende Strukturwandel-Verzögerungs-  
politik sowie eine neomerkantilistische Branchenschutzpolitik be-  
trieben worden.

---

<sup>2</sup> Näheres bei *Hans-Rudolf Peters*: Die Problematik der sektoralen Struk-  
turpolitik in alternativen Wirtschaftssystemen, in: *Ch. Watrin* (Hrsg.): Struk-  
tur- und stabilitätspolitische Probleme in alternativen Wirtschaftssystemen,  
Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. Bd. 76, Berlin 1974, S. 9 ff.; der-  
selbe: Konzeption und Wirklichkeit der sektoralen Strukturpolitik in der  
Bundesrepublik Deutschland, in: *G. Bombach / B. Gahlen / A. E. Ott* (Hrsg.):  
Probleme des Strukturwandels und der Strukturpolitik. Schriftenreihe des  
Wirtschaftswissenschaftlichen Seminars Ottobeuren, Bd. 6, Tübingen 1977,  
S. 119 ff.

- Während die Branchen- und Berufs-Ordnungspolitik mit vorwiegend anbieterprotektionistischem Charakter stark aufgebläht wurde, ist die Aufhebung nicht mehr notwendiger Ausnahmebereiche im Rahmen der Ordnungsangleichungspolitik kaum vorangekommen.
- Die branchenprotektionistische Strukturpolitik, die sich meist marktinkonformer Mittel bediente, hat zugleich mit dem gemilderten Anpassungsdruck auch die Anpassungswilligkeit der Wirtschaftssubjekte gemindert und damit die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Steuerungssystems verschlechtert.
- Zugleich wirkt die weitgehend praktizierte sektorale Strukturwandel-Verzögerungs- und Strukturerehaltungspolitik der Globalsteuerung diametral entgegen, weil die konjunkturpolitischen Instrumente bei relativ marktunabhängig festgezurrten Branchenstrukturen nicht oder nur schlecht greifen<sup>3</sup>.

Analysen der sektoralen Strukturplanung in Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen mit vorherrschender politisch-staatlicher Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und zentral geleiteter Planwirtschaft im Rahmen von Parteidiktaturen mit Einparteiensystem zeigen folgende typische strukturpolitische Praktiken und Wirkungen:

- Statt der vorgeblich angestrebten proportionalen Entwicklung der Produktionsstruktur wird seit Jahrzehnten eine forcierte Entwicklung der Schwergüter- und Produktionsmittelindustrie zu Lasten der Leichtgüter- und Konsumgüterindustrie betrieben.
- Das strukturpolitische Schwerpunktprinzip mit der Vorrangplanung und -entwicklung sogenannter strukturbestimmender Wirtschaftszweige und Erzeugnisse ist auch mittels „dynamischer Proportionalisierung“ der Strukturen kaum mit dem Proportionalprinzip in Einklang zu bringen.
- Die verstaatlichten bzw. vergesellschafteten Betriebe nahezu aller Produktions- und Dienstleistungszweige zeigen ein relativ schwaches Leistungssteigerungs- und Innovationsinteresse und weisen nur ziemlich geringfügige Steigerungen der Arbeitsproduktivitäten auf.
- In den meisten Wirtschaftszweigen hat sich ein überhöhter Drang nach Neuinvestitionen bei Unterauslastung vorhandener Kapazitäten, eine unrationelle Allroundproduktion, eine überhöhte Lagerhaltung und ein illegaler intra- und intersektoraler Tauschverkehr zwischen den „volkseigenen“ Betrieben herausgebildet.

---

<sup>3</sup> Vgl. *Hans-Rudolf Peters*: Stabilisierungspolitische Gefahren protektionistischer sektoraler Strukturpolitik, in: *H. K. Schneider / W. Wittmann / H. Würzler* (Hrsg.): *Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft*. Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. Bd. 85/II, Berlin 1975, S. 1341 ff.



Aufgabe der folgenden Analyse wird es sein, für die vorgenannten und andere strukturpolitische Phänomene und Wirkungen nach Erklärungsansätzen in der Stamokap-Theorie und in der Neuen Politischen Ökonomie zu suchen.

### III. Stamokap-Theorie und strukturpolitische Erklärungsansätze

Da die strukturpolitischen Erklärungsansätze der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap-Theorie) in deren Gesamtgerüst eingebettet sind, bedarf es zunächst einer Skizzierung der Hauptelemente dieser Theorie. Vorab sei bemerkt, daß es zwar ein theoretisches Grundgerüst „der“ Stamokap-Theorie, aber keine einheitliche Ausprägung im Detail gibt. Selbst die wesentlichen Grundlinien, die insbesondere von Mitarbeitergruppen bei den Zentralkomitees einiger kommunistischer Parteien in Ost- und Westeuropa entwickelt worden sind<sup>3a</sup>, weisen graduelle Unterschiede in einigen Elementen auf. Alle Stamokap-Varianten erheben jedoch den Anspruch, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus einen theoretisch weiterentwickelten Ansatz für die polit-ökonomische Analyse hochentwickelter kapitalistischer Wirtschaften der Gegenwart zu bieten. Dabei ist jedoch unverkennbar, daß bei der Taufe und den Ausprägungen der Stamokap-Theorie durchweg weniger die Marxsche Theorie als vielmehr die Leninsche Imperialismustheorie Pate gestanden hat. Gemeinsame Basis aller Stamokap-Ansätze ist eine Stufen-Entwicklungstheorie des Kapitalismus. Danach trat der Kapitalismus auf der ersten Stufe als Konkurrenz-Kapitalismus auf und verhielt sich gemäß den von Marx entwickelten ökonomischen Steuerungsgesetzen. Der Staat beschränkte sich in dieser Phase im wesentlichen auf die Sicherung allgemeiner Basisfunktionen für die kapitalistische Produktion, wie z. B. die Schaffung und Unterhaltung der Verkehrsinfrastruktur. Beginnend im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde dann die freie Konkurrenz mehr und mehr durch Konzentration des Kapitals, Zentralisationen bzw. Fusionen der Unternehmungen und Bildung von Kartellen eingeschränkt. Auf dieser Stufe wuchs der Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium. Da der Monopolkapitalismus einen Expansionsdrang über die nationalen Märkte und Grenzen hinaus entfaltete und zur Inbesitznahme von Rohstoffquellen auch fremde Länder eroberte, wird er in Anschluß an Lenin auch als Imperialismus bezeichnet. Nach Lenin „ist

---

<sup>3a</sup> Vgl. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: *Der Imperialismus der BRD*, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1972; *Paul Boccara u. a.: Der staatsmonopolistische Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1973 (letzte Abhandlung ist das Gemeinschaftswerk der Mitarbeiter der Abteilung Ökonomie im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) und der Zeitschrift „Economie et Politique“).

der Imperialismus der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist“<sup>4</sup>. Der monopolistische Kapitalismus, der zunächst vorwiegend als privatmonopolistischer Kapitalismus auftrat, ging dann später mit der forcierten staatlichen Monopolförderung und weitgehenden Verflechtung der privaten Monopole mit dem Staat in den staatsmonopolistischen Kapitalismus über. Der staatsmonopolistische Kapitalismus gilt als ein Herrschaftssystem, in dem „die vereinigte Macht der Monopole und des Staates . . . darauf ausgerichtet ist, das gesamte gesellschaftliche Leben den Profit- und Machtinteressen der Monopolbourgeoisie unterzuordnen“<sup>5</sup>.

Die Stamokap-Theorie modifiziert die Marxsche Klassentheorie. Während bei Marx die privaten Eigentümer der Produktionsmittel bzw. die Kapitalisten in ihrer Gesamtheit die herrschende Klasse und die nur ihre Arbeitskraft besitzenden Proletarier die beherrschte Klasse sind, üben im staatsmonopolistischen Kapitalismus die Monopole unter Einschluß der maßgeblichen Entscheidungsträger des Staates die entscheidenden Herrschaftsfunktionen aus. Die Monopolbourgeoisie wird also zur herrschenden Klasse, deren Interessen denen der werktätigen Massen sowie der nicht-monopolistischen Kapitalisten entgegengesetzt sind.

Obwohl die Stamokap-Theorie ständig den Begriff „Monopol“ benutzt, sucht man vergeblich nach einer der üblichen operationalen Definitionen der Wirtschaftstheorie. Die Stamokap-Theoretiker definieren das Monopol weder vom Wortsinn her (monos = allein) als Alleinverkäufer noch von der Marktstellung her als eine marktbeherrschende Wirtschaftseinheit, die als Anbieter einer (nahezu) substitutionslosen Ware oder Dienstleistung ohne Wettbewerber ist oder keinem wesentlichen Wettbewerb ausgesetzt ist und in der Regel zwecks Erzielung eines (über wettbewerblichem Preisniveau liegenden) Monopolpreises das Angebot verknappt. Statt dessen stößt man auf vage Umschreibungen, wie diese: „Das Wesen des Monopols aber ist — in welcher Form es sich auch immer realisiert — Herrschaft und Gewalt“<sup>6</sup>. Ferner gilt das Monopol als „reaktionäres Machtverhältnis“<sup>7</sup>, das einen „verschärften

---

<sup>4</sup> *Wladimir Iljitsch Lenin*: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 15. Aufl., Berlin (Ost) 1975, S. 95.

<sup>5</sup> Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Der Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 127 (im folgenden abgekürzt: Imp. BRD).

<sup>6</sup> Imp. BRD, S. 129.

<sup>7</sup> Imp. BRD, S. 128.

Drang zum Abbau der Demokratie“<sup>8</sup> entwickelt. Zum anderen heißt es: „Das Monopol ist die kapitalistische Negation der freien Konkurrenz als der ‚klassischen‘ Triebkraft der kapitalistischen Wirtschaft“<sup>9</sup>. Einerseits wird die freie Konkurrenz als bewegende Kraft des Kapitalismus, auf der auch Marx seine ökonomischen Gesetze im „Kapital“ aufbaute, anerkannt, andererseits geht die Stamokap-Theorie unter Berufung auf Lenin davon aus, „daß die Monopolisierung ein gesetzmäßiger Prozeß ist, der wirkt, solange die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus wirken“<sup>10</sup>. Während bei Marx das Monopol allenfalls eine Ausnahmeerscheinung ist, wird es in der Stamokap-Theorie zum dominierenden Phänomen. Nach der KPF-Version der Stamokap-Theorie „(entsteht) das Monopolunternehmen . . . aus dem Zusammenwirken von Kapitalkonzentration, kapitalistischer Vergesellschaftung der Produktion und der Monopolisierung des Marktes“<sup>11</sup>. Im Zusammenhang mit der Personifizierung des Monopolkapitals wird in der SED-Version der Stamokap-Theorie ausgeführt: „Das Monopol als ein die kapitalistische Gesellschaft mittels ökonomischer und außerökonomischer Gewalt unterdrückendes Herrschaftsverhältnis personifiziert sich im Großkapitalisten in der Monopolbourgeoisie und in ihrer Spitze, der Finanzoligarchie“<sup>12</sup>. Zur monopolbourgeoisien Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland zählen „neben den Beherrschern der großen Industrie- und Handelskonzerne die Bankherren, die Beherrscher der monopolisierten Massenmedien und die Repräsentanten des in der BRD etablierten ausländischen, besonders des amerikanischen Monopolkapitals, das weitgehend in diese Schicht integrierte Spitzenmanagement aus privatkapitalistischer und staatlicher Wirtschaft und führende Repräsentanten der Monopolverbände“<sup>13</sup>. Jetzt weiß man zwar, welche Personenkreise die Stamokap-Theoretiker unter den Begriff Monopolbourgeoisie subsumieren, aber den Monopolbegriff als ökonomische Kategorie wird keineswegs klarer. Allenfalls läßt sich aus der Aufzählung der Personenkreise der monopolbourgeoisien Führungsschicht darauf schließen, daß mit Monopolen die Konzerne, Großbanken, großen Zeitungs- und Buchverlage und (öffentlich-rechtlichen!) Rundfunk- und Fernsehanstalten gemeint sind. Im wirtschaftswissenschaftlichen Sinne geht es also überhaupt nicht um Monopole, die in der Realität schon allein wegen der meist vorhandenen Substitutionskonkurrenz im

---

<sup>8</sup> Imp. BRD, S. 129.

<sup>9</sup> Imp. BRD, S. 100.

<sup>10</sup> Imp. BRD, S. 130.

<sup>11</sup> *Paul Boccara* u. a.: *Der staatsmonopolistische Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1973, S. 348.

<sup>12</sup> Imp. BRD, S. 172.

<sup>13</sup> Imp. BRD, S. 177.

ökonomischen Bereich kaum irgendwo existieren, sondern primär um Oligopole. Die Stamokap-Theorie hätte vom Untersuchungsgegenstand her eigentlich treffender als „Theorie des Staatsoligopolistischen Kapitalismus“ bezeichnet werden sollen.

Rekurrierend auf Lenin wird angenommen, „daß ein Monopol in der Produktion nicht existieren kann, ohne daß Schritt für Schritt alle anderen Bereiche der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens monopolisiert werden“<sup>14</sup>. Hier werden also die totale Monopolisierung und das absolute Supermonopol angekündigt. Allerdings gibt es vorerst noch mehrere Monopole bzw. Monopolgruppen, die in einem „monopolistischen Wettbewerb“ stehen. Jung und Schleifstein betonen, daß die Konzeption der monopolistischen Konkurrenz das „absolute Monopol nur als Fluchtpunkt, als Richtung der Tendenz, als Ausnahme“<sup>15</sup> unterstelle. „Monopolistische Konkurrenz“ wird nicht im Sinne des „imperfect competition“ von Joan Robinson und des „monopolistic competition“ von Edward Chamberlin<sup>16</sup> verstanden, sondern gilt als „die Verkehrsform der Monopolkapitale untereinander und gegenüber den nichtmonopolistischen Kapitalen und Produzenten“<sup>17</sup>. Die Monopole sind in jedem Fall so stark, daß sie den von Marx auf der Basis der freien Konkurrenz angenommenen Trend zum Durchschnittsprofit<sup>18</sup> durchbrechen und einen überdurchschnittlichen Monopolprofit erzielen können. „Mit der Aufhebung der freien Konkurrenz ... wird das Gesetz der Durchschnittsprofitrate als Regulator der Produktion und der Profitverteilung durchbrochen“<sup>19</sup>. Nach Breuer „(ist daher) der Monopolprofit — der sowohl das treibende Motiv des Monopols wie das objektive Resultat seiner Herrschaft darstellt — die zen-

<sup>14</sup> Imp. BRD, S. 130.

<sup>15</sup> *Heinz Jung / Josef Schleifstein*: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1979, S. 148..

<sup>16</sup> Die Anfang der dreißiger Jahre von *Joan Robinson* und *Edward Chamberlin* angestellten Überlegungen offenbarten die Unvollkommenheit der Märkte, auf denen oft auch kleinere Anbieter infolge von Produktdifferenzen und Präferenzen von Seiten der Nachfrager eine „Quasi-Monopolstellung“ einnehmen können. Monopolistischer Wettbewerb liegt vor, wenn die Produzenten aufgrund der Heterogenität der Waren zwar für ihr Produkt eine Monopolstellung besitzen, aber mit anderen Produzenten, die Substitute anbieten, in Wettbewerb stehen.

<sup>17</sup> *Heinz Jung / Josef Schleifstein*: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ... , a.a.O., S. 148.

<sup>18</sup> Nach *Marx* führen das Streben der Kapitale nach Profitmaximierung und der Konkurrenzkampf unter den Bedingungen freier Konkurrenz zur Bildung von Durchschnittsprofitraten der Branchen und letztlich zur Bildung einer allgemeinen Profitrate bzw. Durchschnittsprofitrate aller Wirtschaftszweige.

<sup>19</sup> *Heinz Jung / Josef Schleifstein*: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ... , a.a.O., S. 21.

trale Kategorie des Monopolbegriffs“<sup>20</sup>. Wenn jedoch im Zuge des Monopolisierungsprozesses die Monopole das Gesetz der Durchschnittsprofitrate zu ihren Gunsten außer Kraft setzen können, so erhebt sich die Frage, ob bzw. inwieweit dann überhaupt noch der von Marx aufgezeigte Steuerungsmechanismus kapitalistischer Produktion und Profitverteilung gilt. Abgesehen von der schwierigen Trennung in einen monopolisierten und einen (noch)nicht-monopolisierten Sektor kann infolge der behaupteten Beherrschung aller Bereiche durch die Monopole schwerlich angenommen werden, daß in dem noch nicht völlig monopolisierten ökonomischen Bereichen freie Konkurrenz herrscht und somit das Gesetz der Durchschnittsprofitrate gilt. Wenn die Monopole den Trend zur Herausbildung einer allgemeinen Profitrate durchkreuzen und letztlich aufheben können, kann dann überhaupt noch das angeblich von Marx entdeckte „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“<sup>21</sup> — das letztlich als Basis für die Marxsche Krisentheorie dient — zur Anwendung kommen? Was geschieht, wenn alle Monopole überhöhte Preise bzw. Monopolprofite durchsetzen wollen und sie aus dem nicht-monopolisierten Sektor infolge von Unrentabilität und auch aus der Gesamtnachfragerschaft keinen Profit bzw. Tribut mehr herauspressen können? Beuten sich dann die Monopole gegenseitig aus? Mündet der monopolistische Wettbewerb nicht letztlich in die „freie“ Konkurrenz der Monopole auf quasi höherer Ebene, die dann die Profitraten der Monopole bzw. Monopolgruppen wieder zu einer allgemeinen Durchschnittsprofitrate angleicht? Durch diese Annahme wäre zwar ein offener Bruch mit der Marxschen Theorie vermieden, aber es könnte der Monopolprofit nicht mehr aus der Durchbrechung des Gesetzes der Durchschnittsprofitrate erklärt werden. Die Stamokap-Theorie stellt nicht nur wesentliche Elemente der Marxschen Theorie — trotz gegenteiliger Behauptung — in Frage, sondern bleibt auch Antworten auf zentrale Fragen schuldig. Auch wäre ein Rückgriff auf die ziemlich entwickelte und präzise formulierte Oligopoltheorie<sup>22</sup> wissen-

<sup>20</sup> *Wilhelm M. Breuer*: Zur Politischen Ökonomie des Monopols. Einführung in die Probleme der Monopoltheorie, Köln 1975, S. 64.

<sup>21</sup> Das Marxsche „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ basiert auf folgenden Annahmen: Ändert sich in der Wirtschaft sukzessive die „organische Zusammensetzung des Kapitals“, indem die Kapitalisten zwecks Steigerung der Arbeitsproduktivität kostenaufwendige Produktionstechnologie („konstantes Kapital“) einsetzen und sich dadurch der Anteil des konstanten im Verhältnis zum „variablen Kapital“ (Lohnkapital) erhöht, so muß — da gemäß der Marxschen Arbeitswertlehre angeblich nur das variable Kapital bzw. die Lohnarbeit Neu- und Mehrwert schafft (aus dem letztlich der Profit am Markt realisiert wird) — die Profitrate tendenziell sinken. Vgl. Karl Marx: Das Kapital, Bd. III, Frankfurt/M. 1972, S. 221 ff.

<sup>22</sup> Ein instruktiver Überblick über die Oligopoltheorie findet sich bei *Wilhelm Krelle*: Preistheorie, I. Teil: Monopol- und Oligopoltheorie, 2. Aufl., Tübingen 1976, S. 130 ff.

schaftlich lohnend gewesen. So hat beispielsweise die Oligopoltheorie typische Zielsetzungen, Verhaltensweisen und Marktstrategien, und zwar sowohl ökonomisch friedlicher als auch kämpferischer Art, herausgearbeitet. Dabei sind unter oligopolistischen Bedingungen Aspekte von Gewinn- oder Absatzmaximierung, gleichförmigem Verhalten, Kartellabsprachen, Preisführerschaft, Preiskampf, Verdrängungswettbewerb sowie Werbe- und Innovationsstrategien beleuchtet worden. Bei einer typischen Oligopolsituation auf den Gütermärkten bieten meist einige marktstarke Unternehmen ein zwar substituierbares, aber nicht völlig identisches Gut einem weitgehend gleichen Kundenkreis bzw. einer potentiellen Käuferschicht an, wobei sie als einzelne in der Regel ihren Preis kaum weit von dem der oligopolistischen Mitwettbewerber fixieren können und deshalb zur Gewinnung von Preiserhöhungsspielräumen vor allem durch Produktverbesserung, Produktdifferenzierung und Werbung ihr Güterangebot von denen der Konkurrenz in den Augen der Nachfrager abzusetzen trachten. Die empirische Oligopolforschung im Rahmen der Wettbewerbspolitik und im Zusammenhang mit der Konzentrationsforschung sowie vielfältige oligopoltheoretische Ansätze statischer, dynamischer, spieltheoretischer und verhaltenstheoretischer Art haben zur Aufhellung sowohl des marktstrategischen Verhaltens als auch von außenmarktlichen Aktivitäten und verbandsmäßigen Gruppenaktionen von Oligopolen beigetragen. Es ist deshalb ein schwerer Mangel der Stamokap-Theorie — die trotz irreführender „Monopol“-Bezeichnung offensichtlich Oligopol-situationen und ökonomisch-politische Wirkungen von Oligopolmacht analysieren will —, daß sie die Ergebnisse der wissenschaftlichen Oligopol-forschung und darauf aufbauender Oligopoltheorien kaum berücksichtigt bzw. sich mit den Aussagen der Oligopoltheorie nicht auseinandersetzt, falls sie deren Resultate für unzutreffend hält. Die Folge dieses Mangels ist, daß sich die „Monopoltheorie“ des staatsmonopolistischen Kapitalismus als ein naives polit-ökonomisches Konglomerat unbestimmter Monopolbegriffe und vager Verdachtshypothesen über „monopolistische“ Verhaltensweisen von Oligopolen präsentiert, dem nahezu jedwede stringente theoretische und empirisch fundierte Basis fehlt.

Auch die Stamokap-Theoretiker können nicht übersehen, daß — trotz mehr oder weniger Konzentrationstendenzen in einer Reihe von Wirtschaftszweigen — offensichtlich die Struktur der Volkswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen marktwirtschaftlich orientierten Ländern betriebsgrößenmäßig immer noch ganz überwiegend von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt und nach wie vor in diesem mittelständischen Bereich die Mehrzahl der Erwerbstätigen beschäftigt sowie der größte Teil des Bruttosozialproduktes

erwirtschaftet wird. Es wird eingeräumt, daß „bis heute der nichtmonopolisierte private Sektor der Hauptbereich der Mehrwert- und Profitproduktion geblieben (ist) und hier der größte Teil der Arbeiterklasse unmittelbar ausgebeutet (wird)“<sup>23</sup>. Dennoch wird unterstellt, daß die Monopole — insbesondere durch die Besetzung der ökonomischen Wachstums- und technologischen Fortschrittsbereiche — die gesamte übrige Wirtschaft weitgehend beherrschen. „Dem Widerspruch zwischen dem relativ großen Anteil der ‚Monopole‘ an der Gesamtprofitmasse und ihrem geringeren Anteil an ausgebeuteter Arbeitskraft sucht man mit einem klassischen Stützungstheorem zu begegnen, der Mittelstandsausbeutungs-These“<sup>24</sup>.“ Angeblich gelingt die Beherrschung der mittelständischen Wirtschaft vor allem durch Diktat der Bezugs- und Lieferbedingungen und damit die Ausbeutung der Zulieferer und Abnehmer, ferner durch Beherrschung der Kreditbedingungen und über Kapitalbeteiligungen sowie durch die Ausübung der Kontrolle über Forschung, technische Entwicklung und Innovationen in der gesamten Wirtschaft. Zur Stützung der These von der Ausbeutung des Mittelstandes wird meist nur die Figur des weitgehend abhängigen Zulieferers vorgeführt. Aber selbst, wenn ein Großbetrieb gegenüber kleineren Zulieferbetrieben eine starke Stellung hat und diesen eventuell die Lieferbedingungen bis zu einem gewissen Grade diktieren kann, so bleibt für ihn immer noch der Absatz seiner Produkte das Hauptproblem. Die völlige Beherrschung sowohl der Bezugs- wie der Absatzseite ist höchst selten. In der Regel stehen auch Großunternehmen im Rahmen oligopolistischer Marktstrukturen in einem intensiven Wettbewerb miteinander und mit der Auslandskonkurrenz, so daß kaum ein einzelner Oligopolist seinen Abnehmern im mittelständischen Handels- und Dienstleistungsbereich nichtmarktgerechte Preise abverlangen und überzogene Lieferbedingungen auferlegen kann, ohne daß diese sich der Substitutionskonkurrenz zuwenden. In der KPF-Version wird dies durchaus gesehen, indem es dort heißt: „Das monopolistische System unterdrückt die Konkurrenz nicht, auch nicht auf dem Markt: Es gibt ihr eine größere Dimension.“ Oder mit anderen Worten: „Der Kampf der Kapitale, für den die Konkurrenz auf dem Markt der unmittelbarste Ausdruck ist, verschärft sich mit der Bildung von Industrie- und Bankgruppen sowie des Finanzkapitals“<sup>25</sup>.“ Die Mittelstandsaus-

---

<sup>23</sup> *Heinz Jung / Josef Schleißein*: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus . . . , a.a.O., S. 57.

<sup>24</sup> *Wolfgang Rudzio*: Zwischen marxistischer Politökonomie und Erfahrung — Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: *M. Hereth* (Hrsg.): Grundprobleme der Politischen Ökonomie, München 1977, S. 127.

<sup>25</sup> *Paul Boccara* u. a.: Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 348.

beutungs-These bringt die Stamokap-Theorie noch in die Schwierigkeit, zu unterstellen, daß die Großunternehmen bzw. Monopole zwar den Profit der kleinen Zulieferer schmälern, aber diese nicht durch allzu starkes Profitdrücken ruinieren dürfen, weil sie sonst die Zulieferer als Ausbeutungsquelle verlieren und deren Produktion eventuell selbst übernehmen müssen. So heißt es denn auch: „Solange das Kräfteverhältnis zwischen dem Mammutunternehmen und dem Zulieferer so ist, daß der Gesamtprofit zugunsten des Mammutunternehmens umverteilt und dem kleinen und mittleren Unternehmer nur ein geringer Teil verbleibt, ist weder die Eingliederung noch die Fusion erforderlich<sup>26</sup>.“ Hier zeigt sich ein neuerlicher Widerspruch in der Stamokap-Theorie: Einerseits unterstellt sie eine Monopolisierungstendenz, die letztlich die mittelständischen Unternehmen zum Verschwinden bringt. Andererseits muß sie konstatieren, daß die Monopole quasi aus Eigeninteresse zwecks Aufrechterhaltung der Ausbeutungsquelle den gewerblichen Mittelstand am Leben erhalten müssen. Laut Stamokap-Theorie können allerdings die Mammutunternehmen mit dem Staat im Rücken auch die mittelständischen Unternehmen bis an den Rand des Ruins treiben, wenn sie sicher sein können, daß der Staat dann einspringt und die kleinen Unternehmen mit Steuergeldern saniert. „Das Mammutunternehmen gewinnt so auf allen Ebenen: Es nutzt die Überausbeutung aus, bezahlt keine der allgemeinen Kosten, die durch die nachlassende Geschäftstätigkeit der kleinen und mittleren Zulieferbetriebe entstehen und wälzt die Schwierigkeiten auf den Staat ab, das heißt finanziell auf die Steuerzahler, also auf die Masse der Lohnempfänger<sup>27</sup>.“ Dabei wird unter anderem übersehen, daß auch Großunternehmen und Konzerne Steuerzahler sind und somit einen Teil der Subventionen für die mittelständische Wirtschaft mittragen. Solche Tatsachen sind scheinbar für die Stamokap-Theorie völlig belanglos, wie sich auch in einem anderen Zusammenhang zeigt. So werden angeblich mittels der staatlichen Steuer- und Umverteilungspolitik, die das Steueraufkommen weitgehend den Monopolen in Form von Forschungssubventionen, Investitionsprämien und dergleichen zuschanzt, alle Steuerzahler zur Tributzahlung für die Monopole herangezogen. Abgesehen von der Tatsache, daß die staatliche Umverteilung der Einkommen primär sozialen Zwecken in Form von Kindergeld, Sparprämien, Miet- und Heizkostenzuschüssen usw. dient, wird auch hier der eigene „Tributanteil“ der steuerzahlenden und subventionsempfangenden Unternehmen unterschlagen.

---

<sup>26</sup> Paul Boccara u. a.: Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 349.

<sup>27</sup> Paul Boccara u. a.: Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 349.



Der Rückgriff der Stamokap-Theorie auf die Marxsche Klassenstaat-These involviert: Was immer auch der Staat (der Monopolbourgeoisie) tut — ob er die Monopole direkt fördert oder die mittelständischen Unternehmen vor dem Ruin rettet und sie somit als Ausbeutungsquelle für die Monopole erhält — er tut es im Interesse der Monopolbourgeoisie. Außerhalb der Vorstellungswelt der Stamokap-Theoretiker liegt, daß der Staat auch gegen das Interesse der „Monopole“ antimonopolistische Ordnungs- und Wettbewerbspolitik zur Eindämmung von Marktmacht und Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen (Mittelstandspolitik) zur Steigerung deren Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit auch gegenüber Großunternehmen betreibt. Entsprechend der Ausgangshypothese vom Klassenstaat und dem damit verbundenen Generalverdacht gegenüber allem Tun und Unterlassen des Staates klassifiziert die Stamokap-Theorie auch alle ordnungs- und strukturpolitischen Maßnahmen zur Förderung des gewerblichen Mittelstandes, der freien Berufe und anderer Mittelschichten kurzerhand als staatliche Interventionen zur Erhaltung monopolistischer Ausbeutungsquellen und zur Sicherung von Monopolprofiten. Mit der Argumentationsakrobatik, derzufolge auch offensichtlich zugunsten anderer Gruppen ergriffene Maßnahmen letztlich immer der Monopolbourgeoisie zugute kommen, „meistert“ die Stamokap-Theorie auch noch ein anderes strukturpolitisches Erklärungsproblem: Da sich die Monopolbourgeoisie zur Realisierung von Monopolprofiten bestimmt nicht gerade ökonomische Schrumpfungsbereiche bei der Kapitalneuanlage aussucht und auch gemäß Stamokap-Theorie vor allem in ökonomischen Wachstumsbereichen anzutreffen ist, müßte sich eigentlich die staatliche Monopolförderung vornehmlich auf Wachstumssektoren konzentrieren. Es ist aber genau das Gegenteil der Fall, indem die sektorale Strukturpolitik hauptsächlich den vom Strukturwandel bedrohten ökonomischen Schrumpfungsbereichen (wie z. B. der Landwirtschaft, dem Bergbau, dem Schiffsbau, der Binnenschifffahrt, der Mühlenwirtschaft) teils umfangreiche Strukturhilfen gibt und teils preis- und einkommensstützende Regulierungsmaßnahmen zugesteht. Wenn jedoch „die staatlich-politischen Entscheidungen im Endeffekt stets der weiteren Stärkung und Ausdehnung monopolkapitalistischer Macht (dienen)“<sup>28</sup> — wie Jung und Schleifstein als Verteidiger der Stamokap-Theorie behaupten —, so ist es natürlich ziemlich gleichgültig, wem sie ursprünglich zuge-dacht waren oder in welchen Bereichen sie ansetzten.

Die Ableitung der „Monopolisierung der Forschung“<sup>29</sup> und der Beherrschung des gesamten Innovationsprozesses allein aus der Möglich-

---

<sup>28</sup> *Heinz Jung / Josef Schleifstein: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus . . .*, a.a.O., S. 194.

keit von Großunternehmen, in eigenen Labors und sonstigen Einrichtungen Forschung zu betreiben oder Patente aufzukaufen, ist empirisch unhaltbar. Revolutionäre Erfindungen, weiterführende Forschungsergebnisse und technische Entwicklungen sowie Innovationen in Form verbesserter oder neuartiger Produkte und Produktionsverfahren hängen oft keineswegs allein von der Betriebsgröße und der Finanzkraft des Unternehmens ab. Ausschlaggebend für Erfindungen oder weiterführende Forschungsergebnisse sind zumeist die Erfindungsgabe und der Einfallsreichtum Einzelner oder die zielgerichteten Anstrengungen eines Forschungsteams, die sich oft ebensogut und manchmal sogar besser in Forschungseinrichtungen kleineren Formats (Institute) entfalten können. Mittlere Unternehmen sind auf dem Sektor technischer und qualitativer Verbesserungen von Produkten für den täglichen Gebrauch sogar führend, weil sie im Aufspüren technologischer und ökonomischer Marktlücken und in der Umsetzung von Ideen in marktgerechte Angebote oft wendiger sind als Großunternehmen mit ihren manchmal schwerfälligen Entscheidungsstrukturen. Selbst auf Sektoren der Spitzentechnologie, wie z. B. der elektronischen Datenverarbeitungstechnik, ist es bisher keiner Computer-Firma gelungen, die gesamte technologische Entwicklung auf diesem Gebiet für sich zu monopolisieren. Kein Konzern und kein multinationales Unternehmen ist unter Weltmarktbedingungen fähig, die technologische und ökonomische Entwicklung der gesamten übrigen Wirtschaft nach seinen Wünschen und eventuell auch gegen den Willen der Betroffenen in bestimmte Bahnen des Strukturwandels zu dirigieren. Zudem wirkt einer Monopolisierung der Forschung entgegen, daß die Grundlagenforschung — die vielfach als Basis für die Umsetzung in technischen Fortschritt dient — zumeist in Hochschulen und anderen öffentlich-rechtlichen Forschungsinstitutionen betrieben wird und ihre Ergebnisse in Form wissenschaftlicher Veröffentlichungen jedermann zugänglich sind. Auch kleine und mittlere Unternehmen, die über keine eigenen Forschungseinrichtungen verfügen, können sich im Wege der Auftragsforschung und über die staatlich geförderte Gemeinschaftsforschung am Forschungsprozeß und an der Nutzung von Forschungsergebnissen beteiligen.

Ausgangshypothese und zielgerichtetes Analyseergebnis der Stamokap-Theorie ist die zentrale These von der angeblichen Diktatur der Monopolbourgeoisie. Rekurrierend auf die Marxsche Klassenstaat-These heißt es: „Das entscheidende Instrument, mittels dessen die ökonomisch herrschende Klasse auch die politische Herrschaft ausübt, ist der Staat. In der BRD stellt der Staat als Instrument der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse ... seinem Klassenwesen nach die

---

<sup>29</sup> Paul Boccara u. a.: Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 351.

Diktatur der Monopolbourgeoisie dar<sup>30</sup>.“ Wenn die Monopolbourgeoisie ihre Diktatur hauptsächlich mittels des Staates ausübt, bedarf es zunächst der Klärung, ob und eventuell wie „der“ Staat die ihm zudiktierte Funktion erfüllen kann. Der Staat als Summierung einer Vielzahl von bundes- und landesstaatlichen sowie kommunalen Institutionen kann als fiktive Organisationseinheit nicht der Agent oder Geschäftsführungsausschuß der Monopolbourgeoisie sein. Folglich muß die Monopolbourgeoisie entweder alle staatlichen Institutionen direkt oder indirekt über ein weisungsbefugtes staatliches Zentralorgan beherrschen. Im föderativen Bundesstaat gibt es kein allmächtiges Organ, das allein weisungsbefugt ist und allen anderen staatlichen Organen in jedem und allem seinen Willen aufzwingen kann. Auch die Macht und Weisungsbefugnis der Zentral- bzw. Bundesregierung ist beschränkt und endet bei den Länderhoheiten. Zudem ist selbst die Regierung kein einheitliches Gebilde mit einem völlig zentral geleiteten und monokausal determinierten Funktionsmechanismus, der es ermöglicht, die Interessen einer Gruppe direkt und selektiv nur zugunsten dieser Gruppe in politisch-administrative Entscheidungen umzusetzen. Also selbst, wenn die Monopolbourgeoisie als Gruppe einen jeweils einheitlichen Willen zu artikulieren imstande wäre und die Bundesregierung mit dem Bundeskanzleramt und allen Bundesministerien samt deren Subsystemen beherrschen würde, so wäre ihre Diktatur noch nicht gesichert. Sie müßte ihre Herrschaft noch ausdehnen auf den Bundestag samt all seinen Ausschüssen, die Länderparlamente, die unabhängigen Gerichte, die Stadt- und Gemeinderäte, die öffentlich-rechtlichen Anstalten, die Parteien, die Gewerkschaften, die Sozialversicherungsträger, die mittelständischen Verbände und Berufsorganisationen, die Vereine, die Kirchen und sonstige Einrichtungen. Die Annahme, daß die Monopolbourgeoisie auf alle diese Organisationen den dominierenden Einfluß hat, ist irrelevant.

Nach der SED-Version der Stamokap-Theorie kann in der Periode der untergehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Monopolbourgeoisie „die gesamte wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr nur vom Standpunkt der Konkurrenzfähigkeit und der Höhe des Profits der einzelnen kapitalistischen Unternehmen und Länder im Vergleich zueinander betrachten. Ihre Hauptsorge muß vielmehr einem prinzipiellen politischen Problem gelten: der weiteren Existenz des kapitalistischen Profitsystems überhaupt sowie seiner ‚Konkurrenzfähigkeit‘ als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gegenüber dem Sozialismus<sup>31</sup>.“ Somit „(gründet) die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als veränderter Form der Herrschaft der Monopole ... auf der

---

<sup>30</sup> Imp. BRD, S. 179.

<sup>31</sup> Imp. BRD, S. 92.

Annahme der Priorität des Kollektivinteresses der Gesamtheit der Monopole vor deren Einzelinteressen, also auf dem Primat der Politik<sup>32</sup>. Angeblich haben hauptsächlich die Sorge um den Bestand des Profitsystems und die wachsende Rolle der Politik die Monopolbourgeoisie gezwungen, „das Hauptinstrument ihrer Politik, den Staat, unmittelbar in das Wirtschaftsleben einzuschalten und ihm immer umfassendere Funktionen zu übertragen. Damit wurde die Verschmelzung von Monopolen und Staat immer mehr zum objektiven Grundzug der kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnisse<sup>33</sup>.“ Im Gegensatz zum Marxschen Konzept von realer ökonomischer Basis und juristisch-politischem Überbau, das dem Staat seinen Platz im Überbau zuwies, wird in der Stamokap-Theorie der Staat weitgehend als Bestandteil der ökonomischen Basis angesehen<sup>34</sup>. Der Staat ist also nicht mehr nur ideeller Gesamtkapitalist, der das Profitsystem und die Verwertungsbedingungen für die Gesamtheit der Einzelkapitale sichert, sondern wird auch zum aktiven Förderer und Teilhaber des ökonomischen Monopolisierungsprozesses und damit weitgehend zum realen Monopolkapitalisten. Begründet wird die neue Rolle des Staates folgendermaßen<sup>35</sup>: „Die ökonomische Tätigkeit des Staates, die früher partiell war, ist heute umfassend und permanent und beeinflußt unmittelbar alle Bereiche des kapitalistischen Wirtschaftslebens ... Besonders unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution ist die staatliche Tätigkeit auf entscheidenden Gebieten der Forschung, der Investitionen und der Erschließung internationaler Märkte usw. nicht mehr nur Ergänzung, sondern Bedingung der Reproduktion des Kapitals, des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates ist zu einem immanenten Faktor des Reproduktionsprozesses und damit zu einer im unmittelbaren Sinne ökonomischen Potenz geworden.“ Demnach wird es als falsch bezeichnet, „den Staat als mehr oder weniger neben den Monopolen und dem Monopolisierungsprozeß stehend, als nur administratives Instrument, das von den Monopolen zur Einwirkung auf die gesamte Wirtschaft benutzt wird, zu betrachten. Das Kernproblem besteht darin, daß der Staat heute organisch zum Funktionsmechanismus des kapitalistischen Profitsystems gehört. Er ist selbst zum unmittel-

---

<sup>32</sup> *Margaret Wirth*: Kapitalismustheorie in der DDR. Entstehung und Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1973, S. 136.

<sup>33</sup> Imp. BRD, S. 92 f.

<sup>34</sup> So heißt es in dem Werk „Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus“, das von einem sowjetischen Autorenkollektiv zum 100. Geburtstag von Lenin erstellt worden ist (vgl. Ausgabe Berlin [Ost] 1972, S. 389): „Im staatsmonopolistischen Kapitalismus wird der Staat selbst bis zu einem gewissen Grade zu einem Teil der Basis.“

<sup>35</sup> Imp. BRD, S. 95 f.

telbaren Ausbeutungs- und Monopolisierungsfaktor geworden, dessen Wirken eben im ökonomischen Sinne mit der Tätigkeit der privaten Monopole verschmolzen ist<sup>36</sup>.“ Wenn jedoch Monopole und Staat verschmolzen und eine Einheit der realen ökonomischen Basis sind, verliert die Marxsche Basis-Überbau-Theorie ihren Sinn. Dies scheint jedoch manche „Leninisten“ nicht zu beunruhigen; denn ihres Erachtens ist „die schematische Darstellung der Wechselbeziehung von Basis und Überbau . . . ein Modell, das die Wirklichkeit bewußt vereinfacht, um ihre wesentlichsten Besonderheiten zu bestimmen“<sup>37</sup>.

Zur Vermeidung eines offenen Bruches mit der Marxschen Theorie haben deshalb andere Stamokap-Ansätze die „Verschmelzungsthese“ verworfen. Nach der KPF-Version der Stamokap-Theorie „(gibt es) zwischen den Monopolen und dem Staat weder eine Fusion noch eine Trennung, sondern es besteht eine enge Wechselbeziehung, wobei jeder zugleich eine eigene Rolle spielt und dennoch beide das gleiche Ziel verfolgen: die Erhöhung der Akkumulation von Kapital und der Konzentration, die Verstärkung der kapitalistischen Ausbeutung und die Steigerung des Profits der Monopole. Die entscheidende Rolle spielen allerdings letztlich die Monopole<sup>38</sup>.“ Es wird betont, daß man sich davor hüten müsse, „das Handeln des Staates und das der Monopole zu verschmelzen oder voneinander zu trennen“; denn Monopole und Staat verfolgten die gleichen Ziele, nur mit anderen Mitteln. Allerdings schließt dieses nicht aus, daß Widersprüche bzw. unterschiedliche Auffassungen „unter bestimmten Bedingungen zu dieser oder jener Frage der Politik des kapitalistischen Staates innerhalb der Monopolgruppen selbst oder zwischen den Gruppen entstehen“<sup>39</sup>. Jung und Schleifstein betonen, „daß das ‚gemeinsame Monopolinteresse‘ sich nur in den grundlegenden, der Systemerhaltung dienenden Aspekten als definierbar und für alle akzeptierbar erweisen wird, während es sich sonst nur als Kompromiß im Kampf der verschiedenen Monopolgruppen und ihrer politischen Repräsentanten . . . durchsetzen (wird) . . . Die verschiedenen Monopole konkurrieren also um ihren Einfluß auf die staatliche Politik, um die Richtung der wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen, um Staats- und Rüstungsaufträge, um die Einwirkung auf die Forschungs- und Wissenschaftsgremien, um Subventionen, Exportvergünstigungen und steuerliche Privilegien<sup>40</sup>.“ In einer

<sup>36</sup> Imp. BRD, S. 100.

<sup>37</sup> Sowjetisches Autorenkollektiv: Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin (Ost) 1972, S. 389.

<sup>38</sup> Paul Boccara u. a.: Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 22.

<sup>39</sup> Paul Boccara u. a.: Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 23.

<sup>40</sup> Heinz Jung / Josef Schleifstein: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus . . . , a.a.O., S. 185 f.

offenen pluralistischen Gesellschaft versuchen jedoch auch andere Gruppen und Interessenorganisationen (z. B. mittelständische Gruppen und Berufsverbände, Gewerkschaften, Bauernverbände) Einfluß auf staatliche Entscheidungen zu gewinnen, wobei deren Interessen und Forderungen keineswegs immer mit denen der Großunternehmen kollidieren müssen. Da gemäß Stamokap-Theorie die Einzelinteressen der verschiedenen Monopolgruppen widersprüchlich sein können und realiter oft sind, ist es den staatlichen und strukturpolitischen Entscheidungsträgern nahezu unmöglich, das gemeinsame Klasseninteresse der Monopolbourgeoisie, das diese noch nicht einmal selbst zu formulieren vermag, aus den teils gegensätzlichen und teils übereinstimmenden Forderungen sowie aus den verzahnten Interessen oder Teilinteressen mit anderen Gruppen herauszufinden. Es gibt also keinen Selektionsmechanismus selbst innerhalb des monopolfreundlichsten Staatsapparates, der jedesmal dem alleinigen oder überwiegenden (fiktiven Gesamt-)Interesse der Monopolbourgeoisie zu Lasten aller nicht-monopolistischen Interessen zum Durchbruch verhelfen kann.

In der zentralen Frage der Möglichkeiten und des eventuellen politischen Mechanismus zur Durchsetzung der Monopolinteressen bleibt die Stamokap-Theorie vage. So heißt es: „Das wichtigste Kennzeichen dieses Mechanismus ist die inhaltliche und organisatorische Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates. Das darf man sich nicht vereinfacht in der Weise vorstellen, daß es sich um ein reibungsloses und stets direktes Umsetzen ökonomischer Macht und ihr entsprechender Interessen der Monopolbourgeoisie in politische Gewalt, in staatliche Politik, ohne jede Zwischenglieder und ohne Konflikte, handelt<sup>41</sup>.“ Außer den Verbindungen zwischen den Repräsentanten der Monopolbourgeoisie und den maßgeblichen politisch-staatlichen Entscheidungsträgern auf gemeinsamer Klassengrundlage und aus gemeinsamen Systemsicherungs-Interesse gelten insbesondere die Wirtschaftsverbände als Schaltzentralen und Instrumente zur Durchsetzung von Monopolinteressen. „Für die Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals über den imperialistischen Staatsapparat bilden die Unternehmerverbände wichtige Transmissionen ... Alle bedeutenden Unternehmerverbände werden von den jeweils stärksten Monopolen dirigiert. Die Führungen der monopolistischen Unternehmerverbände sind untereinander personell und institutionell verflochten, so daß man von einem staatsmonopolistischen Unternehmerverbandssystem sprechen kann<sup>42</sup>.“ Die Vielzahl und Vielfalt der Branchenverbände, Arbeitgeberorganisationen und Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft (Handwerks-, Landwirtschafts-, Industrie- und Handelskammern), die

<sup>41</sup> Imp. BRD, S. 183.

<sup>42</sup> Imp. BRD, S. 193.

verschiedenen Spitzenverbänden bzw. Dachorganisationen mit unterschiedlicher Aufgabenstellung angehören, beschränkt das Machtpotential dieses Verbändekonglomerats erheblich. Die geballte Kraft „des Unternehmerverbandssystems“ entlädt sich häufig infolge unterschiedlicher Interessen der autonomen Unterverbände lediglich in kompromißträchtigen Resolutionen, Appellen und Memoranden von Spitzenorganisationen, wobei nicht selten die Interessen der zahlreicheren mittelständischen Berufszweige dominieren. Während sich die Dachorganisationen der Unternehmerverbände hauptsächlich zu allgemeinen Problemen der Konjunkturpolitik und Grundsatzfragen der Ordnungspolitik äußern, versuchen die zahlreichen Branchenverbände — häufig im Alleingang, um nicht vorzeitig verbandsmäßige Gegenkräfte zu wecken — Einfluß auf strukturpolitische Entscheidungen zu gewinnen. Erfahrungsgemäß ist das Einflußpotential der Branchenverbände, das weniger von der Betriebsgrößenstruktur der Verbandsmitglieder als von anderen Faktoren abhängt, beachtlich<sup>43</sup>. Der Einfluß der Branchenverbände auf konkrete Entscheidungen der sektoralen Wirtschafts- und Strukturpolitik resultiert hauptsächlich aus deren spezieller Kompetenz zur fachlichen (allerdings oft interessendurchwobenen) Beratung der strukturpolitischen Instanzen, mancherlei „unheiligen Allianzen“ zwischen dem Ressortegoismus von Fachministerien bzw. deren Fachreferaten und den Partialinteressen der „betreuten“ Wirtschaftszweige und gelegentlich verflochtenen Berufs- und Karriereinteressen von politisch-staatlichen Entscheidungsträgern und Verbändefunktionären. Die Stamokap-Theorie verbaut sich mit der These, daß die Monopolbourgeoisie sowohl das (fiktive) Unternehmerverbandssystem als auch alle Staatsorgane weitgehend beherrscht, von vornherein jede differenzierte Betrachtung auf empirischer Grundlage und gelangt deshalb zu globalen Aussagen von einflußtheoretischer Irrelevanz. Zudem erhalten die politisch-staatlichen Instanzen nicht nur Eingaben und Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen von Unternehmerverbänden, sondern auch von Arbeitnehmerorganisationen, wie z. B. dem Deutschen Gewerkschaftsbund und den Industrie- und anderen Branchengewerkschaften. Falls zur Aufrechterhaltung der These von der Allmacht der Monopolbourgeoisie beispielsweise der Einfluß der Arbeitnehmer über ihre Gewerkschaften als irrelevant angenommen wird, so müßte die Stamokap-Theorie zumindest nachweisen, daß die Gewerkschaften nicht die „wahren“ Interessen ihrer Mitglieder vertreten und/oder die Parteien und Regierungen in parlamentarischen Demokratien mit freien Wahlen sich allen Forderungen der Gewerk-

---

<sup>43</sup> Vgl. zum Verhältnis „Verbände und sektorale Wirtschaftspolitik“ die ausführliche Darstellung bei *Hans-Rudolf Peters: Grundzüge sektoraler Wirtschaftspolitik*, 2. Aufl., Bern/Stuttgart 1975, S. 147 ff.

schaften und damit eventuell eines großen Teils ihres Wählerpotentials verschließen können und tatsächlich verschließen. Geht man davon aus, daß die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer nicht nur in den Lohntarifverhandlungen, sondern generell vertreten, so läßt sich folgendes Verhalten registrieren: Während die Interessen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bei Lohnverhandlungen entgegengesetzt sind, unterstützen die Branchengewerkschaften in der sektoralen Strukturpolitik oft Forderungen ihres korrespondierenden Produzentenverbandes nach Branchensubventionen, wettbewerbsbeschränkenden Branchenordnungen und Branchenprivilegien jeder Art in der Hoffnung, daß dadurch der Spielraum für Lohnzugeständnisse infolge ökonomischer Stabilisierung größer und das Reservoir potentieller Mitglieder ihrer Branchengewerkschaft zumindest gewahrt bleibt. Hieran zeigt sich einmal mehr, daß die Interessen von subventionsfordernden Unternehmern und von Arbeitnehmern, die dadurch ihre Arbeitsplätze gesichert wähnen, durchaus gleich sein können. Obwohl Stamokap-Theoretiker eine derartige Interessenübereinstimmung in Einzelfällen nicht ausschließen, muß ihres Erachtens jedoch „entschieden bestritten werden . . ., daß die Arbeitsplatzzerhaltung das Motiv und die Ursache der staatlichen Intervention darstellt . . . Vielmehr erwartet die staatliche Politik die Erhaltung von Arbeitsplätzen als Resultat der Sanierung der Ertrags- und Absatzlage der Privatunternehmen. Die Arbeitsplatzsicherung ist also bestenfalls ein Nebenprodukt der Intervention“<sup>44</sup>.“ Hier schlägt also wieder die Verdachtshypothese durch, daß die konjunktur- und strukturpolitische Investitionsförderung zwecks Konjunkturanregung oder Umstrukturierung gar nicht primär auf die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung und die Sicherung von Arbeitsplätzen abzielt, sondern — eventuell ganz unabhängig davon — vor allem der Profitsicherung und Vermögensanreicherung der Kapitalbesitzer und damit letztlich den angeblich dominierenden Monopolinteressen dienen soll.

Das wirtschafts- und strukturpolitische Credo der Stamokap-Theorie, das da lautet: „die Sicherung höchstmöglicher Monopolprofite und des Profitsystems ist der einzige Zweck aller staatsmonopolistischen Maßnahmen“<sup>45</sup>, mündet letztlich in einer Art politischer Verdachtsökonomie, die überhaupt keine realen Differenzierungen im staatlichen Handeln mehr wahrnimmt. Der These vom Klassenstaat der Monopolbourgeoisie und von der permanenten Monopolbegünstigung widersprechen eine Fülle von ordnungs-, struktur-, konjunktur- und sozialpolitischen Regelungen und Maßnahmen, die direkt antimonopolistisch

---

<sup>44</sup> *Heinz Jung / Josef Schleiße*: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus . . ., a.a.O., S. 212.

<sup>45</sup> *Imp. BRD*, S. 284.



gestaltet sind (wie z. B. Kartellverbote, Fusionskontrollen) oder primär andere Schichten begünstigen. Aufgrund der faktischen Priorität des Vollbeschäftigungszieles, das vorrangig am Beschäftigungsstand des Faktors Arbeit ausgerichtet ist, sowie vielfältiger struktur- und sozialpolitischer Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungs- und Berufschancen von Arbeitnehmern und nicht zuletzt im Hinblick auf die Macht der Arbeiter als Wählerpotential in einer Arbeitnehmergesellschaft „ließe sich nämlich ebensogut auch umgekehrt behaupten: der Staat sei eigentlich — seinem Wesen nach — ein Instrument der abhängig Beschäftigten und folge diesem Triebe, soweit ihn nicht Druck des Monopolkapitals zu Zugeständnissen diesem gegenüber zwingt“<sup>46</sup>. In einer offenen pluralistischen Gesellschaft mit vielfältigen Gruppen, Kräftegruppierungen, Mehrparteiensystem und freien Wahlen sowie ausbalancierten politisch-staatlichen Machtverhältnissen und einem unabhängigen Gerichtswesen wirkt die These von der Diktatur der sogenannten Monopolbourgeoisie nicht überzeugend, selbst dann, wenn zur Stützung auf eine Verschwörungstheorie zurückgegriffen wird. Da die Personengruppen und Einzelpersonlichkeiten, die zur Monopolbourgeoisie als einer quasi verschworenen Ausbeutungsgemeinschaft gerechnet werden, teilweise ganz unterschiedliche Interessenschwerpunkte haben — man denke z. B. an das Hauptinteresse des Parteipolitikers an Wählerstimmenmaximierung und an das hauptsächliche Streben des Unternehmers nach Gewinnmaximierung —, dürfte es schwerfallen, überhaupt gemeinsame konkrete Ziele der (versworenen) Gemeinschaft aufzuzeigen.

Die Stamokap-Theorie enthält widersprüchliche Argumentationslinien. So ist das von der Stamokap-Theorie beschriebene Herrschaftssystem der Monopolbourgeoisie ein merkwürdig widersprüchliches Gebilde, in dem einerseits die allmächtige Monopolbourgeoisie eine Diktatur über Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ausübt, andererseits aber ihre Monopole untereinander und mit der übrigen Wirtschaft konkurrieren und selbst im Wettbewerb mit anderen angeblich von ihr beherrschten Gruppen um die Gunst ihres Werkzeuges, nämlich den Staat, bei wirtschafts- und strukturpolitischen Entscheidungen buhlen müssen. Auch hinsichtlich der Systemrationalität und der Überlebenschance des kapitalistischen Systems werden widersprüchliche Argumentationslinien deutlich, indem einerseits das bisherige Überleben des kapitalistischen Systems wesentlich mit konjunkturel- und strukturpolitischen Stützungs- und Regulierungsmaßnahmen des Staates begründet, andererseits aber gerade das verstärkte Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsgeschehen als Verstärkung der Krisenanfälligkeit ange-

---

<sup>46</sup> *Wolfgang Rudzio*: Zwischen marxistischer Politökonomie und Erfahrung . . ., S. 138.

sehen wird. So wird beispielsweise eingestanden, daß die „unter dem Sammelbegriff Strukturpolitik zusammengefaßten Instrumente ... als wichtige Stützen der Kapitalwanderung und -verwertung im Interesse der Monopole (wirken)“<sup>47</sup>. Auch wird eine der wesentlichen Folgen der staatlichen Förderung der Investitionstätigkeit darin gesehen, „daß sich der unmittelbare Einfluß der Kaufkraft der Massen als Maßstab der Investitionstätigkeit verringert hat ... Das bedeutet, daß die Monopole auch in der Krise und in der Depressionsphase viele Investitionen auf relativ hohem Niveau weiterführen oder nur relativ wenig vermindern“<sup>48</sup>. Da Aufrechterhaltungen der Investitionstätigkeiten zugleich Sicherung von Beschäftigung, Einkommen und Kaufkraft bedeuten, flachen sich auch die Konjunkturschwankungen ab. Gemäß Stamokap-Theorie werden die Diskrepanzen zwischen ständiger Überproduktion von Waren und Kapital einerseits und Mangel an Kaufkraft der werktätigen Massen andererseits, die zu zyklischen Krisen führen, dadurch gemindert, „daß ein großer Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in den Bereich der Investitionen und des Staatsverbrauchs gelenkt und dort brachgelegt, das heißt vom Standpunkt der Kapitalfunktion aus vernichtet wird. Das bedeutet aber, daß der Widerspruch zwischen Produktion und Markt nicht nur durch die Krise in einer relativ kurzen Zeitspanne, sondern in gewissem Umfang ständig, in fast allen Phasen des Zyklus gelöst wird. Die Folge davon ist, daß die direkte zyklische Krise unmittelbar an Umfang und Schärfe in der Tendenz abgeschwächt wird, die Kapitalvernichtung aber und die dadurch entstehenden gesellschaftlichen Verluste zu einer ständigen Erscheinung werden ...“<sup>49</sup>. Dabei bleibt unberücksichtigt, daß den angeblichen „gesellschaftlichen Verlusten“ durch Staatsverbrauch und staatliche Investitionen doch gesellschaftliche Wohlfahrtsgewinne in Form von höherem Beschäftigungsstand und Einkommensniveau, höheren Sozialleistungen und verbesserten Infrastrukturleistungen gegenüberstehen können. Es wird aber immerhin zugestanden, daß die Krisen durch staatliche Regulierungsmaßnahmen gemildert werden können. Andererseits wird jedoch behauptet, daß sich die Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems durch die staatliche Regulierung verschärft; denn angeblich „(ist) der Zusammenstoß von Spontaneität und Planmäßigkeit in diesen Mechanismus gewissermaßen einprogrammiert, damit aber auch die Zunahme von Disproportionen der verschiedensten Art“<sup>50</sup>. Gemäß Stamokap-Theorie wird der Kapitalismus seinem Unter-

<sup>47</sup> *Heinz Jung / Josef Schleifstein*: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ..., a.a.O., S. 61.

<sup>48</sup> Imp. BRD, S. 291.

<sup>49</sup> Imp. BRD, S. 304.

<sup>50</sup> *Heinz Jung / Josef Schleifstein*: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ..., a.a.O., S. 220.

gang, wie bereits von Karl Marx auf der Basis des dialektischen und historischen Materialismus vorhergesagt<sup>51</sup>, nicht entgehen, weil sich unter monopolkapitalistischen Bedingungen angeblich die Krisen lediglich auf andere Ebenen verlagert haben und in anderen Formen auftreten (insbesondere Finanz- und Haushalts-, Währungs- und Strukturkrisen) und sich die allgemeine Krise in der Sterbephase des Kapitalismus verschärft.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß sowohl die generelle politisch-ökonomische als auch die spezielle strukturpolitische Erklärungsrelevanz der Stamokap-Theorie für konkrete Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme mit vorherrschender privater Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und dominierender marktwirtschaftlicher Steuerung im Rahmen parlamentarischer Demokratien mit Zwei- oder Mehrparteiensystem gering ist. Der geringe Aussagewert dieser „Theorie“, die sich quasi als eine Art politischer Verdachtsökonomie mit widersprüchlichen Argumentationslinien präsentiert, resultiert vor allem aus mangelnder definitorischer Prägnanz infolge vager Globalbegriffe, fehlender stringenter Theoriebasis, logischen Argumentationsbrüchen, mangelnder empirischer Fundierung und Festhalten an der Ausgangshypothese von der angeblichen Diktatur einer sogenannten Monopolbourgeoisie, die mehr ein dämonisierter Mythos als Realität ist.

Würde man allerdings die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus — die von der Bezeichnung her eigentlich eher auf eine Theorie für staatskapitalistische Zentralverwaltungswirtschaften schließen läßt — auf sozialistische Staaten mit vorherrschender politisch-staatlicher Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und zentral geleiteter Planwirtschaft im Rahmen von Gesellschaftssystemen mit Einparteiensystem anwenden, so könnte sie einige zutreffende Tatbestände zutage fördern und bestimmte Systemzusammenhänge klären helfen. In Staaten des real existierenden Sozialismus mit einer herrschenden kommunistischen Partei oder sozialistischen Einheitspartei und einem zentral geleiteten Wirtschaftssystem mit riesigen Industriekombinaten, volkseigenen Konzernen und staatlichem Außenhandels-, Kredit- und Devisenmonopol konzentriert sich die gesamte politisch-staatliche und ökonomische Macht bei dem Zentralkomitee der herrschenden Partei. Das mächtigste Organ ist das Politbüro des Zentralkomitees, dessen relativ wenige Mitglieder von der Parteibasis und vom Volk her nahezu unkontrollierbar sind und eine Parteidiktatur über die Gesellschaft, den Staat und die Wirtschaft ausüben können und realiter oft ausüben. Deshalb trifft die zentrale These der Stamo-

---

<sup>51</sup> Vgl. *Hans-Rudolf Peters: Politische Ökonomie des Marxismus — Anspruch und Wirklichkeit*, Göttingen 1980, (UTB 1064), S. 34 ff.

kap-Theorie von der Diktatur einer politisch, staatlich und ökonomisch verschmolzenen Machtmonopolgruppe haargenau die Situation dieser totalitären Staaten, in denen eine relativ kleine Schicht von Spitzenfunktionären die formal allen Staatsgenossen gehörenden Produktionsmittel de facto allein dispositiv dirigieren und über ihnen ergebene Unterfunktionäre verwalten sowie ihre Eigeninteressen (Machtausdehnung, Prestigeziele etc.) auch zu Lasten der Werktätigen und ihren Willen in ihrem Herrschaftsbereich weitgehend diktatorisch durchsetzen kann.

#### **IV. Ökonomische Theorie der Demokratie und strukturpolitische Erklärungsansätze**

In der traditionellen Theorie der Wirtschaftspolitik dominierte lange Zeit das Ziel-Mittel-Denkschema. Demzufolge bemühte sich der Wirtschaftswissenschaftler, Instrumente oder Mittelkombinationen ausfindig zu machen, mit denen ein von der Politik gesetztes Ziel möglichst weitgehend unter Minimierung eventuell schädlicher Nebenwirkungen voraussichtlich erreicht werden konnte. Dabei wurde in der Regel unterstellt, daß die politischen Entscheidungsträger für die Bevölkerung wohlfahrtsmaximierende Ziele uneigennützig verfolgen.

Die Ökonomische Theorie der Politik in Demokratien führt wirtschaftswissenschaftliche (insbesondere marktanaloge) Denkmodelle in die Politikwissenschaften ein und analysiert mit wirtschaftstheoretischem Instrumentarium zielgerichtete politische (also auch wirtschafts- und strukturpolitische) Prozesse und Phänomene. Dabei werden analog der Gütermarkttheorie Modelle von Wählerstimmenmärkten konstruiert und beispielsweise unter Annahme nutzenmaximierender Verhaltensweisen von Wahlbürgern, politischen Parteien und Interessengruppen das Niveau, die Struktur und die Qualität der Versorgung mit öffentlichen Gütern zu bestimmen versucht<sup>52</sup>. Die politischen Institutionen — also Parlament, Regierung, Ministerien und andere politisch-staatliche Institutionen mit Entscheidungsspielraum — werden als Gremien mit mehr oder weniger eigennützigem Zielen betrachtet<sup>53</sup>. Zwar wird nach wie vor nicht ausgeschlossen, daß die politischen Entscheidungsträger wohlfahrtsmaximierende Ziele zugunsten der Bevölkerung zu erreichen suchen und entsprechend dem Wahlmechanismus

<sup>52</sup> Vgl. *Ulrich Fehl*: Öffentliche Versorgung und Wählerstimmenmarkt. Ein Beitrag zur politischen Ökonomie, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*, Bd. 28/1977, S. 83 ff.

<sup>53</sup> Vgl. *Hans-Rudolf Peters*: Konzeption und Wirklichkeit der sektoralen Strukturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: *G. Bombach / B. Gahlen / A. E. Ott* (Hrsg.): *Probleme des Strukturwandels und der Strukturpolitik*, a.a.O., S. 139 ff.; derselbe: *Grundzüge sektoraler Wirtschaftspolitik*, 2. Aufl., Bern/Stuttgart, S. 32 ff., 147 ff.

sogar bis zu einem gewissen Grade zu Allgemeinwohl-Zielen gezwungen werden, aber es werden dabei immer die Eigeninteressen der politisch-staatlichen Instanzen berücksichtigt. Nach Frey „(können) beim Handeln staatlicher Entscheidungsträger ‚private‘ (d. h. organisationsinterne) und gesellschaftliche Erträge und Kosten beträchtlich auseinanderfallen. Damit entsteht eine Tendenz zu gesellschaftlich nicht optimalen (verzerrten) Handlungen<sup>54</sup>.“

Ausgangspunkt der Ökonomischen Theorie der Demokratie von Anthony Downs ist die Parteienkonkurrenz. Die Politiker der Parteien wollen an die Regierungsmacht kommen oder dort bleiben, um gute Regierungsposten, hohes Ansehen und Sozialprestige zu erringen oder zu behalten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen in einer parlamentarischen Demokratie mit Mehrparteiensystem die Regierungspartei bzw. die regierenden Koalitionsparteien mit den Oppositionsparteien um die Wählerstimmen konkurrieren. Analog der hauptsächlichen Zielsetzung der Gewinnmaximierung im Wirtschaftsleben ist die Stimmenmaximierung das Hauptziel der Parteien. Die Politiker der Parteien fungieren quasi als politische Unternehmer. „Um ihre privaten Ziele zu erreichen, treten sie mit jenen politischen Programmen hervor, von denen sie sich den größten Gewinn an Stimmen versprechen, so wie die Unternehmer aus dem entsprechenden Beweggrund diejenigen Waren produzieren, von denen sie sich den höchsten Gewinn versprechen<sup>55</sup>.“ Es wird unterstellt, daß die Bürger in der Politik rational im Eigeninteresse handeln, indem jeder Wähler für diejenige Partei stimmt, die ihm seiner Meinung nach mehr Vorteile bringen wird als jede andere Partei. Mit anderen Worten: Die Bürger geben denjenigen politischen Unternehmern ihre Stimme bei der Wahl, die ein Programm anbieten und voraussichtlich verwirklichen werden, das ihren Interessen und Bedürfnissen am nächsten kommt. Es wird angenommen, daß der Wahlmechanismus eventuelle leere Versprechungen der Politiker unterbinden oder zumindest eindämmen wird, analog den Sanktionen des Marktmechanismus in Form von Gewinneinbußen und Vermögensverlusten bei werbemäßig hochstilisierten, aber faktisch schlechten Marktleistungen.

Im Downschen Modell, in dem die politischen Parteien und die Wähler die Hauptakteure sind, wird Politik zu einem Optimierungsproblem. Die nach Stimmenmaximierung strebenden Parteien werden in der Regierungsposition vor allem jene Ausgabenposten verstärken, die voraussichtlich die meisten Stimmen bei der Wahl einbringen und

---

<sup>54</sup> Bruno S. Frey: *Moderne Politische Ökonomie*, München/Zürich 1977, S. 121.

<sup>55</sup> Anthony Downs: *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen 1968, S. 289.

in der Einnahmenpolitik nur jene Steuern erhöhen, welche die wenigsten Stimmenverluste erwarten lassen. Unter der Annahme der Voraussehbarkeit und möglichen Quantifizierung der wahlpolitischen Auswirkungen politischen Handelns ständen die Politiker ähnlich da, wie die Unternehmer der neoklassischen Markt- und Preistheorie, die lediglich Nutzen- und Produktionsfunktion in Einklang zu bringen hätten. Bei Gewißheit könnte das stimmenmaximierende Budget ebensogut von einem Computer ermittelt werden. Da aber politische Entscheidungen in der Regel unter Unsicherheit über die wahlpolitischen Auswirkungen getroffen werden, kann der Computer dem Politiker zwar mit statistischen Entscheidungsunterlagen dienen, ihm aber die Entscheidungen kaum abnehmen. Ferner läßt die Tatsache, daß die meisten Wähler keine unangemessen hohen eigenen Informationskosten für ihre Wahlentscheidung aufwenden, den Politikern einen beachtlichen Freiraum für die Praktizierung politischer Überredungskünste. Für die Mehrzahl der Wähler dürfte die Downsche Aussage zutreffen, daß „(es) in der Regel irrational (ist), politisch gut informiert zu sein, denn die niedrigen Erträge der Daten rechtfertigen einfach nicht, was sie an Zeit und anderen knappen Mitteln kosten“<sup>56</sup>. Die Folge ist, daß viele Wähler den Zusammenhang zwischen Regierungsverhalten und der Veränderung ihres Nutzeneinkommens höchstens grob schätzen. Da die meisten Wähler keine Kosten aufwenden, um der Regierung oder den Parteien direkt ihre Meinungen mitzuteilen, müssen diese Institutionen selbst Informationskosten für Meinungsforschung aufwenden oder sich kostenlose (allerdings häufig dann interessendurchwobene) Informationen zu beschaffen suchen. Um die Präferenzen der Vielzahl der Wähler herauszufinden, hören die Politiker insbesondere auf veröffentlichte Meinungen von Massenorganisationen und nehmen deren Forderungskataloge, sofern sie einen Stimmenzuwachs erwarten lassen, meist ernst. Aber auch zahlenmäßig kleine Interessenorganisationen, die eine wichtige Expertengruppe (z. B. Piloten der Fluggesellschaften) vertreten und ihren Forderungen durch streikähnliche Aktionen Nachdruck verleihen, haben große Chancen, ihre Anliegen durchzusetzen.

Überhaupt neigen die politisch-staatlichen Instanzen in der parlamentarischen Demokratie dazu, organisierte Gruppen zu begünstigen. Da die heterogen zusammengesetzte Verbraucherschaft sich kaum organisieren läßt, werden die Interessen der Konsumenten in der Politik oft ungenügend berücksichtigt. Nicht zuletzt resultiert die Begünstigung von Produzenten zu Lasten von Konsumenteninteressen daraus, daß sich die aus Eigeninteresse leicht in Verbänden organisierbaren Produzenten in ihren fachspezifischen Interessenorganisationen zu-

---

<sup>56</sup> *Anthony Downs: Ökonomische Theorie der Demokratie*, a. a. O., S. 253.

meist einen hohen Aufwand für Fachinformationen leisten und ihr umfangreiches Fachwissen zur interessendurchwobenen Beratung und Durchsetzung ihrer Forderungen bei den politisch-staatlichen Instanzen benutzen. Olson kommt zu dem Ergebnis, „daß das organisierte und aktive Interesse kleiner Gruppen dahin tendiert, über die nicht-organisierten und nicht-geschützten Interessen großer Gruppen zu obliegen“. Als Beispiel in diesem Zusammenhang führt er an: „Oft erreicht trotz der scheinbaren Herrschaft der Mehrheit eine relativ kleine Gruppe oder ein Industriezweig einen Zollltarif oder eine Steuererleichterung auf Kosten von Millionen von Verbrauchern oder Steuerzahlern<sup>57</sup>.“ Häufig nehmen die auf Stimmenfang ausgehenden Regenten bei ihrer Gruppenbegünstigungspolitik an, daß eine einkommenswirksame Gruppenbegünstigung sofort bei den Begünstigten fühlbar und auch unmittelbar wahlmäßig honoriert wird, während die mit den gruppenbegünstigenden Förderungsmaßnahmen eventuell verbundenen Belastungen in Form von allgemeinen Steueranhebungen oder Preissteigerungen dem relativ großen Kreis der Steuerzahler und Konsumenten kaum bewußt werden. Hieraus erklärt sich die besonders in der sektoralen Strukturpolitik zu beobachtende Neigung zu einer Politik der Gruppenbegünstigung und des Branchenprotektionismus. Ufert diese Politik zu einer Gruppenbegünstigung rundum aus, so bringt diese zwar den Erstbegünstigten noch etwas ein, läßt aber mit zunehmender Zahl der begünstigten Gruppen eventuelle anfängliche Gruppenvorteile dahinschmelzen. Dies merken jedoch die Wähler oft erst nach der Wahl.

Eine Erklärung dafür, warum eine aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene Partei, wie die SPD, im Grunde die von den Regierungen der CDU/CSU und Union/FDP begonnene produzentenlastige sektorale Strukturpolitik weiterverfolgt, liegt in folgendem: Die SPD hat einen festen Stamm von Wählern, vorwiegend aus der Arbeiterschaft, erlangt aber ihre Regierungsmehrheit nur durch Koalitionen mit der FDP und zu Buche schlagende Stimmen aus dem Wählerpotential der Mittelschichten. Von dem Medianwähler — sei er nun Selbständiger oder Angestellter in gehobener Position — glaubt man zu wissen, daß er einen Hang zur Bevorzugung stabiler ökonomischer Verhältnisse hat und ebenso wie die Arbeiterschaft heute stark sicherheitsorientiert ist. Deshalb wäre die tatsächliche Praktizierung einer mobilitätsorientierten Strukturanpassungspolitik, die schon unter der Bundesregierung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD in den Grundsätzen der sektoralen Strukturpolitik von 1968 niedergelegt ist, wahlpolitisch für die Bundesregierung risikohaft. Es könnte nämlich

---

<sup>57</sup> Mancur Olson: Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968, S. 142.

leicht geschehen, daß der mit einer solchen Politik verbundene stärkere Zwang zur Umstellung und Strukturanpassung sowohl Medianwähler als auch vom voll durchschlagenden Strukturwandel betroffene Arbeiter verprellt. Nach Downs stimmen konkurrierende Parteien in allen Fragen ziemlich überein, für die eine Mehrheit der Bürger eine starke Präferenz hat<sup>58</sup>. Da der risikofreudige Pionierunternehmer Schumpeterscher Prägung und der total mobile Arbeitnehmer verschwindend kleine Minderheiten sind und das Sicherheitsmotiv und die Abneigung gegen Orts- und Arbeitsplatzwechsel in der Masse des Wahlvolkes dominiert, präferieren alle im Bundestag vertretenen Parteien eine Strukturwandelverzögerungs- und Strukturerehaltungs-politik.

Das wesentliche Verdienst der Downsschen Ökonomischen Theorie der Demokratie liegt darin, durch Übertragung der neoklassischen Wettbewerbstheorie auf die Parteienkonkurrenz und die Konstruktion eines Wählerstimmenmarktes bewährte wirtschaftswissenschaftliche Analysemethoden für politische Prozesse und Strukturen fruchtbar gemacht zu haben. „Die in diesem Rahmen entwickelten, auf expliziter Axiomatik und formaler Logik basierenden und zumeist empirisch gehaltvolle Konklusionen anstrebenden Modelle der Politik werden dabei nicht selten als Beginn einer wirklich wissenschaftlichen Theorie der Politik im Sinne eines unbezweifelten analytischen Wissenschaftsverständnisses begriffen und der unsicher wirkenden Methodenvielfalt der Politikwissenschaft entgegengestellt<sup>59</sup>.“ Allerdings werden auch sogleich die Grenzen dieses ökonomisch-politischen Ansatzes deutlich, wenn man bedenkt, daß alle Einwände gegen die teils wirklichkeitsfernen Prämissen der neoklassischen Markt- und Wettbewerbsmodelle bestehen bleiben. „Die Theorie unterstellt — nicht als Abbildung der Wirklichkeit, sondern als die Analyse vereinfachende Verhaltenshypothese —, daß die einzelnen Individuen — jedes für sich — rational entscheiden und handeln. Jedes versucht — so wird angenommen — in bewußter und expliziter Rechnung jene Alternativen, die bei gegebenen Zielen ein Minimum an Kosten erfordern, oder aber: die bei gegebenen Mitteln ein Maximum an Zielrealisierung ermöglichen, ausfindig zu machen<sup>60</sup>.“ Zudem impliziert das Downssche Grundmodell, in dem als Hauptakteure zwei oder mehrere Parteien und eine Vielzahl autonomer Wähler agieren, eine Vernachlässigung der weitgehenden Gruppenstruktur der pluralistischen Gesellschaft. Die Einteilung der Wäh-

<sup>58</sup> Vgl. *Anthony Downs*: Ökonomische Theorie der Demokratie, a. a. O., S. 290.

<sup>59</sup> *Wolfgang Rudzio*: Eine Verwissenschaftlichung der Politikwissenschaft?, in: *A. Arndt / H. Ehmke / I. Fetscher / O. Massing* (Hrsg.): *Konkretionen politischer Theorie und Praxis*, Stuttgart 1972, S. 105.

<sup>60</sup> *Guy Kirsch*: *Ökonomische Theorie der Politik*, Tübingen 1974, S. 8.



ler in relativ gut und weniger gut unterrichtete Stimmbürger erfaßt keineswegs die Wirklichkeit der heutigen Gruppengesellschaft mit ausgeprägten oligopolistischen Strukturelementen. Außerdem involviert der neoklassische Ansatz, daß es lediglich individuelle, aber keine kollektiven Entscheidungen auf seiten des Wahlvolkes gibt. Entscheidungsträger sind stets die Individuen, selbst dann, wenn ihre Wahlentscheidungen von ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe geprägt worden sind und sie ihre Stimme quasi unter Kollektivzwang abgeben. Aufgrund ihres neoklassischen Ansatzes verbleibt die Downssche Ökonomische Theorie der Demokratie im Mikrobereich und stößt kaum in den Mesobereich der Gruppen vor. Demgegenüber dominieren in der empirischen Forschung der Neuen Politischen Ökonomie politisch-ökonomische Modelle mit vorwiegend makroökonomischen Variablen<sup>61</sup>. Es wird im Rahmen dieser Modelle meist zu testen versucht, ob und inwieweit ökonomische Makrogrößen — wie insbesondere die Arbeitslosenquote, die Inflationsrate und das Wirtschaftswachstum bzw. die Wachstumsrate des real verfügbaren Volkseinkommens — die Popularität und die Wahlchancen einer demokratischen Regierung beeinflussen. Mit anderen Worten, es wird nach signifikanten Zusammenhängen zwischen der kurzfristigen Wirtschaftslage, wie sie sich in der jeweiligen Konjunktursituation zur Wahlzeit widerspiegelt, und den Wahlchancen oder dem Wahlergebnis geforscht.

Ich habe beachtliche Zweifel, ob hier die wirklich relevanten ökonomischen Einflußvariablen auf das Wählerverhalten zugrundegelegt werden. Sieht man einmal von Extremfällen der Vergangenheit — wie der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre — ab, so scheinen mir für das Wählerverhalten weniger die allgemeine Konjunkturlage zur Wahlzeit oder auch vorher als vielmehr die in den unmittelbaren Arbeits- und Lebensverhältnissen von Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen eingetretenen strukturellen Änderungen bedeutsam. Alle Berufsgruppen reagieren auf belastende Strukturänderungen in ihrem unmittelbaren Tätigkeitsbereich meist heftig. Dagegen sind nicht wenige Berufsgruppen, wie z. B. die große Gruppe der Bediensteten im öffentlichen Dienst, von der allgemeinen Konjunkturlage höchstens mittelbar, und zwar meist nur über Veränderungen des Preisniveaus, betroffen. Auch unter dem Gesichtspunkt des Zeithorizonts der Wähler läßt sich beobachten, daß die allgemeinen Konjunkturlagen der Vergangenheit kaum im Gedächtnis der Wähler haften bleiben. Dagegen prägen sich unmittelbar erlebte Strukturveränderungen im eigenen

---

<sup>61</sup> Vgl. Bruno S. Frey: Politisch-ökonomische Modelle: Übersicht und Stand der Forschung, in: E. Helmstädter (Hrsg.): Neuere Entwicklungen in den Wirtschaftswissenschaften. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 98, Berlin 1978, S. 503 ff.

Lebens- und Arbeitsbereich, die eventuell zu einschneidenden Umstellungen im Beruf oder in der Lebensweise geführt haben, viel stärker ein. Erfahrungsgemäß ist kaum eine Regierung in der Lage, die Binnenkonjunktur, die von vielen einheimischen und weltwirtschaftlichen Faktoren abhängt, wahlzeitgerecht zu steuern. Daher bleiben Rezepturen für eine stimmenmaximierende Politik, die darauf hinauslaufen, etwa zwei Jahre vor der Wahl eine leichte Rezession bewußt anzustreben und im Wahljahr mit einer wirtschaftspolitisch ausgelösten glänzenden Konjunkturlage die Wahlen zu gewinnen, nur theoretische Gedankenspiele. Zudem kann die Zielverfolgung eines maximalen Wirtschaftswachstum für die Wahlchancen einer Regierung eventuell verheerende Wirkungen haben, wenn dabei auf Umweltschutzerfordernisse keine Rücksicht genommen wird und ein von Wachstumssprüngen ausgelöster massiver Strukturwandel eine Vielzahl von strukturellen Anpassungsproblemen in den Branchen, Berufen und Regionen mit sich bringt. Da erfahrungsgemäß die vom Strukturwandel negativ Betroffenen dazu neigen, die strukturellen Belastungseffekte der Regierung anzulasten und mangelnde Strukturhilfen mit Stimmentzug bei der nächsten Wahl zu quittieren, versuchen die Regenten zumeist, den Strukturwandel zu bremsen und mittels einer Politik der Gruppenbegünstigungen und Wahlgeschenke einem Stimmenschwund entgegenzuwirken. Die praktizierte Politik gezielter Wahlgeschenke, die auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft ausgerichtet wird, zeigt denn auch die weitaus stärkere Bedeutung mesoökonomischer Handlungsparameter. Viel eher als die allgemeine Konjunktur wahlzeitgerecht zu steuern, ist die Regierung nämlich in der Lage, Strukturhilfen in Form von Subventionen, Steuervergünstigungen oder Wettbewerbsbeschränkungen zugunsten bestimmter Wirtschaftszweige oder Gruppen zu planen und einzuführen. Dies zeigt, daß möglicherweise den makroökonomischen Variablen viel weniger Bedeutung für die Regierungspopularität und das Wahlverhalten der Bürger zukommt als bisher angenommen wurde.

## **V. Erklärungsansatz der Mesoökonomischen Theorie der Strukturpolitik**

Da die Downssche Ökonomische Theorie der Demokratie im Mikrobereich verbleibt und sich die bisherigen empirischen Forschungen der Neuen Politischen Ökonomie auf Modelle mit makroökonomischen Variablen konzentrieren, ist der gruppenmäßig strukturierte Mesobereich stark vernachlässigt worden. Somit fehlen für die im Mesobereich angesiedelte Strukturpolitik, die bei den Gruppen, Branchen und Regionen — also mittleren Aggregaten zwischen Einzel- und Gesamtwirt-

schaft — ansetzt, plausible theoretische Erklärungen und adäquate empirische Analysemodelle. Dies hat mich bewogen, für die Entwicklung einer Mesoökonomischen Theorie der Strukturpolitik und politisch-ökonomischer Modelle mit vorwiegend mesoökonomischen Variablen zu plädieren und einen eigenen Beitrag zu leisten<sup>62</sup>.

Die Mesoökonomische Theorie der Strukturpolitik basiert auf folgenden systemtheoretischen Überlegungen: Bekanntlich ist es üblich geworden, die Volkswirtschaftslehre in Mikro- und Makroökonomik einzuteilen. Die Mikroökonomik analysiert das ökonomische Geschehen von Einzelwirtschaften, wie es sich hauptsächlich in der Nachfrage der Haushalte und dem Angebot der Unternehmungen auf den Märkten zeigt. Die Makroökonomik untersucht dagegen gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, die vor allem an den Beziehungen von volkswirtschaftlichen Kreislaufgrößen (wie z. B. des Volkseinkommens, der Gesamtnachfrage, des Investitionsvolumens und des Beschäftigungsstandes) deutlich werden. Bei dieser Grobeinteilung in Mikro- und Makroökonomik und dementsprechend der hauptsächlichlichen Beschäftigung mit einzel- und gesamtwirtschaftlichen Sachverhalten kommen die wesentlichen gruppenwirtschaftlichen Phänomene zu kurz. Die traditionelle Volkswirtschaftslehre bewegt sich auf ihrem Hauptterrain in einem ökonomischen und gesellschaftlichen Wunderland, in dem es weder Interessenorganisationen noch gruppenspezifische Machtstrukturen gibt. Werden jedoch in den wirtschaftstheoretischen Modellen und wirtschaftspolitischen Rezepturen die wesentlichen mesoökonomischen Sachverhalte der heutigen Gruppengesellschaft — nämlich die Probleme, Forderungen und Reaktionen von Gruppen, Branchen und Regionen — außer acht gelassen, so wird den Mixturen die faktische Heilkraft für wirtschaftliche und gesellschaftliche Gebrechen versagt bleiben.

Die ökonomische Strukturtheorie (Theorie des sektoralen und regionalen Strukturwandels, Strukturplanungstheorie) und die Strukturpolitik, die weder bei den Einzelwirtschaften noch bei gesamtwirtschaftlichen Aggregaten ansetzen und deshalb weder bei der Mikro- noch bei der Makroökonomik beheimatet sind, verlangen einen eigenständigen Systembereich mit arteigenen Analysewerkzeugen. Entsprechend den Hauptansatzpunkten der Strukturtheorie und Strukturpolitik, nämlich den Wirtschaftszweigen, Gruppen und Regionen, empfiehlt sich, eine Mesoökonomik für diese größenmäßig mittleren Aggregate zwischen Einzel- und Gesamtwirtschaft zu schaffen. Einzelne verstreute Bausteine einer solchen Mesoökonomik — wie sie z. B. in Ansätzen zu

<sup>62</sup> Vgl. *Hans-Rudolf Peters*: Funktionen der Mesoökonomik, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*, Bd. 28/1977, S. 300 ff.; derselbe: *Sektorale Strukturpolitik und Mesoökonomik*. In: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, 6/1978, S. 261 ff.; derselbe: *Grundlagen der Mesoökonomie und Strukturpolitik*, Bern/Stuttgart 1981.

einer Theorie des Strukturwandels, Theorie der Verbände und des kollektiven Handelns sowie Theorie der Bürokratie bereits vorliegen — sollten aufgegriffen, ergänzt und mit weiteren Bausteinen zu einem mesoökonomischen Theoriegebäude zusammengefügt werden.

Die Mesoökonomik ist also zur hauptsächlichlichen theoretischen Grundlage der Strukturpolitik auszubauen. Sie hat die branchen-, regions- und gruppenmäßigen Sachverhalte und Aspekte des Strukturwandels zu analysieren, eventuell drohende Strukturprobleme für die Volkswirtschaft und Gesellschaft aufzuzeigen und Muster von strukturpolitischen Problemlösungen anzubieten. Dabei sind insbesondere die Partialinteressen und gruppenbedingten Verhaltensweisen der mesoökonomischen Einheiten (Branchenverbände, Regions- und Gruppenorganisationen, Industrieministerien), die häufig von den einzel- und gesamtwirtschaftlichen Interessen abweichen, offenzulegen.

Auf tragfähigen mesotheoretischem Fundament lassen sich politisch-ökonomische Meso-Modelle entwickeln, mit deren Hilfe bestimmte Phänomene der Strukturpolitik erklärt und empirisch überprüft werden können. Im folgenden Grundriß eines politisch-ökonomischen Meso-Modells fungieren die strukturpolitischen Entscheidungsträger (Parlamentarier, Parteifunktionäre, Minister, Ministerialbeamte) in einer parlamentarischen Demokratie als politische Unternehmer, die eine Maximierung ihrer Wählerstimmen und/oder des institutionellen und personellen Nutzens anstreben. Die strukturpolitischen Instanzen (Parlamente, Regierungen, Ministerien) sind potentielle Anbieter von Strukturhilfen, die von den Branchenverbänden und Berufsgruppen nachgefragt werden. Es kann angenommen werden, daß auf dem „Markt für Strukturhilfen“ immer ein Angebot latent vorhanden ist. Zum einen sind erfahrungsgemäß die strukturpolitischen Instanzen grundsätzlich immer — selbst bei gelegentlichen ordnungspolitischen oder verteilungspolitischen Bedenken — bereit, gegen eine als adäquat empfundene und ihren Interessen dienende Gegenleistung eine Strukturhilfe aus ihrem Arsenal zu tauschen. Zum anderen gibt es Formen von Strukturhilfen, die der Staat fast jederzeit relativ leicht produzieren, anbieten und gewähren kann. Zu diesen Strukturhilfen gehören vor allem sektorale Wettbewerbsbeschränkungen zugunsten bestimmter Wirtschaftszweige und Berufsgruppen. Im Gegensatz zu den Strukturhilfen in Form von Branchensubventionen und Steuervergünstigungen, deren Angebot infolge knapper staatlicher Finanzmittel und des Zwanges zum Budgetausgleich begrenzt sind, können Wettbewerbsbeschränkungen ohne Produktionskosten (wenngleich meist nur unter gesellschaftlichen Wohlfahrtseinbußen) fast beliebig staatlicherseits offeriert werden. Da erfahrungsgemäß die flexiblen marktwirtschaftlich organisierten Gesamtordnungen ein relativ hohes Maß von Wettbewerbsbe-

schränkungen auf Teilgebieten — wenn auch nur unter Einbußen an Funktionsfähigkeit der Marktsteuerung — verkraften können, sind die strukturpolitischen Instanzen mit derartigen ordnungsinkonformen Maßnahmen allzu schnell bei der Hand.

Viele wettbewerbsreduzierende Bestimmungen in Branchengesetzen und Rechtsverordnungen zeugen davon, daß selbst dann, wenn ordnungspolitisch weniger einschneidende Mittel zur Verfügung standen, den wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen der Vorzug gegeben worden ist. Die Vorliebe der strukturpolitischen Instanzen für sektorale Wettbewerbsbeschränkungen, die sich auch aus der relativen öffentlichen Unmerklichkeit solcher meist unauffälligen Regelungen in speziellen Branchengesetzen und Berufsordnungen erklärt, trifft sich mit der hohen Wertschätzung, die Branchenverbände und Berufsgruppen gerade den getarnten und langfristig zu ihren Gunsten wirkenden Wettbewerbsbeschränkungen entgegenbringen. So verwundert es nicht, daß aus der unheiligen Allianz von Staat und Verbänden ganze Geflechte von Wettbewerbsbeschränkungen bis hin zu kompletten Anbieterschutzordnungen entstanden sind. Diese aus einer Verknüpfung von wettbewerbsreduzierenden Einzelementen bestehenden Anbieterschutzordnungen von oft unbegrenzter Dauer, die meist hinter wohlklingenderen Namen — wie z. B. Agrarmarktordnungen, Berufsordnungen, Energiewirtschaftsordnung, Güterverkehrsordnung — verborgen werden, wirken in der Regel zu Lasten Dritter, und zwar vornehmlich der Nachfrager bzw. Konsumenten und/oder der Steuerzahler.

Die Branchenverbände und Berufsgruppen bezahlen die strukturellen Hilfen einschließlich der wettbewerblichen Privilegien in Form von Wettbewerbsbeschränkungen — sieht man von illegalen Bestechungen und Zuwendungen an die Parteikassen ab — nicht in Geld oder geldwerten Leistungen. Ihre potentielle Gegenleistung kann in ihrem Einfluß gesehen werden, die Stimmen ihrer Mitglieder bei der nächsten Wahl den Regenten oder der Opposition zu erhalten oder zuzuführen. Sie kann aber auch darin bestehen, den Ministerialbeamten durch verbandsseitige Unterstützung zu Bedeutungszuwächsen und eventuell mittelbar zu Beförderungen verhelfen zu können. Je nach strukturpolitischer Entscheidungsebene sind für das Tauschobjekt andere Bestimmungsfaktoren maßgebend. Werden strukturpolitische Entscheidungen von Gewicht auf hoher politischer Ebene (Minister, Kabinett, Parlaments- oder Parteigremien von Rang) beschlossen, so steht der Aspekt der Stimmenmaximierung von Wählern für die Entscheidungsträger im Vordergrund. Die Verbände, die eine Strukturhilfe — häufig direkt vor der Wahl — anstreben, müssen also bei den Politikern zumindest den Eindruck erwecken, daß sie einen wesentlichen Beitrag hinsichtlich der Wählerstimmenzuführung oder -erhaltung lei-

sten können. Gleichzeitig müssen sie glaubhaft machen, daß die von ihnen angestrebte Begünstigung ihrer Gruppe wegen öffentlicher Unmerklichkeit keinen nenenswerten Wählerverprellungseffekt bei nichtbegünstigten oder gar dadurch belasteten anderen Wählergruppen hat. Werden strukturpolitische Entscheidungen auf niedrigerer Entscheidungsebene von Fachbeamten, deren Berufskarriere meist weniger vom politischen Wahlausgang berührt wird, getroffen, so steht als Entscheidungsmotiv vor allem die Aussicht steigender institutioneller und personeller Bedeutung im Mittelpunkt. Bei vorwiegend branchenmäßiger Ministeriumsgliederung neigen erfahrungsgemäß Fachbeamte dazu, die Forderungen der jeweils von ihnen „betreuten“ Branchen nach Strukturhilfen zu erfüllen oder zumindest zu unterstützen<sup>63</sup>. Sie tun dies, weil sie die maßgeblichen Branchenvertreter und Verbände als Verbündete zur Verteidigung von Ressortinteressen gewinnen oder nicht verlieren wollen. Ferner versprechen sie sich von einer Stärkung der „betreuten“ Wirtschaftszweige auch einen eigenen institutionellen und personellen Bedeutungszuwachs mit Verbesserung ihrer Beförderungschancen. Zudem können die Branchen- und Berufsverbände dem Ministerialbeamten manche Gegenleistung bieten, indem sie ihn z. B. für seine Arbeit mit verbandseigenen Statistiken oder anderen Unterlagen versorgen, in Fachfragen beraten und bei passender Gelegenheit beim Minister loben. Die beträchtliche Verbändeaffinität der Ministerialbürokratie in den Fachressorts erklärt, weshalb oft relativ kleine Gruppen ihre Partialinteressen zu Lasten unorganisierter großer Gruppen (insbesondere der Verbraucher), die über keinen speziellen Zugang zu den Entscheidungsträgern und keine potentielle Gegenleistung verfügen, durchsetzen können.

In der Regel behalten sich die Regenten alle strukturpolitischen Entscheidungen, die von ihnen als wahlpolitisch bedeutsam erkannt oder angesehen werden, selbst vor und überlassen bedeutungslose Detailregelungen und als wahlpolitisch neutral oder belanglos eingeschätzte strukturpolitische Maßnahmen der Ministerialbürokratie. Allerdings strukturieren die Fachbeamten zumeist auch die struktupolitischen Entscheidungen der Spitze des Ministeriums schon durch die Zusammenstellung der Entscheidungsunterlagen und ihre Empfehlungen vor. Die meisten strukturpolitischen Entscheidungen, die ich während meiner langjährigen Tätigkeit im Bundesministerium für Wirtschaft miterlebt habe, sind entscheidend vom Beamtenapparat geprägt und nur in seltenen Fällen vom Minister verändert worden. Das Rückgrat der Bundesministerien sind die Referenten, die meist aufgrund

---

<sup>63</sup> Vgl. *Hans-Rudolf Peters*: Wirtschaftspolitik als Organisationsproblem, in: *Wirtschaftsdienst — Wirtschaftspolitische Monatsschrift des Hamburger Weltwirtschafts-Archivs*, Jg. 55 (1975), Nr. 2, S. 79 ff.

ihrer Fachkenntnisse und manchmal auch infolge zielstrebig monopolisierter Vorgangskennntnisse am ehesten in der Lage sind, komplizierte Fachfragen zu beurteilen, vage Gesetzesformulierungen zu interpretieren und Problemlösungen im Sinne der Ressortpolitik zu unterbreiten. Für die Staatsbediensteten der Referatsebene, deren Berufskarriere meist weniger als die der politischen Beamten (Staatssekretäre, Abteilungsleiter) vom politischen Wahlausgang berührt wird, steht bei Handlungen mit Ermessensspielraum kaum der eventuelle wahlpolitische Effekt im Vordergrund. Auch bei ihnen muß damit gerechnet werden, daß sie nicht stets vorrangig Allgemeinwohlziele verfolgen. Schon allein die hierarchische Struktur der Staatsbürokratie, die teilweise weitaus stärker als in der Wirtschaft gestaffelt ist, erzeugt für den aufstiegsbestrebten Staatsfunktionär einen Hang zum Opportunismus.

Der „Aufstiegs- und Beförderungsmarkt“ in Ministerien und anderen Ämtern, der meist durch ein knappes Beförderungstellenangebot und eine Übernachfrage nach Aufstiegsposten gekennzeichnet ist, hat seine eigenen „Gesetzmäßigkeiten“ sowie oft auch beachtliche Ausstrahlungen auf wirtschafts- und strukturpolitische Entscheidungen. Auf diesem „innerbehördlichen Aufstiegsmarkt“ herrscht meist ein mehr oder weniger unvollkommener Wettbewerb, bedingt vor allem durch sachliche und persönliche Präferenzen der ebenfalls nach eigener Nutzenmaximierung strebenden Entscheidungsträger, die über eine Beförderung Untergebener entscheiden oder mitbefinden. Die besten Beförderungschancen hat oft jener Bedienstetentyp, der sich vor allem durch stete Dienstbeflissenheit gegenüber seinen Vorgesetzten hervor- tut und diesen möglichst weitgehend inner- und außerressortmäßige Querelen und Komplikationen erspart. Zu höheren Positionen schwerer gelangt dagegen oft gerade jener „Bilderbuchbeamte“, der — wie es seine Aufgabe ist — die Prinzipien des Allgemeinwohls stets bei seinen Entscheidungen beachtet und dabei auch Auseinandersetzungen mit Partialinteressen von Gruppen, Verbänden und innerhalb des Staatsapparates nicht scheut. Das Allgemeinwohl läßt sich in der Regel aus den Prinzipien der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (wie z. B. dem Wettbewerbsprinzip, den Prinzipien der Chancengleichheit, der Steuergerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs) bestimmen, so daß bei Entscheidungsfindungen das Allgemeininteresse (z. B. am Schutz des Wettbewerbs und damit Schutz der Verbraucher vor preislicher Ausbedeutung oder an der Verwirklichung von Chancengleichheit beim Zugang zu Märkten, Berufen und Ausbildungsgängen) zumeist klar erkennbar ist. Häufige Verstöße gegen das Allgemeinwohl bei wirtschafts- und strukturpolitischen Entscheidungen sind immer ein Zeichen, daß die Entscheidungsprozesse fehlgesteuert werden und/oder der Sanktionsmechanismus bei Fehlentscheidungen nicht funktioniert. Behörd-

liche Auswahlssysteme von Entscheidungsträgern oder Beförderungsgepflogenheiten, die das Wohlverhalten mehr als die eventuell konfliktträchtige Verteidigung des Allgemeinwohls begünstigen, erzeugen — im Sinne idealistischer Staatsauffassungen — ein anomales Entscheidungsverhalten, indem die staatlichen Entscheidungsträger ihre Entscheidungen statt am Allgemeinwohl gegebenenfalls an beförderungsdienlichen Aspekten zu Lasten des Allgemeinwohls ausrichten.

Im Bereich der Strukturpolitik gibt es oft „unheilige Allianzen“ zwischen Produzentenverbänden und Branchengewerkschaften, die gemeinsam die politisch-staatlichen Entscheidungsträger dazu drängen, „ihrer“ Branche Subventionen (zu Lasten der Steuerzahler) oder wettbewerbsbeschränkende Regulierungen (zu Lasten der Marktgegenseite bzw. der Verbraucher) einzuräumen. Die Branchengewerkschaft unterstützt die Forderungen ihres korrespondierenden Produzentenverbandes in der Erwartung, daß sich mit der Verbesserung der unternehmerischen Ertragslage mittels Staatshilfe auch ihre Chancen zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen verbessern. Im föderativen Bundesstaat bedrängen zudem Koalitionen von Landesregierungen, Produzentenverbänden, Gewerkschaften und regionalen Organisationen häufig die Bundesregierung, strukturelle Schrumpfungsprozesse in bestimmten Branchen und Regionen durch staatliche Interventionen aufzuhalten. Dabei läßt sich beobachten, daß Regierungen aller parteipolitischen Couleur dazu neigen, schrumpfenden Wirtschaftszweigen mit arbeitsintensiver Produktion besonders umfangreiche und vielfältige Strukturhilfen selbst dann zu gewähren, wenn diese für die Regierungsparteien unmittelbar gar kein nennenswertes Wählerpotential enthalten. Bei Beachtung der ökonomischen Interdependenzen klärt sich jedoch auch dieses scheinbare Paradoxon. So lag z. B. ein wesentliches Motiv für die massive Förderung des Ruhrkohlebergbaus auch zu Zeiten von CDU-Regierungen, die kaum ein nennenswertes Wählerpotential bei den Ruhrkumpels erwarten konnten, in der befürchteten Ausstrahlung einer permanenten Steinkohlenkrise auf andere Berufsgruppen mit beachtlichem CDU-Wählerpotential. Die durch den Strukturwandel auf dem Energiemarkt ausgelöste Steinkohlenabsatzkrise im bevölkerungsreichen Bergbauland Nordrhein-Westfalen betraf ja nicht nur unmittelbar die Bergleute, sondern mittelbar über Absatzeinbußen auch die Einzelhändler, Gastwirte und andere Waren- und Dienstleistungsanbieter. Umgekehrt hat die Aufrechterhaltung der ziemlich verbraucherfeindlich und unsozial wirkenden Agrarmarktordnungen sowie der umfangreichen Strukturhilfen für die Landwirtschaft auch unter sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen, die kaum ein nennenswertes Wählerpotential in der konservativ gesinnten Bauern-



schaft haben, spezifische Gründe. Zum einen kann kaum noch eine Bundesregierung an dem System der EG-Agrarmarktordnungen rütteln ohne mit den französischen Agrarinteressen in Konflikt zu geraten und eventuell ein Auseinanderbrechen der EG zu riskieren. Zum anderen spekulieren die Parlamentarier, bestärkt von einer rührigen inner- und außerparlamentarischen Agrarlobby, darauf, daß die meisten Wähler das höchst komplizierte System der verbraucherfeindlich wirkenden Agrarmarktordnungen mit ihren Interventionspreisen und mengenmäßig unbeschränkten Absatzgarantien kaum durchschauen und deshalb stoisch hinnehmen. Ferner scheuen sich die Parlamentarier, die indirekte Stützung bäuerlicher Einkommen über die Marktordnungen und zu Lasten der Verbraucher und Steuerzahler aufzugeben, weil sie dann eventuell direkte Einkommenshilfen geben und offen im Bundeshaushalt ausweisen müßten. Die Phalanx der grünen Front, vorweg der Deutsche Bauernverband, hat deshalb mit allen Mitteln die Agrarmarktordnungen verteidigt, weil diese Tarnkappe die enorme Stützung der Landwirtschaft verbirgt.

## **VI. Strukturpolitische Erklärungsansätze in der Ökonomischen Theorie der bürokratisch organisierten Produktion sozialistischer Einparteiensysteme**

In sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen sowjetischen Typs, in denen Staatseigentum an Produktionsmitteln vorherrscht sowie die Wirtschaftsstrukturen zentralplanerisch festgelegt und der Wirtschaftsprozess durch Partei- und Staatsfunktionäre der allein maßgebenden kommunistischen Partei bürokratisch gelenkt wird, spielen Marktprozesse kaum und Wahlen nur eine geringe Rolle. Marktprozesse finden sich in der Sowjetunion als Residuum auf den sogenannten Kolchosmärkten, auf denen Angehörige landwirtschaftlicher Genossenschaften die erzielten Agrarüberschüsse über die Pflichtablieferungen und die Agrarerzeugnisse der ihnen zur individuellen Nutzung überlassenen kleinen Landfläche anbieten dürfen. Wahlen nach Einheitslisten und Blocksystem dienen primär der formalen Bestätigung der von der maßgebenden kommunistischen Partei ausgesuchten eigenen und anderer ideologisch zuverlässiger Kandidaten. Sie haben deshalb nichts gemein mit freien Wahlen westlicher Demokratien, bei denen autonome Parteien um den Wahlsieg kämpfen und diejenigen Parteien, welche die Mehrheit der Parlamentssitze auf sich vereinigen, Regierungsmacht auf Zeit übertragen erhalten. Die Erklärung allgemeiner politischer und wirtschaftspolitischer Phänomene durch Rückgriff auf die Markt- und/oder die Wahltheorie hilft bei sozialistischen Systemen mit bürokratisch gelenkter Produktion und faktischer Ein-

parteienherrschaft also nicht weiter. Statt dessen müssen Erklärungsansätze für diese Systeme vorwiegend in der Theorie der Bürokratie und hier speziell derjenigen von Einparteiensystemen gesucht werden.

Wesentliches Charakteristikum von Bürokratien bzw. bürokratischen Großorganisationen ist die Hierarchie, die mehr oder weniger lange Ketten von Vorgesetzten und Untergebenen schafft. Die Aufnahme neuer Arbeitskräfte in die Bürokratie erfolgt in der Regel durch den Leiter der betreffenden Bürokratie oder auf Weisung vorgesetzter Stellen und nicht aufgrund von Wahlentscheidungen außerhalb der Einstellungs-Bürokratie stehender Bürger. Die Leistungen der Bürokratie-Angehörigen werden in der Regel nicht durch marktmäßige Bewertung ihres Outputs gemessen, sondern vorwiegend nach bürokratischen Kriterien, wie z. B. Nützlichkeit ihrer Tätigkeit für die Reputation der bürokratischen Institution oder deren Leiter. Für Beförderungen innerhalb der Bürokratie ist es zumeist weniger wichtig, ob die verwalteten Bürger oder Werktätigen mit der Arbeit und Qualität der Verwaltungsakte eines Bürokratie-Angehörigen zufrieden sind. Dagegen kommt es primär darauf an, daß sich ein maßgeblicher Vorgesetzter für die Beförderung einsetzt. Hierarchische Strukturen fördern das Streben nach Macht, Prestige und höherem Einkommen, das sich alles durch Beförderung erreichen läßt. Höhere Positionen in der Bürokratie sind in der Regel mit größeren Kompetenzen, mehr Untergebenen und/oder Verwaltung eines größeren Budgets verbunden. Je stärker sich eine Bürokratie ausdehnt, um so mehr Leitungsposten von Abteilungen, Unterabteilungen und Referaten sind zu besetzen und desto stärker steigen die Beförderungschancen. Daraus erklärt sich das permanente Bürokratie-Wachstum, das Northcote Parkinson treffend beschrieben hat.

Das Spezifische an der Bürokratie konkreter sozialistischer Staaten ist die Erringung einer Monopolstellung im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, die im wesentlichen durch keine außerbürokratische Kontrolle über einen Markt- und/oder Wahlmechanismus in Schach gehalten wird. Konflikte in Wirtschaft und Gesellschaft, die entgegen der naiven marxistischen Annahme ja nicht mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln einfach verschwinden, müssen jetzt vornehmlich auf bürokratischem Wege ausgetragen werden. Eines der schwerwiegendsten Probleme innerhalb sozialistischer Einparteiensysteme ist sicherlich das permanente Spannungsverhältnis zwischen Parteispitze (Politbüro, Zentralkomitee), die ihre Macht um jeden Preis erhalten will, und der nach Machtausdehnung strebenden übrigen Partei- und Staatsbürokratie. Diese Problematik und die verschiedenen Mittel zur Durchsetzung des Führungsanspruchs der Parteispitze, wie z. B. das Organisations- und Leitungs-

prinzip des demokratischen Zentralismus, stehen jedoch hier nicht zur Diskussion. Unter strukturpolitischem Aspekt ist dagegen das Spannungsverhältnis zwischen Zentralplanungsinstanz und den branchenmäßig organisierten Zweigverwaltungen (insbesondere den Industrieministerien) relevant. Bei der Suche nach strukturtheoretischen Erklärungen für typische Praktiken der sowjetischen sektoralen Strukturpolitik kann naturgemäß nicht der hierarchisch und weit verzweigte Planungs- und Wirtschaftslenkungs-Apparat der UdSSR zugrundegelegt werden, sondern es genügt, ein organisatorisch einfacheres Modell zu betrachten. Allerdings kommt man mit dem einfachsten Modell der reinen Zentralverwaltungswirtschaft, in dem eine quasi allwissende Zentralplanungsbehörde mit unbegrenzter Planungskapazität alle Wirtschaftsstrukturen plant und den gesamten Wirtschaftsprozeß nach einheitlichem Willen lenkt, nicht weiter. Für strukturpolitische Analysen sind auf jeden Fall die Mehrstufigkeit des Planungsapparates und eventuelle Eigeninteressen der Branchenplanungs- und Branchenlenkungsorgane zu berücksichtigen. Dies kann im Rahmen der Mesoökonomischen Theorie der Strukturpolitik, die durchaus zu einer allgemeinen Erklärungs-Theorie der Strukturpolitik verschiedener Wirtschaftssysteme ausgebaut werden kann, geschehen.

Die zentrale Planung und Lenkung einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft läßt sich erfahrungsgemäß weder ohne umfangreiche und richtige Informationen der Zentralplanungsinstanz noch ohne Zwischenschaltung von Zweigverwaltungen als Mittler im Informationsprozeß zwischen Planungszentrale und Betrieben bewerkstelligen. Schenk, der in einer bahnbrechenden Arbeit die Rolle dieser mesoökonomischen Verwaltungsorgane analysiert, geht von folgender These aus: „Die Zweigverwaltungen sind — entgegen einer im Westen als problemlos hingegenommenen Auffassung — für die Zentrale sehr unzuverlässige Informationsübermittler. Somit erfüllen sie die ihnen gestellte Aufgabe — Kontrolle der Unternehmen im Sinne zentraler Präferenzen — nur unzureichend<sup>64</sup>.“ Begründet wird dies damit, daß die Branchenverwaltungen bzw. Industrieministerien ebenso wie die Betriebe ein Interesse an möglichst leichterfüllbaren bzw. „weichen“ Plänen haben und deshalb auf diesen Zweck gerichtete Falschinformationen der Betriebe kaum korrigieren. In der Regel hängen nämlich die Beförderungschancen der leitenden Funktionäre in den Industrieministerien von der Planerfüllung des jeweils von ihnen zu beaufsichtigenden Industriezweiges ab. Im Falle von spektakulären Planrückständen des

---

<sup>64</sup> *Karl-Ernst Schenk*: Ein organisationstheoretisches Konzept der Regelungsvorgänge im Wirtschaftssystem und seine Anwendung, in: *E. Boettcher* (Hrsg.): Beiträge zum Vergleich der Wirtschaftssysteme. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 57, Berlin 1970, S. 199.

zu kontrollierenden Industriezweiges drohen ihnen dagegen Strafversetzungen. Wenngleich — wie Schenk wohl zu Recht annimmt — die Zweigverwaltungen vor bewußter Manipulation der ihnen übermittelten Betriebsdaten zurückschrecken, so werden sie aber auch von ihnen erkannte Nichtmeldungen betrieblicher Produktionsreserven gegenüber der Zentrale nicht aufdecken. Insofern bilden die Betriebe und Branchenkontrollorgane hinsichtlich ihres Informationsverhaltens gegenüber der Zentrale tatsächlich ein Interessen-Kollektiv; denn jede „richtige“ Information bringt ihnen externe Kosten in Form von verminderten Prämien für die Soll- oder Übersollerfüllung und vermehrte Produktionsanstrengungen oder Verlust von Beförderungschancen und schlimmstenfalls Bestrafungen.

Da die Leiter der Betriebe und der Industrieministerien gleichermaßen an Kapazitätsausdehnungen interessiert sind, fordern sie Arm in Arm immer neue Investitionsmittel für den Bau neuer Werke in ihrem Wirtschaftszweig an, selbst dann, wenn die vorhandenen Produktionskapazitäten nur unvollkommen ausgelastet sind. Die Einführung einer Produktionsfondsabgabe, die ein Kapitalzins surrogat für die Nutzung der Grund- und Umlaufmittel ist, hat zwar die größten Auswüchse beschnitten, aber wegen ihrer teils nach Wirtschaftszweigen differenzierten und oft zu niedrig angesetzten Höhe keineswegs völlig unterbunden. Das Hauptinteresse der Industrieministerien und anderer Branchenlenkungsorgane liegt nach wie vor im Ausbau und Wachstum ihres jeweiligen Wirtschaftssektors und nicht in der Herstellung der volkswirtschaftlichen Proportionalität der Produktion. Deshalb ist das strukturpolitische Hauptproblem der Schaffung einer proportionalen Branchen- und Produktionsstruktur bisher vornehmlich an dem Ressortegoismus der Branchenplanungsorgane, der planerischen Fehlinformationen Vorschub leistete, gescheitert.

Aus der Unausgewogenheit der Branchenproduktionsstruktur resultiert für die einzelnen Wirtschaftszweige eine mehr oder weniger starke Lieferabhängigkeit von anderen Branchen, der die Betriebe und sozialistischen Konzerne im Einverständnis mit den Branchenlenkungsorganen dadurch zu entgehen versuchen, daß sie möglichst alle wichtigen Produktionsteile — angefangen von Ersatzteilen bis zu kompletten Maschinen — selbst herstellen. Allerdings haben manche Wirtschaftszweige, die — wie z. B. die Grundstoffindustrien — Basisprodukte für nahezu alle anderen Produktionen liefern, eine starke Verhandlungsposition bei Kompensationslieferungen und können daher meist die vorrangige Belieferung erzwingen. Hieraus erklärt sich zum Teil die Überdimensionierung der Schwerindustrie zu Lasten der Leicht- und Konsumgüterindustrie. Jedoch hätten sich die immensen Ausbaupläne der Schwerindustrie nicht ohne Unterstützung der sowjetischen Führung

und der zentralen Planungsgremien durchsetzen lassen. Während die sowjetische Führung jahrzehntelang aus Gründen der Reproduktion und der Autarkie dem Dogma vom Vorrang der Produktionsmittel-Erzeugung anhing und eine möglichst hohe Pro-Kopf-Erzeugung bestimmter Grundstoffe als Zeichen für die Überlegenheit des eigenen Systems propagierte, resultierte die Vorliebe der Zentralplaner für den Ausbau der Grundstoffindustrien vor allem aus der relativ leichten Planbarkeit dieser ziemlich homogenen Produkte<sup>65</sup>. Infolge der Bevorzugung der Schwerindustrie in der UdSSR sind andere wichtige Wirtschaftsbereiche, wie z. B. die chemische Industrie als Basis für die Herstellung vieler Kunststoffe, die elektronische Industrie sowie andere Zweige der Leichtindustrie, verhältnismäßig lange Zeit unterentwickelt geblieben. Bei der sektoralen Strukturplanung wird deshalb versucht, mit einem neuen Schwerpunktkonzept Abhilfe zu schaffen, indem den zukunftssträchtigen Produktionen eine hohe Zielpriorität beim Ausbau eingeräumt wird. „Für die Güter minderer Priorität sind damit automatisch Begrenzungen sowohl im Faktoreinsatz als auch in der Versorgung mit Vorprodukten gesetzt. Unterversorgung, freie Kapazitäten und damit Kapitalverschwendung gehören in der hierarchischen Planung zum System<sup>66</sup>.“ Das Dilemma zwischen proportionaler Entwicklung der Gesamtwirtschaft und dem vorrangigen Ausbau bestimmter Produktionen nach dem Schwerpunktkonzept, läßt sich auch kaum durch die angestrebte dynamische Proportionierung beseitigen. Der Versuch, den technologisch bedingten Strukturwandel zentralplanerisch zu bewältigen und die Branchenstruktur entsprechend dem technischen Fortschritt und den gewandelten Bedürfnissen des öfteren umzugestalten, also dynamisch zu proportionieren, gelingt jedoch kaum<sup>67</sup>. Erfahrungsgemäß scheidet das Unterfangen, beim gesamten Planungs- und Bilanzierungsprozeß der Volkswirtschaft stets die dynamischen Proportionen ausfindig zu machen, schon allein an den unvollkommenen Prognosetechniken und an der Neigung des Planungsapparates, Vergangenheitswerte einfach fortzuschreiben. Zudem stemmen sich sektorale Instanzen regelmäßig gegen eventuell beabsichtigte strukturelle Schrumpfungen des von ihnen verwalteten Wirtschaftszweiges, weil sie Kompetenzeinbußen und Prestigeverlust befürchten. Die Planungsinstanzen unterschlagen oft notwendige Strukturveränderungen, weil selbst die Dynamisierung nur einiger weniger Faktoren

---

<sup>65</sup> Vgl. *Hans-Rudolf Peters*: Wandlungen und Beharrungstendenzen östlicher Wirtschaftssysteme — dargestellt am sowjetischen und jugoslawischen Wirtschaftssystem, in: *Wirtschaftspolitische Chronik* 2/1970, S. 24 ff.

<sup>66</sup> *Günter Hedtkamp*: *Wirtschaftssysteme. Theorie und Vergleich*, München 1974, S. 188.

<sup>67</sup> Vgl. *Hans-Rudolf Peters*: Die Problematik der sektoralen Strukturpolitik in alternativen Wirtschaftssystemen, a.a.O., S. 35 ff.

infolge der ökonomischen Interdependenzen zwangsläufig Änderungen bei vielen anderen Planungsgrößen und -relationen nach sich zieht. Entgegen dem hohen Anspruch einer dynamischen Proportionierung der volkswirtschaftlichen Strukturen und sektoralen Proportionen bleiben die in der Praxis unternommenen Anstrengungen in dieser Richtung sehr gering; denn ein Plan läßt sich um so leichter und schneller aufstellen, je mehr konstante Elemente aus der vorherigen Planperiode übernommen oder einfach linear fortgeschrieben werden können. Da kein Marktmechanismus den Strukturwandel durchsetzt, bleibt die von Branchenverwaltungen und Betrieben gemeinsam verteidigte volkswirtschaftlich suboptimale Branchen- und Produktionsstruktur weitgehend zementiert.



# Einige grundsätzliche Aspekte des Vergleichs Marxistischer und Neuer Politischer Ökonomie

Von Werner W. Engelhardt, Köln

## I. Einleitung: Die Zweckmäßigkeit verstärkter Einbeziehung von „Meta“-Problemen in Wirtschaftssystem-Vergleiche

1. Die seit länger als einem Jahrhundert bald intensiv und ausdrücklich, bald weniger forciert und eher implicite betriebene Vergleichung von Wirtschaftssystemen — zu deren Anregern, sieht man von Platon und Aristoteles einmal ab, bereits Klassiker wie A. Smith, vor allem aber J. St. Mill und in Deutschland J. H. von Thünen gehörten<sup>1</sup> — erreicht in den letzten Jahren möglicherweise eine *neue Dimension*. Sie bezieht nämlich über getrennte Darstellungen „feudalistischer“, „hydraulischer“ und „kapitalistischer“ Systeme einerseits, „sozialistischer“, „kommunistischer“ und „kollektivistischer“ Systeme andererseits auch „dritte“ bzw. „mittlere“ Koordinations- und andere Subsysteme in die Erörterungen ein. Außerdem — und nicht zuletzt — werden auch weit über diese Systeme hinausreichende allgemeine kulturelle Grundlagen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, die z. B. als Bezugssysteme Einfluß haben, für die Analysen wieder verstärkt herangezogen<sup>2</sup>.

Derartige Ansätze knüpfen zum Teil ausdrücklich an die Ausführungen älterer und neuerer Vorbilder an, zu denen Texte von K. Marx, F. Engels, M. Weber, T. Parsons, W. Sombart, J. A. Schumpeter, W. Eucken, F. A. von Hayek gehören, in deren Zusammenhänge aber auch solche von K. Bücher, G. Schmoller, W. Mitscherlich, K. Mannheim, H.

---

<sup>1</sup> Zu den letzteren, an die in der Regel in diesem Zusammenhänge nicht gedacht wird, vgl. J. St. Mill, Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie, hrsg. u. teilweise kommentiert von H. G. Nutzinger, Frankfurt/M. u. New York 1976, S. 146 ff.; J. H. von Thünen, Ausgewählte Texte, ausgewählt und kommentiert von W. Braeuer, Meisenheim/Glan 1951, S. 21 ff., 111 ff. u. 270 ff.

<sup>2</sup> Siehe zum derzeitigen Stand der Forschung zuletzt umfassend H.-J. Wagener, Zur Analyse von Wirtschaftssystemen, Berlin/Heidelberg/New York 1979. Zur Problematik dritter und mittlerer Systeme bzw. Ordnungen vgl. neben Beiträgen von H.-R. Peters auch W. W. Engelhardt, Die Problematik „mittlerer Ordnungen“ und „dritter Wege“ der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der neueren Diskussion, in: Die Mitarbeit. Z. z. Gesellschafts- u. Kulturpolitik, 24. Jg., 1975, S. 97 ff.



Ritschl, E. Heimann, A. Rüstow, A. Müller-Armack, G. Mackenroth, H. J. Serephim, G. Weippert u. v. a. herangezogen werden sollten. Mit ihrer Hilfe könnte es eines Tages gelingen, nicht nur die verschiedenen reinen und realen — d. h. die abstrahierten und die konkreten bzw. gemischten — Lösungsversuche von Allokations-, Verteilungs- und Finanzierungssystemen genauer, als dies in der Vergangenheit möglich war, aufzuarbeiten. Und auch die sog. „letzten Ziele“ bzw. „Grundanliegen“ (Weisser) und die anderen psychisch-geistig-sprachlichen Grundlagen der älteren und modernen Leistungsgesellschaften, die genetisch zuerst wohl immer in mehr oder weniger „bildhaften“ Anschauungen subjektiver Art zum Ausdruck kommen und erst dann begleitend auch in Dogmen und anderen „ideologischen“ Lehren mit allgemeinem Geltungsanspruch zusammengefaßt sind, ließen sich auf diese Weise vermutlich befriedigender als bisher berücksichtigen<sup>3</sup>.

Eine solche ausgebaute Lehre würde gleichwohl nicht ohne weiteres identisch sein mit der Begründung der Hypothese von der umfassenden, d. h. totalen Konvergenz unterschiedlicher Systeme und Subsysteme. Sie könnte vielmehr — ganz im Gegenteil — neue Gesichtspunkte für den Nachweis der bisherigen Oberflächlichkeit der Argumentationen in den Konvergenzdiskussionen liefern, worauf in jüngerer Zeit zu Recht hingewiesen worden ist<sup>4</sup>. Es ist zweifellos eine der in diesem Zusammenhange zu stellenden zentralen Fragen, ob diese Tendenzen zur Annäherung an ein „singuläres Optimalsystem“ führen — wie etwa J. Tinbergen annimmt — oder ob die konvergierenden Bewegungen auf unterschiedlichen Ebenen ablaufen und speziell hier möglicherweise „größer sind als zwischen ihnen dort, wo sie aneinanderstoßen“<sup>5</sup>.

2. Wenn es richtig ist, daß es bisher in der Lehre von den Wirtschaftssystemen keine allgemein akzeptierte Methode gibt<sup>6</sup> und wenn trotz des unbezweifelbaren Vorhandenseins partieller Konvergenz-

---

<sup>3</sup> Zum Problemaufriß siehe G. Hedtkamp, *Wirtschaftssysteme. Theorie und Vergleich*, München 1974. Vgl. auch W. W. Engelhardt, *Unternehmerleitbilder — Formalisierbarkeit und gesellschaftspolitische Bedeutung*, in: *Archiv f. öffentl. u. freigemeinnütz. Unternehmen*, Bd. 11, 1979, S. 21 ff.

<sup>4</sup> Siehe z. B. G. Hedtkamp, *Wirtschaftssysteme*, S. 305 ff.; H.-J. Wagerer, *Zur Analyse*, S. 253 ff. Vgl. auch E. Boettcher, *Kooperation und Demokratie in der Wirtschaft*, Tübingen 1974, S. 6 ff.; W. (W.) Engelhardt, *Die Stellung der Genossenschaften im Angleichungsprozeß gesellschaftswirtschaftlicher und einzelwirtschaftlicher Strukturen*, in: *Archiv f. öffentl. u. freigemeinnütz. Unternehmen*, Bd. 8, 1966/67, S. 70 ff.

<sup>5</sup> H.-J. Wagerer, *Zur Analyse*, S. 2 u. 262 ff.

<sup>6</sup> So P. Knirsch, *Bemerkungen zur Methodologie eines Vergleichs von Wirtschaftssystemen*, in: E. Boettcher (Hrsg.), *Beiträge zum Vergleich der Wirtschaftssysteme*, Berlin 1970, S. 21 ff.

phänomene nicht zuletzt das Fehlen einer methodisch erarbeiteten einheitlichen Theorie die Konvergenzhypothese unbegründet erscheinen läßt<sup>7</sup>, so dürften wissenschaftsprogrammatische Konsequenzen naheliegen. Vor allem dürfte es geboten sein, in die künftig vorzunehmenden Vergleichen nicht hauptsächlich nur Probleme der nichtsprachlichen und sprachlichen „Objektebenen“ aufzunehmen, sondern verstärkt auch solche der aspektgeleiteten und konzeptionsorientierten „Metaebenen“ wissenschaftstheoretischer, forschungslogischer und methodologischer Art<sup>8</sup>.

Von der Annahme der grundsätzlichen Fruchtbarkeit einer solchen Erweiterung bisheriger Vergleichungsvorgänge aus ist der hier vorgelegte theseförmige Beitrag entwickelt worden. Für ihn ist zusätzlich kennzeichnend, daß in ihm auch mehr als es in den letzten Jahrzehnten sonst üblich ist, auf ältere morphologisch-komparative Analysen im Bereiche der Volkswirtschaftslehre und der Sozialwissenschaften zurückgegriffen wird<sup>9</sup>. Entsprechendes geschieht in gewissem Umfange auch bezüglich älterer und neuerer Beiträge betriebswirtschaftlicher Art, die im Rahmen vergleichender und morphologischer Arbeiten ein mehr oder weniger deutliches relations- bzw. ordnungsbegriffliches Gepräge aufweisen<sup>10</sup>. Wenn man aber z. B., wie nachfolgend, die Richtung der Neuen Politischen Ökonomie in ihren modellhaften Ausgangspunkten und entscheidungslogischen Ableitungen für einen Vergleich der Funktionsweisen und Wohlfahrtsfolgen unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme bzw. -ordnungen heranzuziehen bereit ist — wie

<sup>7</sup> So K.-E. Schenk in seinem Vorwort zu *Ders.* (Hrsg.), *Ökonomische Verfügungsrechte und Allokationsmechanismen in Wirtschaftssystemen*, Berlin 1978; ferner *Ders.*, *Wirtschaftsordnungen zwischen Konvergenz und Unvereinbarkeit*, in: *Volkswirtschaftl. Korrespondenz d. Adolf-Weber-Stiftung*, Nr. 5/1971.

<sup>8</sup> Zur Unterscheidung von Objekt- und Erkenntnisebenen vgl. z. B. H. Albert, *Marktsoziologie und Entscheidungslogik*, Neuwied/Rh. u. Berlin 1967, S. 245 ff.

<sup>9</sup> Vgl. z. B. J. Plenge, *Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsentwicklung*, Berlin 1916; W. Mitscherlich, *Die Lehre von den beweglichen und starren Begriffen*, Stuttgart 1936; E. Rothacker, *Logik und Systematik der Geisteswissenschaften*, 2. Aufl., Bonn 1948; H. Haller, *Typus und Gesetz in der Nationalökonomie*, Stuttgart u. Köln 1950; W. Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 9. Aufl., Berlin/Heidelberg/New York 1965.

<sup>10</sup> Siehe etwa R. Ehrenberg (Hrsg.), *Thünen-Archiv. Organ für Exakte Wirtschaftsforschung*, Jena 1906 ff.; G. Weisser, *Form und Wesen der Einzelwirtschaften*, 1. Bd., 2. Aufl., Göttingen 1949; *Ders.* (Hrsg.), *Archiv für öffentliche und freigemeinwirtschaftliche Unternehmen*, Göttingen 1954 ff.; W. (W.) Engelhardt, *Grundprobleme der Einzelwirtschaftstypologie*, Kölner Inaugural-Dissertation 1957; B. Tietz, *Bildung und Verwendung von Typen in der Betriebswirtschaftslehre*, Köln/Opladen 1960; P. Schwarz, *Morphologie von Kooperationen und Verbänden*, Tübingen 1979; W. W. Engelhardt, *Zur Morphologie und Typologie von Kooperationen und Verbänden*, in: *Archiv f. öffentl. u. freigemeinnütz. Unternehmen*, Bd. 12, 1980.

es z. B. K. E. Schenk zum Ausdruck gebracht hat<sup>11</sup> —, wird man kaum umhin können, den objektbezogenen Vergleichen solche der mit der Ökonomischen Theorie der Politik konkurrierenden wissenschaftlichen Konzeptionen vorzuschicken oder parallel laufen zu lassen. Zu diesen Konzeptionen gehören dann nicht zuletzt auch solche der Marxistischen und der Neomarxistischen Politischen Ökonomie, die spätestens heute ernst genommen werden sollten.

Einen bis zu gewissem Grade ähnlichen Standpunkt hat jüngst K. Robl in seiner Habilitationsschrift eingenommen, die unter der Überschrift „Der Einfluß der Wirtschaftsordnung auf die Distributionswirtschaftslehre“ der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln vorgelegen hat und von ihr angenommen wurde<sup>12</sup>. Diese komparative Analyse bezieht System- bzw. Ordnungstatbestände und -probleme gesellschaftlicher, volkswirtschaftlicher und vor allem natürlich betriebswirtschaftlicher Art ein, die den Bereich der Absatzwirtschaft — und teilweise auch denjenigen der Beschaffungswirtschaft — sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der DDR betreffen. Wie schon die Themenstellung der Arbeit zeigt, werden dabei insonderheit Einflüsse der Objektbereiche auf die wissenschaftlichen Metaebenen abzuleiten versucht. Dies geschieht sowohl deduktiv von den distributionswirtschaftlichen Erfahrungsobjekten her als auch induktiv aus den wissenschaftlichen Ansätzen der vorliegenden Aussagensysteme „über“ derartige Erfahrungsobjekte heraus.

Was mögliche Verwandtschaften dieses Ansatzes mit dem an dieser Stelle entwickelten betrifft, so unterscheidet sich ersterer nicht nur von den kausaltheoretischen Ambitionen Robls her von den hier präferenzierten Aspekten. Sie tendieren bei Robl zu nichts weniger als zu der vorschnellen Hoffnung, Einflüsse, die Ordnungen auf Lehren haben, nachweisen zu können. Auch die nichtbegründete Außerachtlassung von Lehren Neuer Politischer Ökonomie, die bezogen auf Genossenschaften und andere Distributionssysteme der Bundesrepublik Deutschland und anderer Länder seit längerem angewandt werden<sup>13</sup>, läßt erhebliche Unterschiede deutlich werden. Es bleibt allerdings die Gemeinsamkeit, daß sowohl dort wie hier gleichzeitig Objektebenen und Metaebenen in die Vergleichung einbezogen werden.

---

<sup>11</sup> Vgl. K.-E. Schenk, Ungelöster Systemvergleich, in: Wirtschaftswoche, Nr. 10/1971, S. 52.

<sup>12</sup> Die Arbeit von K. Robl erscheint im Poeschel-Verlag, Stuttgart 1980.

<sup>13</sup> Siehe etwa R. Eschenburg, Ökonomische Theorie der genossenschaftlichen Zusammenarbeit, Tübingen 1971; D. W. Benecke, Kooperation und Wachstum in Entwicklungsländern, Tübingen 1972; E. Boettcher, Kooperation und Demokratie, passim.

3. Wenn Theorienvergleiche in der Gegenwart nicht nur in der Soziologie, sondern auch in den wirtschaftswissenschaftlichen Teildisziplinen der Sozialwissenschaften verstärkt durchgeführt werden sollen — wie also nachfolgend am Beispiel der Marxistischen und der Neuen Politischen Ökonomie an einigen prinzipiellen Aspekten zu demonstrieren ist —, so müssen dafür nicht unbedingt nur theorienprüfende Absichten maßgebend sein. Erst recht muß es sich auch keineswegs allein um den Versuch einer „eliminativen Konkurrenz zwischen empirischen und präskriptiven Sätzen“<sup>14</sup> handeln. Vielmehr kann es auch um eine *Kritik* der beiden verglichenen Konzeptionen bzw. Konzeptionstypen gehen, worauf jedenfalls die Behandlung der hier ausgewählten Theorien hinauslaufen wird. Der Terminus „Kritik“ wird dabei in diesen Zusammenhängen nicht im Sinne der Hegelianer, Marxisten und ihrer heutigen „neomarxistischen“ Anhänger genommen<sup>15</sup>, sondern in der eingeschränkteren Weise kritisch-rationaler und kritizistischer Ansätze verwendet.

Hier ist — mit anderen Worten — eine kritische Würdigung beider verglichener Konzeptionen, die in der Hauptsache unterschiedlichen Konzeptionstypen entsprechen, d. h. der Marxistischen bzw. Neomarxistischen Politischen Ökonomie einerseits und der Neuen Politischen Ökonomie andererseits, erkenntnisleitende Absicht. Es wird dabei gehofft, daß eine sachliche Würdigung der einbezogenen Lehren durch ihre Gegenüberstellung nicht Schaden nimmt, sondern im Gegenteil Förderung erfährt. Zuletzt geht es dabei freilich doch um einen die Wissenschaft möglichst auch positiv weiterführenden Beitrag. Damit wird die Fahndung nach Lösungsmöglichkeiten für gemeinsam definierbare Probleme angesprochen, wie sie in bemerkenswert erfolgreicher Weise jüngst durch H.-J. Wagener vorgenommen worden ist. Dem Verfasser ist aber klar, daß auf Meta-Vergleichungsebenen schwerlich ganz bereinigt werden kann, was zuvor auf Objektebenen von unterschiedlich eingestellten Praktikern und Theoretikern an Divergenzen über Aspekte und Gegenstände der Forschung hervorgerufen wurde<sup>16</sup>.

---

<sup>14</sup> Vgl. dazu K.-D. Opp, Probleme und Strategien des Theorienvergleichs, in: K. O. Hondrich u. J. Matthes (Hrsg.), Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften, Darmstadt/Neuwied 1978, S. 213.

<sup>15</sup> Zum Kritikbegriff siehe K. Korsch, Die Entwicklung der Politischen Ökonomie, in: B. S. Frey u. W. Meißner (Hrsg.), Zwei Ansätze der Politischen Ökonomie, Frankfurt/M. 1974, S. 16 ff.

<sup>16</sup> Zu den vorstehenden Ausführungen siehe besonders die Einleitung von J. Matthes, Die Diskussion um den Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften seit dem Kasseler Soziologentag 1974, in: K. O. Hondrich u. J. Matthes (Hrsg.), Theorienvergleich, S. 7 ff.

Theorienvergleiche haben in der Soziologie seit einem Jahrzehnt eine ständig wachsende Bedeutung erlangt, was sich nicht zuletzt aus den Besonderheiten der allgemein- und wissenschaftspolitischen Situation in den beiden Teilen Deutschlands erklären mag<sup>17</sup>. Auch in der Volkswirtschaftslehre ist seit einigen Jahren ein Nachholbedarf erkannt worden, der zu beachtenswerten Aktivitäten geführt hat. Nach einer längeren Abschirmungsperiode gegen Politische Ökonomie<sup>18</sup> werden inzwischen Aussagen der Marxisten und der Neuen Politischen Ökonomen explicite — oder doch implicite — miteinander konfrontiert und auch weiterführende Ansätze versucht. Erwähnt sei hier zunächst eine kurze, aber prägnante Analyse von D. Schmidtchen, der vom Standpunkt des durch kritisch-rationale Argumente angereicherten Ordoliberalismus aus die Mehrdimensionalität des Politischen in der Ökonomie in Auseinandersetzung mit anderen Positionen klar herausgearbeitet hat. Allerdings lassen seine Kennzeichnungen unter Gesichtspunkten der Theoriemuster entscheidungslogischer und normativer Art noch Wünsche offen<sup>19</sup>. Eine andere Arbeit betrifft einen ausführlicheren Syntheseversuch Marxistischer bzw. Neomarxistischer und Neuer Politischer Ökonomie durch H. P. Widmaier, der vor allem eine Theorie der Sozialpolitik im Sinne einer Politischen Ökonomie der Sozialbereiche im Blickfeld hat<sup>20</sup>.

## II. Zur Entwicklung, zu den Forschungsobjekten und zur Methodik der verglichenen Lehren

1. Die Marxistische Politische Ökonomie — samt ihren Weiterentwicklungen — und die Neue Politische Ökonomie haben gemeinsam, daß sie beide die gegenseitige Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik bzw. von Ökonomie, Gesellschaft und Staat thematisieren und über ihr Verhältnis erklärende, entscheidungsvorbereitende und normative Beiträge leisten. Den auf den ersten Blick ähnlichen Zielen bzw. den vergleichbaren latenten Funktionen der Aussagen im Hin-

<sup>17</sup> Siehe dazu zuerst P. C. Ludz (Hrsg.), Studien und Materialien zur Soziologie der DDR, Sonderheft 8 d. Kölner Z. f. Soziologie u. Sozialpsychologie, Köln u. Opladen 1964. Vgl. auch Ders., Die DDR zwischen Ost und West, 3. Aufl., München 1977; H. Klages, P. Kmiecik (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/M. u. New York 1979, besond. Kap. I.

<sup>18</sup> Siehe dazu H. Himmelmann, Politische Ökonomie — Herkunft, Probleme, Ansätze: Eine Übersicht, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 8/1977, S. 185 ff.

<sup>19</sup> Vgl. D. Schmidtchen, Politische Ökonomie, in: Ordo, Bd. 25, 1974, besond. S. 241 ff. u. 245 ff. Siehe auch H.-G. Krüsselberg, Die Wiederentdeckung der Politischen Ökonomie, in: G. Albrecht, H. Daheim, F. Sack (Hrsg.), Soziologie. René König zum 65. Geburtstag, Opladen 1973, S. 434 ff.

<sup>20</sup> Siehe vor allem H. P. Widmaier, Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat, Reinbek 1976. Vgl. auch Ders., Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Ders. (Hrsg.), Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/M. 1974, S. 9 ff.

blick auf Erkenntnisgewinnung und Praxisorientierung liegt aber eine sehr *unterschiedliche Herkunft* der erarbeiteten Begriffs- und Aussagensysteme zugrunde. Sie führt im Falle der Marxistischen Politischen Ökonomie nur zum Teil auf die wirtschafts- und staatswissenschaftlichen Vorgänger zurück, d. h. sie ist in anderen Teilen in der im Frühsozialismus gesondert entstehenden allgemeinen Sozialwissenschaft bzw. Soziologie einerseits sowie in den philosophischen Strömungen der Aufklärungszeit und des klassischen Deutschen Idealismus andererseits lokalisiert. Hingegen wurzelt die Neue Politische Ökonomie im wesentlichen fachwissenschaftsintern, greift freilich sehr bald über deren Grenzen mehr oder weniger usurpierend oder gar „imperialistisch“ hinaus, wie dies K. E. Boulding ausgedrückt hat<sup>21</sup>.

Die Marxistische Politische Ökonomie wurde von K. Marx und F. Engels anknüpfend an verschiedene Frühschriften und das auch für den wissenschaftlichen Bereich richtungweisende „Kommunistische Manifest“ im wesentlichen bereits kurz nach der Mitte des vorigen Jahrhunderts konzipiert. Das Schlüsselwerk von Marx „Kritik der Politischen Ökonomie“ erschien zuerst 1857, d. h. genau fünfzig Jahre nach D. Ricardos „Principles of Political Economy and Taxation“. Nach K. Korsch war zu diesem Zeitpunkt angeblich „mit der Zerstörung der positiven gesellschaftlichen Funktion der bürgerlichen Produktionsverhältnisse . . . auch der enzyklopädische, das Ganze des gesellschaftlichen Fortschritts umfassende Zug der ersten Entwicklungsphase der Politischen Ökonomie verloren“ gegangen und im System Ricardos „theoretische Befriedigung“ bereits „erkaufte durch den Verlust an Fülle und beginnende formalistische Erstarrung“<sup>22</sup>. Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus unterzogen auf dem Wege hin zu den „Grundrissen“ und zu dem dreibändigen Hauptwerk „Das Kapital“ die bürgerliche Gesellschaft und die in ihr entwickelten Lehren insbesondere zur Wert-, Preis- und Verteilungstheorie einer kritisch-überwindenden Analyse, wie sich an der Herausbildung ihrer Begriffe und Aussagen im einzelnen zeigen läßt<sup>23</sup>. Beide Politische Ökonomen trugen damit — was immer man über ihre Beurteilungen der Überlebenschancen des Kapitalismus angesichts dessen späterer Entwicklung denken mag — vergleichenden Forschungen bezogen sowohl auf Objekte als auch auf Metaobjekte in großem Umfange Rechnung. Sie taten dies deshalb, weil sie in dieser Vorgehensweise eine wesentliche Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Politischen Ökonomie überhaupt erblickten.

---

<sup>21</sup> K. E. Boulding, Ökonomie als eine Moralwissenschaft, in: W. Vogt (Hrsg.), Seminar: Politische Ökonomie, Frankfurt/M. 1973, S. 118.

<sup>22</sup> K. Korsch, Die Entwicklung, S. 14.

<sup>23</sup> Vgl. dazu z. B. J. A. Schumpeter, Geschichte der Ökonomischen Analyse, 1. Teilbd., Göttingen 1965, S. 721 ff.

Entstand die Marxistische Politische Ökonomie somit nicht zuletzt aus der Kritik an der ökonomischen Klassik im Lichte einer eingehenden Analyse der inzwischen teilweise veränderten Wirtschaftsgesellschaft — nach marxistischer Auffassung trat bereits mit dem Jahre 1830 „die ein für allemal entscheidende Krise ein“<sup>24</sup> —, so bildete sich die Neue Politische Ökonomie der Gegenwart nur wenig beeinflusst von Vorläufern der zwanziger Jahre<sup>25</sup> im Anschluß an J. A. Schumpeters „Capitalism, Socialism and Democracy“ von 1942 in der Auseinandersetzung mit Grenzen neoklassischer und neo- bzw. ordoliberaler Fragestellungen und Ergebnisse angesichts weithin neuer Entwicklungen in der Wirklichkeit heraus. Solche Wandlungen waren besonders in der Preis- und Verteilungstheorie, in der Wohlfahrtsökonomik, der Finanzwissenschaft und in der Lehre von der Sozial- bzw. Gesellschaftspolitik spürbar geworden; in der letztgenannten Teildisziplin etwa bei Behandlung von Fragen der Gesundheits-, Bildungs- und Umweltökonomie. Insgesamt wird dabei W. Euckens Diktum, daß die theoretische nationalökonomische Erklärung an den faktischen gesamtwirtschaftlichen Daten ende, ja die ökonomische Theorie grundsätzlich nicht fähig sei, deren Zustandekommen zu ergründen<sup>26</sup>, zunehmend infrage gestellt. Neben dem volkswirtschaftlichen Prozeß im Sinne der Ordo-Lehre werden nunmehr auch die politischen Entscheidungsprozesse, aus denen die jeweilige praktische Wirtschaftspolitik des Staates und anderer Träger erst hervorgeht — wird also der „Entstehungszusammenhang“ von praktischer Wirtschaftspolitik — den Objekten der Forschung zugerechnet.

Anders als die Marxistische Politische Ökonomie trachtet aber die Neue Politische Ökonomie nicht nach einer grundsätzlichen Überwindung der überkommenen neoklassischen und neo- bzw. ordoliberalen Lehren sowie der vorgefundenen gesellschafts- und einzelwirtschaftlichen Objektzustände durch eine fundamentale Systemkritik. Dabei ist sie freilich auch nicht annähernd so tief fundiert und umfassend angelegt wie der Wissenschaftliche Sozialismus des vorigen Jahrhunderts angesichts der damaligen Objektbeschaffenheiten. Die Marxistische Politische Ökonomie wollte auf angeblich höherer Bewußtseinsstufe ähnlich Universalwissenschaft sein wie etwa die bürgerliche Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie samt zugehöriger Philosophie eines A. Smith sie erstrebte. Der Marxismus verlor allerdings angesichts eines Übermaßes neuer Entwicklungen in der Realität, die Marx und Engels nicht vorausgesehen hatten, nach deren Tode vergleichsweise ähnlich

<sup>24</sup> K. Marx, F. Engels, Werke, Bd. 23, Das Kapital, Berlin 1971, S. 20.

<sup>25</sup> Siehe aber z. B. die Arbeit von M. Cassel, Die Gemeinwirtschaft, ihre Stellung und Notwendigkeit in der Tauschwirtschaft, Leipzig 1925.

<sup>26</sup> W. Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, S. 156.

stark und schnell an inhaltlicher Fülle zugunsten von bloß formalen Beziehungen — die diesmal zum Teil als „dialektische“ formuliert werden — wie das Werk von Ricardo in Relation zu demjenigen von Smith.

2. Die Marxistische Politische Ökonomie ist hinsichtlich ihrer *Erfahrungs- und Erkenntnisobjekte* dadurch gekennzeichnet, daß in ihrem Mittelpunkt Mensch-Mensch-Beziehungen stehen, die in Gesellschaftsformationen zusammengefaßt sind. Politische Ökonomen dieser Richtung untersuchten im Laufe der Zeit sehr unterschiedliche Formationen, angefangen bei den Produktionsweisen und Produktionsverhältnissen des „Urkommunismus“ bis hin zum Zeitalter des „Sozialismus“<sup>27</sup>. Letzteres geschah bislang freilich eher zögerlich und zunächst meist in einer auf „Programmierungstechniken“ reduzierten Form, wie C. Böhret bemerkt hat<sup>28</sup>. Hingegen geht man in der Neuen Politischen Ökonomie zumindest implicite von der Vorrangigkeit von Mensch-Ding-Beziehungen aus, die angeblich freilich nur als auslösendes Moment bzw. als treibende Kraft sozialer und politischer Relationen anzusehen sind<sup>29</sup>. Die Mensch-Mensch-Beziehungen kulminieren nach diesem Konzepttyp in Marktbeziehungen, wobei der Markt wirtschaftlicher Güter und Dienste nach sich heute festigender Lehrauffassung nur als Spezialfall gilt, wenn auch als ein sehr wichtiger<sup>30</sup>. Die Ökonomische Theorie der Politik entpuppt sich von hier aus zunehmend als eine Theorie des „Politischen Wettbewerbs“, in deren Mittelpunkt „Wählerstimmenmärkte“ stehen. Diese Theorie ist zu Recht aber auch als „Nichtmarktliche Entscheidungstheorie“ gekennzeichnet worden, in der über den Einsatz politischer bzw. öffentlicher und meritorischer Güter zur Befriedigung von Kollektivbedürfnissen vorentschieden werden kann, werden soll oder in der tatsächlich über ihn entschieden wird<sup>31</sup>.

Besondere Bedeutung wird naturgemäß seit den Klassikern des Wissenschaftlichen Sozialismus der Analyse des „Kapitalismus“ zu teil, seiner Entstehung während des „Feudalismus“, seiner hochkapitalistischen Entfaltung zunächst in Großbritannien, später auch auf dem

<sup>27</sup> Vgl. dazu O. Lange, *Politische Ökonomie*, Frankfurt/M. 1963, S. 127 ff.

<sup>28</sup> C. Böhret, *Art. Politische Ökonomie*, in: G. von Eynern (Hrsg.), *Wörterbuch zur politischen Ökonomie*, Opladen 1973, S. 297.

<sup>29</sup> Siehe dazu z. B. P. Bernholz, *Grundlagen der Politischen Ökonomie*, 1. Bd., Tübingen 1972, S. 15.

<sup>30</sup> So auch H. Albert, *Marktsoziologie*, S. 395.

<sup>31</sup> Vgl. dazu z. B. Ph. Herder-Dorneich, *Politisches Modell zur Wirtschaftstheorie*, Freiburg/Br. 1959; *Ders.*, *Zur Theorie der sozialen Steuerung*, Köln 1965; *Ders.* u. M. Groser, *Ökonomische Theorie des politischen Wettbewerbs*, Göttingen 1977; B. S. Frey, *Entwicklung und Stand der Neuen Politischen Ökonomie*, in: H. P. Widmaier (Hrsg.), *Politische Ökonomie*, S. 30 ff. Siehe aber auch bereits J. A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1950, besonders S. 427 ff.



Kontinent und in den USA, schließlich seiner Spätentwicklung zum „Imperialismus“. Die Neomarxisten der Gegenwart widmen sich insbesondere den Problemen dieser Spätformation und den mit ihr einhergehenden sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Tendenzen. Die Mensch-Mensch- bzw. zwischenmenschlichen Beziehungen in allen diesen kapitalistischen Teilformationen haben nach Marx und Engels ihre zentrale Bedeutung darin, daß sie gleichermaßen wirtschaftliche und außerwirtschaftliche Wirkungen gesetzmäßiger Art auslösen, die z. B. die Lebensbedingungen der Arbeiter, aber auch diejenigen der Kapitalisten und Unternehmer entscheidend beeinflussen. Objekt- und ergebnisbestimmend ist die Grundeinsicht, daß — obwohl menschliches Handeln die Gesetze der Wirtschaftsentstehung und des Wirtschaftsablaufs letztlich ausmacht — die Menschheit diesen Gesetzmäßigkeiten ihrer „Vorgeschichte“ in fundamentaler Weise unterworfen ist. Diese ihre Vorgeschichte, die noch die Gesellschaftsformation des Kapitalismus einschließt, kann angeblich weder durch Selbststeuerung der Wirtschaft noch durch staatliche Einwirkung beherrscht werden. Die eine solche Zählung verhindernden Gesetze, die als Entwicklungs- bzw. „Bewegungs“gesetze verstanden werden, enthalten nach K. R. Popper freilich auch Prophetie, die als solche sehr aktivitätshemmend wirken kann<sup>32</sup>. Folgt man den marxistischen Klassikern, so lassen diese Gesetze die Gesellschaft mit Notwendigkeit auf einen gewaltsamen Umsturz hinführen, der erst die neue Gesellschaftsformation des Sozialismus vollständig gebiert. Freilich wird zugleich betont, daß bei diesem Geburtsakt die aktive Mitwirkung des Proletariats bzw. der Arbeiterklasse eine wichtige Rolle zu spielen vermag<sup>33</sup>.

Die neomarxistische Politische Ökonomie der Gegenwart lehnt ebenfalls prinzipiell die Möglichkeit einer Selbststeuerung der Wirtschaft — gestützt auf welche Art von Wettbewerb auch immer — ab, wobei sie sich auch auf zahlreiche Argumente nichtmarxistischer Wissenschaftler berufen kann. Allerdings revidiert die „Neue Linke“ auch gewisse marxistische Positionen, so wenn sie z. B. dem Sozial- und Wohlfahrtsstaat eine zumindest zeitweise stabilisierende Rolle des Gesellschafts- und Wirtschaftsablaufs zubilligt. Es dürfte beachtenswert sein, daß Autoren mit derartigen, weniger dogmatisch festgelegten Ansichten — sieht man von R. Bahro einmal ab — fast ausschließlich in Ländern

<sup>32</sup> K. R. Popper, *Das Elend des Historizismus*, Tübingen 1965, S. 33 ff. Zur Problematik der Entwicklungsgesetze siehe z. B. auch H. Haller, *Typus und Gesetz in der Nationalökonomie*, Stuttgart und Köln 1950, S. 93 ff.; P. Bollhagen, *Gesetzmäßigkeit und Gesellschaft*, Berlin 1967; W. Hofmann, *Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts*, 6. erweit. Aufl., Berlin/New York 1979, S. 135 ff.

<sup>33</sup> Vgl. dazu R. Ahlberg, *Das Proletariat*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1974, S. 9 ff.; W. Hofmann, *Ideengeschichte*, S. 155 ff.

auftreten, in denen der Wissenschaftliche Sozialismus nicht zur Staatsdoktrin wurde. Eine solche These läßt sich an den im einzelnen durchaus unterschiedlichen Lehren von P. A. Baran und P. Sweezy in den USA, E. Mandel in Belgien und G. Kade in der Bundesrepublik Deutschland zeigen, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Gemeinsam scheint diesen und anderen Ansätzen die mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck kommende explikativ-normative Doppelbemühung um eine Gesellschaftsformation als Objekt zu sein. Sie ersetzt die kapitalistische Ordnung, gekennzeichnet durch Privateigentum an den Produktionsmitteln und eine mit ihrer Hilfe ausgeübte „nicht-legitime Herrschaft“<sup>34</sup> über Bürger des eigenen Staates oder auch solche anderer Länder — z. B. der Entwicklungsländer —, durch einen mehr oder weniger „repressionsfreien Sozialismus“<sup>35</sup>.

Mit den sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Trends der jüngeren Geschichte industriestaatlicher Länder des Westens befaßt sich auch die Neue Politische Ökonomie, wenn auch nur unter anderem und nach H.-G. Krüsselberg kaum einmal „auf der Linie der Marxschen Vision“<sup>36</sup>. Da der Tatbestand der Knappheit auch unter wohlfahrtsstaatlichen Bedingungen fortbesteht, ja inzwischen als noch fundamentaler und selektionierender als früher erkannt wurde<sup>37</sup>, geht man — wenn nicht immer bewußt, so doch meistens recht entschieden — von der Priorität der Mensch-Ding-Beziehungen aus. Sie werden übrigens nicht nur dann als Auslöser von Mensch-Mensch-Beziehungen des Tausches verstanden, wenn nicht primär über den Einsatz politischer bzw. öffentlicher und meritorischer Güter zur Befriedigung von Kollektivbedürfnissen gehandelt wird, wie es bei den Neuen Politischen Ökonomen zweifellos regelmäßig der Fall ist. Auch in dem Falle, wenn Privatisierungsstrategien staatlicher Leistungen des sozialen Sicherungssystems, der Informationssysteme oder gar der Dienstleistungen des Staates schlechthin verfolgt werden<sup>38</sup>, verhält es sich so.

<sup>34</sup> Siehe J. Habermas, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/M. 1976, S. 332.

<sup>35</sup> Vgl. dazu u. a. H. Marcuse, Das Ende der Utopie, in: H. Kurnitzky u. H. Kuhn (Hrsg.), Das Ende der Utopie, Berlin 1967, S. 12 ff.; Ders., Repressive Toleranz, in: R. P. Wolff, B. Moore u. H. Marcuse (Hrsg.), Kritik der reinen Toleranz, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1967, S. 93 ff.

<sup>36</sup> H.-G. Krüsselberg, Die Wiederentdeckung, S. 441.

<sup>37</sup> Vgl. dazu St. B. Linder, Das Linder-Axiom oder warum wir keine Zeit mehr haben, Gütersloh/Wien 1971; A. Nove, Allokation und Macht, in: H. K. Schneider u. Chr. Watrin (Hrsg.), Macht und ökonomisches Gesetz, 1. Halbbd., Berlin 1974, S. 51 ff.; G. Schanz, Das Knappheitsargument in der ökonomischen Theorie, in: Z. f. betriebswirtschaftl. Forschung, Bd. 31, 1979, besond. S. 435.

<sup>38</sup> Zu einem solchen Ansatz siehe Chr. Watrin, Ordnungspolitische Aspekte des Sozialstaates, in: B. Külp u. H.-D. Haas, Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft, 2. Halbbd., Berlin 1977, S. 963 ff.

Was die einzelnen Lehren betrifft, so wird von Neuen Politischen Ökonomen die Auffassung vertreten, daß — wie schon erwähnt — sowohl die Preis- und Verteilungstheorien, die Wohlfahrtsökonomik und die Finanzwissenschaft, nicht zuletzt aber auch die Lehren von der Sozial- bzw. Gesellschaftspolitik wesentlicher Ergänzungen ihrer Forschungsobjekte und Resultate bedürfen. So ist unter anderem durchaus zu Recht darauf hingewiesen worden,

1. daß sich die Preisbildung im Oligopol bei Trennung des Ökonomischen vom Politischen nur sehr unvollkommen erklären läßt<sup>39</sup>, weshalb die Funktionsweise sowohl des Preissystems als auch bereits des Produktionsprozesses mit politischen Mechanismen in Zusammenhang gebracht werden müsse<sup>40</sup>;

2. daß die Lohn- und Tariffestsetzung im kollektiven Tarifvertragssystem weniger eine ökonomische Markttheorie als eine Gesellschaftstheorie erfordere<sup>41</sup>, die ebenso für die Erklärung personeller wie intertemporaler Verteilungsvorgänge notwendig sei;

3. daß die Formulierung hinreichend präziser allgemeiner und zugleich allgemeingültiger Wohlfahrtsfunktionen, die von individuellen Bedürfnissen und persönlichen Präferenzen ausgehen, schon nach der herkömmlichen Wohlfahrtsökonomik auf unüberwindliche — oder jedenfalls bisher nicht überwundene — Schwierigkeiten stößt<sup>42</sup>, wobei sich die Probleme bei zunehmenden Umweltbelastungen und anderen externen Effekten, wie sie bei einer auf Wachstum angelegten Wirtschaftspolitik unausbleiblich sind, aber noch häufen<sup>43</sup>;

4. daß neue Forschungsgebiete aber auch durch die in den Prioritätenlisten der praktischen Sozial- bzw. Gesellschaftspolitik und der Finanzwirtschaft vorrückenden neuen Produktions- und Verteilungsaspekte entstehen, gleichgültig ob es sich dabei um früher eher zweitrangige Kollektivbedürfnisse oder um politisch administrierte bzw. öffentliche Güter und Dienstleistungen nichtgeldwerter Art handelt, de-

<sup>39</sup> Vgl. K. W. Rothschild, Preistheorie und Oligopol, in: A. E. Ott (Hrsg.), Preistheorie, Köln/Berlin 1965, S. 369.

<sup>40</sup> Siehe dazu umfassend P. Bernholz, Grundlagen der Politischen Ökonomie, 1. u. 2. Bd., Tübingen 1972 u. 1975.

<sup>41</sup> So B. Külpe, Lohnbildung im Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Kräften, Berlin 1965, S. 18 f.; G. Himmelmann, Lohnbildung durch Kollektivverhandlungen, Berlin 1971, S. 44 f.

<sup>42</sup> Siehe dazu z. B. H. Giersch, Allgemeine Wirtschaftspolitik, 1. Bd., Grundlagen, Wiesbaden 1960, S. 97 ff.; Chr. Watrin, Kriterien zur Beurteilung der statischen Effizienz von Wirtschaftssystemen, in: E. Boettcher (Hrsg.), Beiträge, S. 55 ff. u. besond. S. 67.

<sup>43</sup> Vgl. dazu J. M. Buchanan and G. Tullock, The Calculus of Consent, Ann Arbor 1962; B. S. Frey, Umweltökonomie, Göttingen 1972.

ren erstmalige oder verstärkte Einführung sowohl die Sozialpolitiklehre als auch die Finanzwissenschaft erheblich erweitern<sup>44</sup>.

3. Die *Methodik* der Marxistischen Politischen Ökonomie kulminiert in der Dialektik, die im wesentlichen von K. Marx durch eine materialistische „Umstülpung“ der bekanntlich bereits vom idealistischen Identitätsphilosophen F. W. Hegel im Anschluß an antike Vorläufer entwickelten entsprechenden Verfahrensweisen geschaffen wurde. Sie weist, wie diese früheren Verfahren, neben gewissen Vorzügen auch fundamentale Mängel auf, vor allem durch die Nichtberücksichtigung des logischen „Gesetzes vom ausgeschlossenen Widerspruch“<sup>45</sup>. Wichtig bleibt indessen, daß Marx aus der Komplexität der gesellschaftlichen Mensch-Mensch-Beziehungen — zunächst weithin wie D. Ricardo verfahren — durch „isolierende Abstraktion“ ihr „Wesen“ als Gesetz herauszuheben versucht, also nicht nur Oberflächenerscheinungen, und daß er das Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten über den umgekehrten Einstieg beim Konkreten stellt. Dies ist trotz der unverkennbar methodologisch-holistischen Züge des Vorgehens eine zweifellos auch für jedwede heutige Vergleichung von Wirtschaftssystemen bzw. -ordnungen, beziehe sich diese auf zeitgleiche oder zeitverschiedene Erscheinungen, bedenkenswerte Verfahrensweise. Ihr sieht sich übrigens auch der Neomarxismus bzw. die Neue Linke grundsätzlich verpflichtet, wie z. B. E. Mandel deutlich hervorgehoben hat. Und auch die von marxistischen Ansätzen mehr oder weniger unabhängige Systemanalyse täte sicher gut daran, darauf acht zu geben, daß die an sich wünschenswerte Vermeidung metaphysischer Ordnungskennzeichen von Systemen nicht zugleich zum Verzicht auf zentrale Gestaltrelationen führt<sup>46</sup>.

Was die Neue Politische Ökonomie betrifft, so ist diese trotz stärkerer Axiomatisierung ihrer Ausgangspunkte und ungeachtet eines höheren Mathematisierungsgrads ihrer Ableitungen im Vergleich zum Marxismus von deren abstrahierender Vorgehensweise zunächst nicht allzuweit entfernt. In Anknüpfung an die Neoklassik im allgemeinen und deren mikroökonomische Lehren im besonderen<sup>47</sup> schätzt auch sie die Methode der isolierenden Abstraktion außerordentlich hoch ein, bringt sie freilich nicht in Zusammenhang mit der Dialektik. Durch

---

<sup>44</sup> Siehe dazu etwa E. Liefmann-Keil, *Ökonomische Theorie der Sozialpolitik*, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1961; K. Mackscheidt, *Zur Theorie des optimalen Budgets*, Tübingen/Zürich 1973; G. Kirsch, *Ökonomische Theorie der Politik*, Tübingen/Düsseldorf 1974; H. P. Widmaier, *Sozialpolitik*.

<sup>45</sup> Siehe dazu K. R. Popper, *Conjectures and Refutations*, 3. ed., London 1969, S. 316.

<sup>46</sup> In diesem Sinne H.-J. Wagener, *Zur Analyse*, S. 11 ff.

<sup>47</sup> Vgl. dazu B. S. Frey, *Entwicklung und Stand*, S. 32.

Abstraktion versucht sie „typische“ Entscheidungs- bzw. Verhaltensweisen von Einzelpersonen und Personengruppen „auf den Begriff“ zu bringen, d. h. sie als Nutzen-, Gewinn- und vor allem Stimmenmaximierer zu kennzeichnen. Allerdings gehen die resultierenden idealtypischen „Erklärungsskizzen“ bzw. „Erklärungen im Prinzip“, die mittels Konstruktion von Modellen erreicht werden, hier regelmäßig zu Lasten von Rekursen auf „tieferliegende Verhaltensgesetzmäßigkeiten“<sup>48</sup>. Soweit Erklärungsziele überhaupt nicht angestrebt und lediglich entscheidungsvorklärende Beiträge unter Kosten-Nutzen-Aspekten versucht werden, erscheint die Argumentationsweise vielfach erst recht naiv und oberflächenorientiert. Deutlich wird dies besonders dort, wo das Knappheitsprinzip im Rahmen der Neuen Politischen Ökonomie zur Entfaltung einer argumentativen Strategie im Sinne einer „Ökonomie des Denkens“ selbst auf die Gewinnungsprozesse wissenschaftlicher Ergebnisse angewandt wird, d. h. sogar das Denken bloß als ein ökonomischer Prozeß erscheint<sup>49</sup>.

In der Marxistischen Politischen Ökonomie gilt hingegen das Wesen einer ökonomischen Kategorie als theoretischer Ausdruck bzw. als Abstraktion der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse<sup>50</sup>. K. Marx erläutert den zentralen Abstraktionsvorgang, der bei ihm von theoretischer und zugleich von historischer Bedeutung ist, sehr klar wie folgt: „Das Konkrete ist konkret, weil es die Zusammenfassung vieler Bestimmungen ist, also Einheit des Mannigfaltigen. Im Denken erscheint es daher als Prozeß der Zusammenfassung, als Resultat, nicht als Ausgangspunkt, obgleich es der wirkliche Ausgangspunkt und daher auch der Ausgangspunkt der Anschauung und der Vorstellung ist. Im ersten Weg“ — beginnend mit dem Realen und Konkreten, den Marx ablehnt — „wurde die volle Vorstellung zu abstrakter Bestimmung verflüchtigt; im zweiten führen die abstrakten Bestimmungen zur Reproduktion des Konkreten im Wege des Denkens“<sup>51</sup>. Bezogen auf die verschiedenen Gesellschaftsformationen, vor allem aber den Kapitalismus und den Vergleich desselben mit anderen Formationen, bedeutet dies für den Autor: „Die bürgerliche Gesellschaft ist die entwickeltste und mannigfaltigste historische Organisation der Produktion. Die Kategorien, die ihre Verhältnisse ausdrücken, das Verständnis ihrer

<sup>48</sup> So H. Albert, *Der Gesetzesbegriff im ökonomischen Denken*, in: H. K. Schneider u. Chr. Watrin (Hrsg.), *Macht und ökonomisches Gesetz*, S. 156 ff.

<sup>49</sup> So bei Ph. Herder-Dorneich, *Ökonomie des Denkens*, in: *Hamburger Jb. f. Wirtschafts- u. Gesellschaftspol.*, Bd. 19, 1974, S. 271 ff.

<sup>50</sup> Siehe G. Kade, *Politische Ökonomie — heute*, in: Z. d. Technischen Universität Berlin, 2. Jg., 1970, S. 556. Vgl. auch Ders., *Die Marxsche Methode im Nachvollzug*, in: R. Molitor (Hrsg.), *Kontaktstudium Ökonomie und Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1972, S. 55 ff.

<sup>51</sup> K. Marx, *F. Engels*, Werke, Bd. 13, Berlin 1971, S. 632.

Gliederung, gewährt daher zugleich Einsicht in die Gliederung und die Produktionsverhältnisse aller der untergegangenen Gesellschaftsformen, mit deren Trümmern und Elementen sie sich aufgebaut, von denen teils noch unüberwundene Reste sich in ihr fortschleppen, bloße Andeutungen sich zu ausgebildeten Bedeutungen entwickelt haben etc.“ „Die bürgerliche Gesellschaft liefert so den Schlüssel zur antiken etc. Keineswegs aber in der Art der Ökonomen, die alle historischen Unterschiede verwischen und in allen Gesellschaftsformen die bürgerlichen sehen“<sup>52</sup>.

E. Mandel faßt die „lebendige“ marxistische methodologische Tradition in sechs Punkten zusammen. Sie räumen allerdings dem Ausgang vom Konkreten und den Verifizierungsvorgängen von zeitgenössischen Einflüssen her eine größere Bedeutung ein als dies bei Marx der Fall war. Im einzelnen bezieht er ein die

„1. Umfassende Aneignung des empirischen Stoffes, Bewältigung des Materials (Erscheinungen an der Oberfläche) in seinen historisch relevanten Details.

2. Analytische Aufgliederung dieses Stoffes in seine konstitutiven abstrakten Elemente (Aufsteigen vom Konkreten zum Abstrakten).

3. Erforschung der entscheidenden Gesamtzusammenhänge zwischen diesen Elementen, die die abstrakten Bewegungsgesetze des Stoffes, sein Wesen, verdeutlichen sollen.

4. Entdeckung der entscheidenden Mittelglieder, die es ermöglichen, die Vermittlung zwischen dem Wesen und den Erscheinungen an der Oberfläche zu verwirklichen (Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten, gedankliche Reproduktion des Konkreten als Einheit von mannigfaltigen Bestimmungen).

5. Praktisch-empirische Verifizierung der Analyse (2, 3, 4) an der sich abwickelnden konkreten historischen Bewegung.

6. Entdeckung neuer, empirisch relevanter Daten und neuer Zusammenhänge — oft sogar neuer abstrakt-elementarer Bestimmungen —, dank der Anwendung der Ergebnisse der Erkenntnis und der auf ihr beruhenden Praxis auf die unendlich komplexe Wirklichkeit“<sup>53</sup>.

Bedenkt man die energischen methodologischen Bemühungen nicht-marxistischer Ökonomen besonders in den letzten Jahrzehnten, so kann das generelle Vulgarisierungsargument von G. Kade, daß „die bürgerliche Ökonomie immer stärker um die Verschleierung der Widersprüche des entfalteten Kapitalismus bemüht ist und das über zu-

---

<sup>52</sup> Dies., Werke, Bd. 13, S. 636.

<sup>53</sup> E. Mandel, Der Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1972, S. 14 f.

nehmende Formalisierung, Verharrung bei den Oberflächenerscheinungen und einen methodologisch wenig reflektierten Empirismus erreicht<sup>54</sup>, nicht geteilt werden. Allerdings gibt es sicherlich Wissenschaftler — nicht zuletzt auch unter den Neuen Politischen Ökonomen — die Methodendiskussionen möglichst gänzlich aus dem Wege zu gehen trachten<sup>55</sup>. Eher schon läßt sich mit H. Marcuse sagen, daß die nichtmarxistische Ökonomie in weiten Teilen ihrer Lehrauffassungen „nicht das Wesen des Menschen und seine Geschichte im Blick hat“<sup>56</sup>, jedenfalls lange Zeit nicht und ganz besonders seitens der Ökonomischen Theorie der Politik nicht. Diese Theorie vertritt — wie zum Teil auch offen eingeräumt wird — eine „ahistorische“ und „institutionslose“ Methodik und ist daher besonders anfällig gegenüber soziologischen und psychologischen „Residualfaktoren“, die sie kaum einmal detailliert berücksichtigt<sup>57</sup>. Um das volkswirtschaftliche Datum „Politische Prozesse“ aufzulösen und in den Erklärungsvorgang einzubeziehen, bedient sich die Neue Politische Ökonomie im wesentlichen der analytischen Methoden der Neoklassik, also des partialanalytischen Gedankenexperiments bzw. der Modellbildung unter *ceteris paribus*-Bedingungen. Diese Verfahren werden dabei keineswegs immer ausreichend spezifiziert, wie es methodologisch aufgeklärte Neoklassiker inzwischen verlangen. Im übrigen wendet sie aber unzweifelhaft selbst die Methode der isolierenden Abstraktion an, wenn auch oft auf sehr eng konstruierte entscheidungslogische Erkenntnisobjekte, statt auf breiter abgegrenzte Erfahrungsobjekte von Mensch-Mensch-Relationen bezogen.

Die Isolierung komplexerer Zusammenhänge — wie der „Interdependenzen“ von Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialordnungen<sup>58</sup> oder von „Interdependenz-Ansätzen“ schlechthin<sup>59</sup> — ist indessen Marxistischen Politischen Ökonomen keineswegs allein vorbehalten geblieben. Bestimmte Autoren, wie etwa F. A. von Hayek oder H. Albert, nehmen seit einiger Zeit auch Abstand von einem übertriebenen Falsifizierungsstreben, und sie betonen dafür die Bedeutung von Theorien als „abstrakter Muster“<sup>60</sup> bzw. „idealtypischer Erklärungsskizzen“. In diesem

<sup>54</sup> G. Kade, *Die Marxsche Methode*, S. 61.

<sup>55</sup> Siehe z. B. Ph. Herder-Dorneich u. M. Groser, *Ökonomische Theorie*, S. 19 f.

<sup>56</sup> H. Marcuse, *Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1969, S. 13.

<sup>57</sup> Dies räumt ein B. S. Frey, *Entwicklung und Stand*, S. 56.

<sup>58</sup> Siehe dazu vor allem W. Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen/Zürich 1960, S. 180 ff. u. 332 ff.

<sup>59</sup> Vgl. ganz besonders G. von Eynern, *Grundriß der Politischen Wirtschaftslehre*, 2. Aufl., Opladen 1972.

<sup>60</sup> So F. A. Hayek, *Die Theorie komplexer Phänomene*, Tübingen 1972.

Zusammenhänge heben sie oft auch die Bedeutung des ökonomischen Ansatzes als eines „soziologischen Paradigmas“ hervor<sup>61</sup>. Jedoch bestehen zwischen diesen Positionen neuerer Art und den bisherigen Ausprägungen der Neuen Politischen Ökonomie wissenschaftstheoretisch und methodologisch noch sehr erhebliche Unterschiede. G. Himmelmann betont deshalb grundsätzlich sicher nicht zu Unrecht, daß die bisherige Kritik an der Neuen Politischen Ökonomie praktisch die gleichen Argumente benutzt und verwenden kann, wie sie gegenüber der funktionalistischen Wirtschaftstheorie und Wohlfahrtsökonomie vorgebracht wurden. Neben der Vernachlässigung der „Geschichte“, d. h. der Genese und des Wandels von Staats-, Herrschafts- und Ideologieformen, führt er unter anderem an

1. die Beschränkung auf einen „individualistischen Ansatz“, d. h. die Vernachlässigung von sozialen Bestimmungsgründen des Handelns und von Sozialisationsproblemen;
2. die Annahme der „Autonomie menschlichen Handelns“, d. h. auch der Nichtmanipulation der Individuen und ihrer vollständigen Information;
3. die Annahme „rationalen Verhaltens der Menschen“ im Sinne reinen Zweck-Mittel-Denkens;
4. die Annahme „rein materieller Nutzenmaximierung“ im Sinne ökonomischer Konditionierung der Menschen;
5. die Unterstellung eines „homogenen Wertkonsensus in der Politik“;
6. die „willkürliche Verwendung von Parametern und Datenkränzen“ im Rahmen von Entscheidungstheorien<sup>62</sup>.

### III. Überblick und Würdigungen von Grundgedanken einiger Einzellehren

1. Für *K. Marx* und *F. Engels* bedingt die Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung bzw. des Historischen Materialismus die Einnahme eines Klassenstandpunktes. Ein solcher Standpunkt läßt sich angeblich nicht von der revolutionären Praxis lösen, erst recht nicht

---

<sup>61</sup> So *H. Albert*, *Der Gesetzesbegriff*, S. 154 ff.

<sup>62</sup> *G. Himmelmann*, *Politische Ökonomie*, S. 195 f. Vgl. auch *C. Böhret*, *Art. Politische Ökonomie*, S. 298 f. und von überwiegend marxistischen Standpunkten *J. Frank*, *Neue Politische Ökonomie als Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorie?* In: *H. P. Widmaier* (Hrsg.), *Politische Ökonomie*, besond. S. 316 ff. u. 331 ff.; *W. Elsner*, *Die „neue politische Ökonomie“ und Ansätze politisch-ökonomischer Neubesinnung in den Wirtschaftswissenschaften*, in: *Blätter f. deutsche u. internationale Politik*, Bd. 20, 1975, S. 1238 ff. u. Bd. 21, 1976, S. 71 ff.



unter dem Deckmantel des heutigen Methodenpluralismus praktizieren<sup>63</sup>.

Die „Produktionsweise“ des auf „Produktivkräften“ beruhenden materiellen, d. h. technisch-ökonomisch bestimmten Lebens determiniert allgemein — wenn auch nicht streng kausal — die Entwicklung des politischen und geistigen Lebens. Die „Produktionsverhältnisse“, zu denen auch die gesellschaftlichen und die rechtlichen Strukturen gehören, beeinflussen entscheidend die verschiedensten ideologischen „Überbauten“. Zu diesen — in heutiger Terminologie — „Superstrukturen“ gehören neben den staatlichen und politischen auch die kulturellen, d. h. religiösen, moralischen, künstlerischen und sonstigen geistigen Lebensäußerungen. Antagonistische Widersprüche zwischen den Klassen, die sich zuerst in den Vorläufern der feudalistischen Grundherrschaft auszubilden beginnen, lösen Konflikte und Kämpfe zwischen ihnen aus. Klassenkämpfe gibt es in allen bisherigen Gesellschaftsformationen mit Ausnahme derjenigen der „urwüchsigen kommunistischen Gesellschaft“<sup>64</sup> und sehr vermehrt und gesteigert in der kapitalistischen Gesellschaftsformation.

Die Klassenkämpfe gelten im wissenschaftlichen Sozialismus als bewegendes Agens aller geschichtlichen Bewegungen, die Anfänge ausgenommen. Hingegen erblicken nichtmarxistische wissenschaftliche Positionen besonders seit J. A. Schumpeter vor allem in Neuerungen die erste treibende Kraft von Entwicklungen<sup>65</sup>. Im Dienst der Evolution stehen nach Marx und Engels auch die großen Revolutionen der Menschheit. Sie laufen nach der dialektischen Triade von Thesis, Antithesis und Synthesis ab bzw. sie folgen — wie J. W. Stalin später im Anschluß vor allem an Engels formulierte<sup>66</sup> — Prinzipien der „quantitativen Ansammlung“ und des „qualitativen Sprunges“. Evolutionen und Revolutionen bewirken auf diese Weise die Befreiung der Menschheit, die lediglich an ihrem Beginn als völlig gebunden angesehen wird: „Je tiefer wir in die Geschichte zurückgehen, je mehr erscheint das Individuum . . . als unselbständig“. Immer ist „gesellschaftlich bestimmte Produktion durch in Gesellschaft produzierende Individuen der natürliche Ausgangspunkt“<sup>67</sup>.

Für die Wirtschaft, die also letztlich alles andere beeinflußt, läßt sich der dialektische Entwicklungsprozeß wie folgt skizzieren:

<sup>63</sup> So G. Kade, *Die Marxsche Methode*, S. 56 u. 60.

<sup>64</sup> K. Marx, F. Engels, *Werke*, Bd. 4, Berlin 1972, S. 462.

<sup>65</sup> Zu beiden Typen von Evolutionstheorien siehe H.-J. Wagener, *Zur Analyse*, S. 246 ff.

<sup>66</sup> Siehe J. Stalin, *Fragen des Leninismus*, Moskau 1947, S. 647 ff.

<sup>67</sup> Vgl. K. Marx, F. Engels, *Werke*, Bd. 13, S. 615 f.

1. Gemäß der objektiven Arbeitswerttheorie, die nach W. Becker eine „vergleichsweise ‚metaphysische‘ Größe“ dialektisch mit der Dimension des Preises und sogar der Gebrauchswertfunktion der Waren „in Verbindung“ bringt<sup>68</sup>, besteht der Wert einer Ware in der Quantität menschlicher Arbeit, die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendig ist.

2. Damit in Zusammenhang steht die Lohntheorie, nach der der Kapitalist die Arbeitskraft des Arbeiters jeweils für eine bestimmte Zeit kauft und sich der Wert dieser Arbeitskraft nach dessen Tauschwert bemißt, d. h. nach ihren dem gewohnheitsmäßigen Existenzminimum des Arbeiters entsprechenden Reproduktionskosten.

3. Von hier aus ist es nur ein relativ kleiner gedanklicher Schritt zur Mehrwerttheorie, wonach der Arbeiter also nur vergütet bekommt, was er zur Reproduktion seiner Kräfte benötigt, während er jedoch ein Mehr an Werten schafft im Vergleich zu den Kosten, die er verursacht.

4. Diesen „Mehrwert“ behält der Kapitalist bzw. Unternehmer aufgrund seiner durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln gewährleisteten Herrschaftsposition ein, womit die durch explikative und letztlich freilich normative Elemente gekennzeichnete Situation der Ausbeutung gegeben ist.

5. Mit dem durch Klassenkämpfe vermittelten Bewußtwerden dieses Vorgangs bei den Arbeitern — ein Prozeß, in den sich der in Entwicklung begriffene wissenschaftliche Sozialismus mehr und mehr engagiert einschaltet — wird mit der Zeit der Kapitalismus als angeblich insgesamt inhumanes System entlarvt, womit aber nicht moralische Vorwürfe gegen seine Träger gemeint werden, jedenfalls nicht in erster Linie.

6. Bei zunehmender Weiterentwicklung der Produktivkräfte — zu denen immer mehr auch die nicht konterrevolutionär argumentierenden Natur- und Organisationswissenschaften in ihrer Gesamtheit zu zählen sind — kommt es schließlich, gefördert durch sich verstärkende Wirtschaftskrisen, zur Selbstvernichtung des kapitalistischen Systems und zur Entstehung eines neuen.

Die in diesem Zusammenhange implizierte Aussage von der „Expropriation der Expropriateure“ ist ursprünglich nicht nur mit der Hypothese vom Entstehen permanenter, sich ständig verschärfender Überproduktionskrisen, sondern auch mit der anderen von der absoluten

---

<sup>68</sup> W. Becker, Zur Kritik der Marxschen Wertlehre und ihrer Dialektik, in: G. Lührs u. a. (Hrsg.), Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, Berlin u. Bonn/Bad Godesberg 1975, S. 208 f.

Verarmung der Arbeiterklasse verbunden. Dieser Satz erwies sich — sieht man von den immateriellen Verelendungstendenzen und speziell denen der „Entfremdung“ bzw. „Verdinglichung“ ab<sup>69</sup> — früher und eindeutiger als die Krisenhypothese als falsifizierbar<sup>70</sup>. In der Krisentheorie geht Marx von der Unmöglichkeit eines permanenten Gleichgewichts zwischen der Produktions- und der Konsumtionssphäre im Kapitalismus aus. Er zeigt dabei lange vor M. Keynes auf, daß die Investitionen dem Sparen gleich sein müßten, wolle man konjunkturelle Krisen verhindern, daß dies aber praktisch-historisch nicht der Fall und geradezu unmöglich sei. Daß eine solche Identität grundsätzlich nicht erreichbar ist, erscheint letztlich als Konsequenz der dem Eigenutz ökonomistisch verfallenen, d. h. mit absoluter Folgerichtigkeit gemäß dem Rationalitätsaxiom verfahrenen Unternehmer in ihren Investitionshandlungen.

Auch die weitere Entwicklung des „technischen Fortschritts“ — an der die fortschreitenden Naturwissenschaften entscheidenden Anteil haben — ändert nach den Lehren des Marxismus nichts an diesem Ungleichgewicht, eher im Gegenteil. Durch den Einsatz immer komplizierterer Maschinen wird das „Gesetz des tendenziellen Falles der Profitrate“ entscheidend bestimmt und verschärfen sich die Teilprozesse der Überakkumulation, Untergewinnerzielung und Stagnation. Daher muß sich — wie die an Marx anschließende Imperialismustheorie schon bei W. I. Lenin lehrt<sup>71</sup> — staatliche Superstruktur möglichst so entwickeln, daß sie der herrschenden Klasse dazu verhilft, ihre Dominanz trotz der Widersprüche im geschichtlichen Ablauf weiterhin ausüben zu können, bis dann der Zeitpunkt ihrer Ablösung angeblich gekommen ist.

2. Obwohl die Wohlfahrtsökonomie und deren moderne Weiterentwicklungen nicht selbst Bestandteile der Neuen Politischen Ökonomie sind, gibt es zwischen allen diesen Lehren doch fließende Übergänge, die ein Anknüpfen an die ersteren auch hier geboten erscheinen lassen. Insbesondere geht es um die Grundproblematik gesellschaftlicher Entscheidungen zur Konfliktregulierung, die vor allem K. J. Arrow in Weiterführung von Überlegungen von V. Pareto und anderer älterer Wohlfahrtsökonomien gründlicher als alle seine Vorgänger untersucht hat.

<sup>69</sup> Was freilich problematisch ist. Zur Entfremdungsdiskussion siehe vor allem J. Israel, *Der Begriff Entfremdung*, Reinbek 1972, besond. S. 45 ff. u. 324 ff. Siehe auch W. Hofmann, *Ideengeschichte*, S. 153 f.

<sup>70</sup> Siehe dazu R. Ahlberg, *Das Proletariat*, S. 27 ff.; W. Hofmann, *Ideengeschichte*, S. 147 ff.

<sup>71</sup> Vgl. W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: *Ders., Werke*, Bd. 22, Berlin 1960.

Während die Marxisten von ihrem Klassenstandpunkt aus gesellschaftliche Entscheidungen zur Konfliktregulierung im Grundsatz als „apologetisch“ ablehnen, hält sie Arrow von der Position der Uneingeschränktheit individueller Präferenzen aus schon für logisch und durchführbar. Seine berühmten vier Anforderungen betreffen:

1. Die Zulässigkeit aller denkbaren Wertungen seitens der Individuen, das bedeutet die Annahme „uneingeschränkter“ individueller Präferenzen;
2. die Gewährleistung des „Pareto-Kriteriums“, d. h. des Postulats, wonach gilt, daß wenn jedes Individuum eine Alternative einer anderen vorzieht, dies auch für die Gesellschaft verpflichtend ist<sup>72</sup>;
3. die Irrelevanz „dritter“ Alternativen, d. h. die Unabhängigkeit gesellschaftlicher Entscheidungen von weiteren individuellen Präferenzen;
4. den Charakter der gesellschaftlichen Entscheidungen als „nicht-diktatorisch“<sup>73</sup>.

Es sei hier darauf verzichtet, in eine eingehende Interpretation der Postulate einzutreten. Mit Hilfe der mathematischen Logik beweist der Autor, daß die vier Anforderungen untereinander unvereinbar sind, d. h. aber: gemäß diesem „Unmöglichkeitstheorem“ gibt es keine allgemeine bzw. gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion. Die vierte der logischen Anforderungen meint dabei, etwa ausführlicher formuliert: Eine Person soll nicht ausschließlich die Entscheidungen für eine Gesellschaft treffen. Dieses Postulat relativiert das zweite, wie es im Pareto-Kriterium festgelegt wurde. Dessen „gefährliche Naivität“ (Tudyka) im Rahmen der Neuen Politischen Ökonomie beruht nicht zuletzt darauf, daß auf es gestützt Demokratie oft genug allein als Variable pareto-optimaler Güterversorgung behandelt wird und als nichts sonst<sup>74</sup>. Aber das Postulat rückt mehr noch ab von einer autonomen Ermittlung gesellschaftlicher Bedürfnisse, gehe sie nun auf den „demokratischen Zentralismus“ marxistisch-leninistischer Observanz oder auf mehr oder weniger machiavellistische Entscheidungen „wohlwollender“ Führer faschistischer bzw. faschistoider Prägung zurück.

<sup>72</sup> Zur Interpretation des Kriteriums siehe z. B. *K. E. Boulding*, *Ökonomie als eine Moralwissenschaft*, S. 111 ff.; *B. Külp* u. a., *Wohlfahrtsökonomik I. Die Wohlfahrtskriterien*, Tübingen/Düsseldorf 1975, S. 3 ff. u. 18 f.

<sup>73</sup> *K. J. Arrow*, *Social Choice and Individual Values*, 2. ed., New York 1963. Vgl. auch Readings in *Welfare Economics*, London 1969, S. 147 ff.

<sup>74</sup> In diesem Sinne *K. P. Tudyka*, *Politische Ökonomie. Ein Desiderat der Politikwissenschaft*, in: *Pol. Vierteljahresschr.*, 10. Jg., 1969, S. 129 ff.; *G. Himmelmann*, *Politische Ökonomie*, S. 193.

Die Analysen Arrows sind inzwischen vielfältig diskutiert und auch modifiziert worden<sup>75</sup>. Aber sie sind auch in diesen Versionen immer noch eine gegensätzliche Position zur marxistischen Grundannahme der Bestimmbarkeit sozialer Präferenzen, unabhängig von den individuellen Bedürfnissen der Gesellschaftsmitglieder, geblieben. Allerdings enthält das Arrowsche Unmöglichkeitstheorem neben rein individualistischen Bestandteilen egoistischer Art, wie sie in der ersten und zweiten Anforderung zum Ausdruck kommen, zweifellos auch altruistisch eingeschränkt individualistische<sup>76</sup>. Sie haben in dem vierten Postulat ihr Zentrum und implizieren höchstens einen niederen Grad kollektivistischer Ausrichtung von Politik<sup>77</sup>. Von ihnen aus ist es ein weiter Weg zu marxistischen Legitimierungsversuchen gesellschaftlicher Bedürfnisse, zumindest aber zu solchen, die auch Marx' frühe Warnung ignorieren, daß es zu vermeiden gelte, „die ‚Gesellschaft‘ wieder als Abstraktum dem Individuum gegenüber zu fixieren“<sup>78</sup>. Es ist von ihnen her freilich auch eine große Strecke zu „rationalistischen Gemeinwohlkonzeptionen“, die im Rahmen monistischer oder dualistischer Ansatzpunkte für Verkehrswirtschaften entwickelt worden sind.

Th. Thiemeyer glaubt in seiner Kritik solcher Konzeptionen vor allem nicht die demokratische Annahme ohne weiteres akzeptieren zu können, daß die Inhaltsbestimmung des „öffentlichen Interesses“ mit dem Nachweis des demokratischen „Amalgamationsmechanismus“ überflüssig geworden sei. „Erweist sich der Wahlmechanismus in den heute relevanten gesellschaftlichen Systemen doch lediglich als die Legitimierung des Anspruches auf Repräsentation der Wähler, nicht aber als eine Amalgamation und Mechanisierung des Entscheidungsprozesses“. Der Entscheidungsprozeß selber kommt nach der zutreffenden Auffassung des Autors nicht ohne politische Entscheidungen gemäß den individuellen Wertungs- bzw. Überzeugungssystemen — letztlich also individuellen Utopien — der Entscheidungsträger aus. Der Prozeß besteht nicht im Addieren, Subtrahieren oder Vergleichen von Präferenzen, jedenfalls nicht allein oder zentral<sup>79</sup>. Vielmehr setzt er sich aus

<sup>75</sup> Vgl. dazu B. S. Frey, *Entwicklung und Stand*, S. 37 ff.; B. Külp u. a., *Wohlfahrtsökonomik II. Maßnahmen und Systeme*, Tübingen/Düsseldorf 1976, S. 120 ff.

<sup>76</sup> Zum Begriff des „altruistisch eingeschränkten Individualismus“ siehe K. R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, 1. Bd., *Der Zauber Platons*, Bern 1957, S. 143 ff.

<sup>77</sup> Vgl. G. Hedtkamp, *Wirtschaftssysteme*, S. 288.

<sup>78</sup> K. Marx, *Zur Kritik der Nationalökonomie — Ökonomisch-Philosophische Manuskripte*, hier zitiert nach H.-J. Wagener, *Zur Analyse*, S. 282.

<sup>79</sup> Th. Thiemeyer, *Gemeinwirtschaftlichkeit als Ordnungsprinzip*, Berlin 1970, S. 143 ff.; Ders., *Betriebliche Willensbildung im Dienste sozialer Gruppen — die gemeinwirtschaftlichen Betriebe*, in: H. Albach u. D. Sadowski (Hrsg.), *Die Bedeutung gesellschaftlicher Veränderungen für die Willensbildung im Unternehmen*, Berlin 1976, S. 238 f.

„politischen Handlungselementen“ als solchen Aspekten gesellschaftlichen Verhaltens zusammen, die trotz Ungewißheiten erst eine Entscheidung über einen Tatbestand ermöglichen<sup>80</sup>. Der Entscheidungsprozeß bezieht sich allerdings nicht nur auf tatsächliche Interessen, die Personen äußern, sondern rekurriert in paternalistischen oder patriarchalischen Handlungsbestandteilen auch auf solche „wohlverstandener“ Art, wie G. Weisser sie genannt hat<sup>81</sup>.

Nachdem durch Arrow herausgearbeitet worden war, daß die Demokratie zu logisch widersprüchlichen gesellschaftlichen Entscheidungen führen kann — freilich nicht führen muß —, wird in den modifizierenden Analysen analysiert, welche der Bedingungen wie geändert werden können, um widerspruchsfreie Entscheidungen zu ermöglichen. Dabei ist nicht nur die Einschränkung individueller Präferenzordnungen erwogen worden, sondern wurde auch das Postulat der Irrelevanz dritter Alternativen infrage gestellt. Im ersteren Falle wird dabei nach zulässigen Abweichungen von der Uniformität individueller Präferenzen gefragt, bei der also das Unmöglichkeitstheorem angeblich „noch nicht“ zur Auswirkung gelangt. Es wurde dabei gezeigt, daß selbst bei geringer Inhomogenität individueller Präferenzen — wie sie nach marxistischer Auffassung in nichtantagonistischen, d. h. klassenfreien Gesellschaften möglich erscheinen — inkonsistente Entscheidungen auftreten. Ob daraus allerdings zwingend der Schluß gezogen werden muß, das Paradox sei nicht zu umgehen — wie viele meinen —, ist umstritten.

Der zweite Fall, d. h. die Irrelevanz dritter Alternativen, steht in engem Zusammenhange mit den inhaltlichen „Intensitäten“ von Präferenzen. Deren Berücksichtigung wird von Neuen Politischen Ökonomen als nicht notwendig bezeichnet, hingegen von herkömmlichen Positionen der Politikwissenschaft aus teilweise bejaht<sup>82</sup>. Zutreffend dürfte sein, daß die Einführung kardinaler Präferenzfunktionen das grundsätzliche Aggregationsproblem der Wohlfahrtsökonomie bei Zugrundelegung der Arrowschen Bedingungen nicht zu überwinden vermag. Allerdings hat die Forschung doch Möglichkeiten zumindest plausibel gemacht, die nicht mehr das Erfordernis der vollständigen intersubjektiven Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Personen zur Vor-

<sup>80</sup> H.-G. Krüsselberg, Die Wiederentdeckung, S. 447.

<sup>81</sup> G. Weisser, Die Unternehmensmorphologie — nur Randgebiet? In: Archiv f. öffentl. u. freigemeinnütz. Unternehmen, Bd. 8, 1966/67, S. 17 ff. u. 26. Siehe dazu auch Th. Thiemeyer, Die Überwindung des wohlfahrtsökonomischen Formalismus bei Gerhard Weisser, in: F. Karrenberg u. H. Albert (Hrsg.), Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für Gerhard Weisser, Berlin 1963, S. 146 ff.

<sup>82</sup> Siehe z. B. R. A. Dahl, A Preface to Democratic Theory, Chicago/London 1956, Kap. 4.

aussetzung haben. Es genügen danach unter Umständen einschränkende Bedingungen partieller Vergleichbarkeit, d. h. statt der Kardinalität lassen sich Voraussetzungen begrenzter Ordinalität denken.

Erfolgen jedoch keinerlei anzuerkennende Änderungen der einen oder der anderen Bedingung, so gehört es zweifellos zu den weiter in Kauf zu nehmenden Konsequenzen, daß gesellschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnungen mangels gemessener oder aufgrund topologischer Festsetzungen vergleichener allgemeingültiger Zielfunktionen undurchführbar sind. Gesamtmodelle rationalen Handelns sind — mit anderen Worten — bei den üblicherweise auseinandergehenden Interessen trotz „kommunistischer Fiktionen“ im Sinne G. Myrdals<sup>83</sup> weder auf Konsumenten noch auf Unternehmer verkehrswirtschaftlicher Ordnungen anwendbar. Sie sind aber auch nicht bei gesamtwirtschaftlicher Optimalplanung in zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnungen realisierbar, es sei denn, die Individuen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen werden in Gruppen mit einheitlichen Interessen umdefiniert, wie es in neuerer DDR-Literatur teilweise vorgeschlagen wird<sup>84</sup>.

3. Nach A. Downs „Demokratiemodell“ für die Analyse der Beziehungen zwischen den Regierenden und den Regierten, das — wie bereits ausgeführt wurde — stark durch den älteren J. A. Schumpeter beeinflusst worden ist, verhalten sich die Wähler analog den Konsumenten und die Politiker wie die Unternehmer, d. h. sie sind „politische Unternehmer“. Dies bedeutet, daß die Wähler angeblich auch im Raume der Politik ihren Nutzen zu maximieren versuchen, während die Politiker hier statt des Gewinnes angeblich nunmehr Stimmen maximieren<sup>85</sup>.

Innerhalb eines Zwei-Parteien-Rahmens wird im einzelnen konstruiert, wie die Parteien um Wählerstimmen konkurrieren. Die Wähler maximieren ihren Nutzen, indem sie für diejenige Partei stimmen, die ihren Präferenzen am ehesten entspricht. Die Politiker formulieren solche Programme, von denen sie annehmen, sie würden die für sie abgegebene Stimmzahl zu maximieren erlauben, d. h. Wahlen „gewinnen“ lassen. Möglichst viel Konkurrenz zwischen den Parteien

---

<sup>83</sup> G. Myrdal, Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung, Hannover 1963, 6. Kap.

<sup>84</sup> Vgl. A. G. Granberg, Das Problem der Transitivität individueller und kollektiver Bevorzugungen beim Aufbau von Zielfunktionen, in: Autorenkollektiv (Hrsg.), Quantitative Methoden in der Soziologie, Berlin 1970, S. 85 ff. Siehe auch H.-J. Wagener, Zur Analyse, S. 283 f.

<sup>85</sup> Siehe dazu grundlegend A. Downs, Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968. Vgl. auch die weiterführenden Darstellungen bei H. P. Widmaier, Sozialpolitik, besond. Kap. III; Ph. Herder-Dorneich u. M. Groser, Ökonomische Theorie, 2. u. 3. Kap.

läßt sich dabei nicht — wie man von der herkömmlichen Wirtschaftstheorie her zunächst vermuten könnte — mittels sehr unterschiedlicher Programme erreichen, sondern umgekehrt durch sehr ähnliche Manifeste bei allerdings unterschiedlichen Politikerpersönlichkeiten<sup>86</sup>. Parteienprogramme sind den Politikern — mit anderen Worten — ähnlich gleichgültig wie Unternehmenssatzungen den Unternehmern, da der Zweck der ersteren hauptsächlich in der Befriedigung von kurzfristigen Wählerpräferenzen besteht.

Ob damit alle oder auch nur die wichtigsten Fälle historisch relevant gewordenen Politikerverhaltens theoretisch erfaßt und ausreichend erklärt worden sind, ist eine andere Frage, die inzwischen sehr kritisch behandelt worden ist<sup>87</sup>. Aber auch wenn in diesem Punkte Skepsis obwaltet, kann der Lehre in anderer Hinsicht Relevanz nicht ohne weiteres abgesprochen werden. Insbesondere gilt dies für die zentrale Berücksichtigung von Kosten der Informationsbeschaffung, d. h. einer Variable, die vorher meist vernachlässigt wurde<sup>88</sup>. Dieser Umstand unterstreicht den Namen dieser Richtung als einer „ökonomischen“ im Sinne einer von Knappheitsgesichtspunkten her argumentierenden Theorie der Politik. Diese Lehre innerhalb der Neuen Politischen Ökonomie ist dabei im Kern eine Gleichgewichtsanalyse, die allerdings unter ausführlicher Berücksichtigung des Problems der Ungewißheit<sup>89</sup> zu einem pareto-optimalen Zustand führt. In diesem Zustand entscheidet schließlich der Zufall darüber, welche Partei jeweils regiert. Die bei reiner Betrachtung resultierende perfekte Demokratie, in der es dank der Parteienkonkurrenz keinerlei „Ausbeutung“ des Wählers gibt, ist nämlich durch Stimmenthaltung gekennzeichnet<sup>90</sup>.

Erweiterungen des Theoriegebäudes, an denen Downs selbst maßgeblich beteiligt ist, haben inzwischen zu mannigfachen neuen Einsichten geführt. Statt Stimmenmaximierung wurden auch Annahmen der „Minimierung der Majorität“ bzw. der „befriedigenden Mehrheiten“ den Ableitungen unterstellt<sup>91</sup>. Auch wurde der Einfluß ideologischer Vorstellungen zu berücksichtigen versucht, was zu einem teil-

<sup>86</sup> Siehe dazu *E. Boettcher*, Kooperation und Demokratie, S. 150 ff.

<sup>87</sup> Vgl. z. B. *W. F. Ilchman* u. *N. Uphoff*, The Political Economy of Change, Berkeley 1971; *W. W. Engelhardt*, Leitbilder und Zielsysteme in der Politik, in: *H. Sanmann* (Hrsg.), Leitbilder und Zielsysteme der Sozialpolitik, Berlin 1973, besond. S. 31 ff.

<sup>88</sup> Siehe dazu *A. Downs*, Ökonomische Theorie, S. 13 u. 202 ff.; *R. Eschenburg*, Ökonomische Theorie, S. 87 ff. u. v. a.

<sup>89</sup> *A. Downs*, Ökonomische Theorie, S. 13 u. 75 ff.

<sup>90</sup> *B. S. Frey*, Models of Perfect Competition and Pure Democracy, in: *Kyklos*, Vol. 27, 1974, S. 736 ff.

<sup>91</sup> Sie gehen auf *H. A. Simon* zurück. Vgl. insbesondere *H. A. Simon*, A Behavioral Model of Rational Choice, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 69, S. 99 ff.



weisen Aufgaben des Konzepts eines effektiven Parteienwettbewerbs und zur Annahme „diskretionärer Spielräume“ politischen Handelns geführt hat<sup>92</sup>. Andere Veränderungen des Grundmodells betreffen die Einbeziehung von mehr als zwei Parteien und die Berücksichtigung mehrstufiger Auswahlverfahren für Politiker. Ferner wird durch Dynamisierung des Modells im Anschluß z. B. an eine Arbeit von J. Åkerman die dauernde Kontrolle der Regierung infrage gestellt und das Vorhandensein „politischer Konjunkturzyklen“ theoretisch verfolgt<sup>93</sup>.

Downs selbst hat von den Variablen Unsicherheit und Informationskosten her die Aussage herausgearbeitet, daß speziell Kosten der ersten Art in Demokratien die Tendenz verursachen, „daß Regierungen Haushalte verabschieden lassen, die kleiner sind, als wenn diese Kosten nicht bestünden“. Regierungen treffen angeblich aber keine expliziten Entscheidungen darüber, wie hoch ein Gesamthaushalt zu sein habe, d. h. sie handeln nicht im Sinne gesellschaftspolitisch verantwortlicher Konzeptionen<sup>94</sup>. Obwohl der Autor der Kritik gegenüber einräumt, daß seine Theorie bestimmte Handlungen von Einzelpersonen, die eine zentrale Rolle bei politischen Ereignissen spielen und dabei keineswegs immer eigennützig handeln, nicht prognostizieren kann, beharrt er doch auf der empirischen Fruchtbarkeit seines Ansatzes. Er möchte diesen allerdings so verstanden wissen, daß Eigennutz den Nutzen einschließt, der aus altruistischen Motiven von Regierenden erwächst<sup>95</sup>.

Die Rückführung der Argumentationen dieser Richtung der Neuen Politischen Ökonomie auf Kostengesichtspunkte dürfte indessen nicht ausreichen, um politisches Handeln voll zu legitimieren, wie es Downs und andere Vertreter dieser Richtung<sup>96</sup>, aber auch nicht zu ihr gehörende Ökonomen<sup>97</sup>, bezwecken. Wenn keineswegs wenige Wahlbürger ihre Wahlbeteiligung jedenfalls in unseren Breitengraden und speziell

<sup>92</sup> Siehe dazu *J. K. Galbraith*, *Die moderne Industriegesellschaft*, München/Zürich 1968.

<sup>93</sup> Vgl. *J. Åkerman*, *Political Economic Cycles*, in: *Kyklos*, Vol. 1, 1947, S. 107 ff.; *E. Liefmann-Keil*, *Sozialpolitische Entscheidungen, Wahl- und Legislaturperioden*, in: *H. Sanmann* (Hrsg.), *Aspekte der Friedensforschung und Entscheidungsprobleme in der Sozialpolitik*, Berlin 1971, S. 61 ff.; *G. Kirchgäßner*, *Zur Struktur politisch-ökonomischer Konjunkturzyklen*, in: *C. Chr. von Weizsäcker* (Hrsg.), *Staat und Wirtschaft*, Berlin 1979, S. 427 ff.

<sup>94</sup> *A. Downs*, *Warum das staatliche Budget in einer Demokratie zu klein ist*, in: *B. S. Frey u. W. Meißner* (Hrsg.), *Zwei Ansätze*, S. 108 u. 126.

<sup>95</sup> *A. Downs*, *Warum das staatliche Budget*, S. 107 u. 126.

<sup>96</sup> Siehe dazu z. B. auch *R. Eschenburg*, *Ökonomische Theorie*, S. 183; *Ders.*, *Kooperation und Organisation der obersten Willensbildung. Die Grundzüge der ökonomischen Kooperationstheorie und ihre Bedeutung für Genossenschaften*, in: *E. Boettcher* (Hrsg.), *Führungsprobleme in Genossenschaften*, Tübingen 1977, S. 137 ff.

<sup>97</sup> Vgl. etwa *Chr. Watrin*, *Ordnungspolitische Aspekte*, S. 970, 980 u. besond. 984.

in der Bundesrepublik Deutschland als „Pflicht“ internalisiert haben und auch bei Angleichung der Wahlprogramme der großen Parteien zur Wahl gehen und ihre Entscheidung treffen, so mag dies außerhalb der rationalen a-priori-Argumentationen des von Downs und seinen Anhängern zugrunde gelegten Demokratiemodells liegen. Es dürfte aber gleichwohl für jedwede Legitimierungsbemühung politischen Handelns ein kaum zu vernachlässigender Umstand sein.

Zu der im Mittelpunkt der Downschen Lehre stehenden Stimmenmaximierungshypothese und zu dem dieser — und bereits der neoklassischen Gewinnmaximierungshypothese — quasi als Oberhypothese gemeinsam zugrunde liegendem „Rationalitätsaxiom“ ist festzustellen, daß sie sich trotz Plausibilität bislang nicht genügend bewährt haben<sup>98</sup>. Dies dürfte zum Teil daran liegen, daß die zugrunde liegenden Maximierungsvorstellungen bei der innerhalb dieses Wissenschaftskonzepts regelmäßig vernachlässigten Kenntnis der Umstände nicht erfüllt sind bzw. inhaltlich nicht ausgefüllt werden können<sup>99</sup>. Ein anderer Grund ist, daß zumindest Spitzenpolitiker — ebenso wie „führende“ Kräfte der Wirtschaft — offenbar eher durch außerwirtschaftliche Leistungsmotivation als durch Streben nach Gewinn, Prestige und letztlich Macht bestimmt werden<sup>100</sup>. Besonders in der Gründungssituation von Organisationen jeder Art — die von Genossenschaften und anderen unternehmerischen Subsystemen bis zu gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Systemen reichen — spielen außerdem altruistische Motive eine beachtliche Rolle<sup>101</sup>. Solche Beweggründe sollten aus Fruchtbarkeitsgründen in differenzierenden empirischen Forschungen nicht als Unterfälle eigennützigem Verhalten registriert werden.

Einigen Kritikern gibt besonders das Rationalitätsaxiom den Anlaß für Einwände, und sie sehen in diesem Lehrsatz keine Oberhypothese, sondern lediglich eine Definition oder tautologische Annahme. Als solche schließt sie in manchen Interpretationen keinen denkbaren Fall menschlichen Verhaltens aus bzw. sie bezieht alle möglichen Handlungsweisen, einschließlich der altruistischen, einheitlich als „rational“

---

<sup>98</sup> Siehe aber die differenzierende Analyse bei *H. P. Bank*, *Rationale Sozialpolitik*, Berlin 1975, S. 25 ff.

<sup>99</sup> So *F. X. Bea*, *Kritische Untersuchungen über den Geltungsbereich des Prinzips der Gewinnmaximierung*, Berlin 1968.

<sup>100</sup> Siehe dazu *D. C. McClelland*, *Die Leistungsgesellschaft*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966, S. 226 ff.; *W. W. Engelhardt*, *Motivationsaktivierung und -steuerung bei Managern unter dem Einfluß alternativer Eigentumsformen in marktwirtschaftlichen und marktsozialistischen Ordnungen*, in: *Chr. Watrin* (Hrsg.), *Information, Motivation und Entscheidung*, Berlin 1973, S. 182 ff.

<sup>101</sup> Siehe dazu *D. von Brentano*, *Grundsätzliche Aspekte der Entstehung von Genossenschaften*, Berlin 1980.

in die Überlegungen ein<sup>102</sup>. Wer hingegen im Rationalitätsaxiom doch Chancen angelegt sieht, um auf einem wichtigen Gebiet heutiger Forschung zu Aussagen mit empirischem Gesetzescharakter zu gelangen, die sich bis auf weiteres bewährt haben<sup>103</sup>, kann im Hinblick auf seine erfahrungswissenschaftlichen Erklärungsziele zumindest zusätzliche Resurse auf „tieferliegende Verhaltensgesetzmäßigkeiten“ für geboten halten<sup>104</sup>. Unter Gesichtspunkten der Politologie — gleichermaßen aber auch unter Aspekten der aktuellen politischen Situation in bestimmten Ländern, wie z. B. der Bundesrepublik Deutschland — kann schließlich eingewendet werden, daß durch Wähler an den Extremen bzw. Rändern der Parteien eine Programmkonformität und ein Verhaltenstrend zur Mitte hin entgegen den Annahmen der Theorie verhindert werden kann. Ganz im Gegensatz zu den üblichen Unterstellungen können etwa durch Protestbewegungen völlig neue Aktionsmöglichkeiten erschlossen werden, an die bisher niemand gedacht hat<sup>105</sup>.

4. Die Finanzwissenschaftler und Ökonomen *G. Tullock, J. M. Buchanan, M. Olson jr.* und viele andere haben sich sowohl mit den verschiedenen Effekten privater und öffentlicher Märkte als auch mit den in beiden Arten von Institutionen üblichen Abstimmungsverfahren und möglichen Verfassungen beschäftigt. Im Unterschied zu einigen deutschen neoliberalen Autoren der Gegenwart kommen sie unter anderem zu dem Ergebnis, daß sowohl Märkte der einen als auch solche der anderen Art ihre Vorzüge, gleichzeitig aber auch Mängel aufweisen, die Konsequenzen zeitigen oder nahelegen. Diese tatsächlichen oder möglichen Auswirkungen hat unter anderem die neuere Vertragstheorie der Eigentumsrechte näher untersucht.

Nach Tullock haben wir realistisch betrachtet die „Wahl zwischen einem privaten Markt, der systematisch verzerrte Entscheidungen liefert, und einer Regierung, die ebenfalls systematisch schlecht durchdachte Entscheidungen fällt“<sup>106</sup>. Die Existenz externer Effekte bzw.

<sup>102</sup> Vgl. dazu *Th. Thiemeyer*, *Gemeinwirtschaftlichkeit*, S. 76 ff.

<sup>103</sup> Zum Grundsätzlichen empirischer Theorien und ihrer Gesetze vgl. *K. R. Popper*, *Logik der Forschung*, zuerst 1934, 6. Aufl., Tübingen 1976; *H. Albert* (Hrsg.), *Theorie und Realität*, 2. Aufl., Tübingen 1972. Zu einigen vom Verfasser für zweckmäßig gehaltenen Ergänzungen, am Beispiel der Genossenschaftstheorie demonstriert, siehe *W. W. Engelhardt*, *Art. Genossenschaftstheorie*, in: *E. Mändle u. H.-W. Winter* (Hrsg.), *Handwörterbuch des Genossenschaftswesens*, Wiesbaden 1980, Sp. 812 ff.

<sup>104</sup> Siehe dazu noch einmal *H. Albert*, *Der Gesetzescharakter*, S. 148 ff. u. besond. 156 ff. Vgl. auch *J. M. Buchanan*, *Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zu ihren Nachbardisziplinen*, in: *R. Jochimsen u. H. Knobel* (Hrsg.), *Gegenstand und Methoden der Nationalökonomie*, Köln 1971, S. 88 ff.

<sup>105</sup> Vgl. dazu *H. O. Hirschman*, *Abwanderung und Widerspruch*, Tübingen 1974, Kap. 6.

<sup>106</sup> *G. Tullock*, *Öffentliche Entscheidungen als öffentliche Güter*, in: *B. S. Frey u. W. Meißner* (Hrsg.), *Zwei Ansätze*, S. 104.

sozialer Kosten erklärt danach, warum es entweder zu weiterer und ausgebauter kollektiver Regierungstätigkeit oder aber zur Entstehung freiwillig organisierter kooperativer „Neuarrangements“<sup>107</sup> kommt. Von diesen beiden grundsätzlichen Möglichkeiten hat insbesondere der — individualistischen Ansätzen näherliegende — letztgenannte Fall in jüngerer Zeit starke Beachtung gefunden, wobei die beteiligten Autoren jeweils, zumindest implizite, an das „Coase-Theorem“ anknüpfen. Dieser im Rahmen der Theorie der Eigentumsrechte entwickelte Lehrsatz behauptet, daß Probleme, die im Zusammenhang unterschiedlicher individueller und sozialer Kosten auftreten, mit Hilfe von Vertragsverhandlungen zwischen den Beteiligten rational gelöst werden können<sup>108</sup>. Die Verhandlungen umschließen im einzelnen sehr unterschiedliche Fälle, die H.-J. Wagener indessen zu Recht als Fälle dezentraler Planung von unten her einheitlich klassifiziert<sup>109</sup>.

Von großer Bedeutung ist die Interpretation der Interessenlagen in den jeweiligen Neuarrangements. Nach Olsons „Logik des kollektiven Handelns“ agieren Mitglieder solcher Kooperationen bzw. Kollektive — die von losen Augenblickszusammenschlüssen und einmaligen Koalitionsverträgen bis zu Kartellen, Verbänden, Genossenschaften und Gewerkschaften reichen — nicht unbedingt im Gesamtinteresse, eher im Gegenteil. Angeblich ist es nämlich für jedermann nur logisch zu denken: „Hanemann, geh ‚Du voran‘, um durch Nichteintritt in die neuen Organisationen an den Bereitstellungskosten für öffentliche Güter und an den Realisierungsschwierigkeiten von Gruppenzielen vorbeizukommen und möglichst nur an den Vorteilen zu partizipieren. Ökonomisches Handeln, das an der Ressourcenknappheit orientiert ist, sei nun einmal so. Es schließe freilich nicht aus, daß nach geeigneten Wegen gesucht werde, um diese Schwierigkeiten zu überwinden und das Organisationsproblem der Kooperativen trotzdem zu lösen.

Bezüglich des Zusammenhangs derartiger Kooperativen bzw. Kollektiven seines Sprachgebrauchs mit dem marxistischen Klassenbegriff kritisiert Olson diejenigen Kritiker von K. Marx, die Marx deshalb angreifen, weil auch er den Eigennutz und die individuelle Rationalität betone. „Sie glauben, daß die meisten Menschen die Interessen ihrer Klasse anscheinend nicht kennen und sich nicht um sie kümmern.“ „In Wirklichkeit zeigt das Ausbleiben des von Marx erwarteten Klas-

---

<sup>107</sup> So J. M. Buchanan u. G. Tullock, *The Calculus of Consent*, S. 63 ff.

<sup>108</sup> Vgl. R. Coase, *The Problem of Social Cost*, in: W. Breit u. H. M. Hochman (Hrsg.), *Readings in Microeconomics*, London 1969, S. 423 ff.

<sup>109</sup> Siehe dazu und zur grundsätzlichen Diskussion des Theorems bzw. der Theorie der Eigentumsrechte H.-J. Wagener, *Zur Analyse*, S. 183 ff. Vgl. auch R. Eschenburg, *Mikroökonomische Aspekte von Property Rights*, in: K.-E. Schenk (Hrsg.), *Ökonomische Verfügungsrechte*, S. 17 ff.

senkampfes nicht, daß er die Macht rationalen Verhaltens überschätzte.“ Olson glaubt, daß es — sehe man von der Möglichkeit irrationalen Verhaltens ab — gerade deshalb nicht zu einer Vorherrschaft des von Marx vorhergesagten Klassen-Handelns komme, weil die Unternehmer in seinem, Olsons Sinne rational handeln würden<sup>110</sup>.

Der Autor hat auf der Basis seiner Theorie als einer der ersten die Bedingungen der Entstehung und der stabilen Organisation solcher Kooperationen näher untersucht, die im Zusammenhang mit der Erstellung „öffentlicher Güter“ konstituiert werden, und er bahnte neben R. A. Musgrave auch der neueren Diskussion „meritorischer Bedürfnisse“ im Grunde den Weg<sup>111</sup>. In seiner Beweisführung — die wie diejenige von A. Downs rational handelnde Produzenten oder ebenso agierende Konsumenten unterstellt — kommt er zu dem bereits erwähnten Ergebnis, daß die potentiellen oder tatsächlichen Mitglieder von Kollektiven, negativ formuliert, nicht unbedingt im Gesamtinteresse handeln. Ihr Eigeninteresse gebietet ihnen, positiv ausgedrückt, die Einnahme der „free-rider“-Position, d. h. ihr Eigennutzstreben veranlaßt sie zu dem Versuch, sich die Vorteile der Kooperation als eine Art „Schwarzfahrer“ zu verschaffen, ohne sich an den Kosten zu beteiligen<sup>112</sup>. Sollen diese Außenseiterposition — oder andere entfremdete Handlungspositionen, wie die Position des „Saboteurs“<sup>113</sup> — vermieden werden, kann es deshalb erforderlich werden, sich selbst und alle anderen Beteiligten vertraglich bzw. verfassungsmäßig zu binden. Entsprechende Übereinkünfte sind durch überlegte — nicht „blinde“ — Solidarität gekennzeichnet, die E. Boettcher im Anschluß an A. O. Hirschman auch als „Loyalität“ bezeichnet. Solidarität bzw. Loyalität in diesem Sinne „verschiebt die Perspektive“ rücksichtsloser Wahrnehmung eigener Interessen, „indem darauf verwiesen wird, daß in der Kooperation individuelle Ziele immer nur verwirklicht werden können, wenn sich die Gesamtheit der Mitglieder auch für die Erreichung des Gesamtziels der Kooperation verwendet und einsetzt“<sup>114</sup>.

<sup>110</sup> Vgl. M. Olson jr., Die Logik kollektiven Handelns, Tübingen 1968, S. 101 ff. u. besond. 104.

<sup>111</sup> Weiterführende Analysen lieferten u. a. R. Eschenburg, Ökonomische Theorie, 3. Kap.; Ders., Der ökonomische Ansatz zu einer Theorie der Verfassung, Tübingen 1977; E. Boettcher, Kooperation und Demokratie; N. Eickhof, Eine Theorie der Gewerkschaftsentstehung, Tübingen 1973. Zur Entwicklung der Diskussionen meritorischer Bedürfnisse bzw. Güter siehe hier nur R. A. Musgrave, Finanztheorie, Tübingen 1966, S. 15; K. Mackscheidt, Zur Theorie des optimalen Budgets, S. 346 ff.

<sup>112</sup> Vgl. R. Eschenburg, Ökonomische Theorie, S. 74.

<sup>113</sup> Vgl. E. Boettcher, Kooperation und Demokratie, S. 113 f.

<sup>114</sup> E. Boettcher, Kooperation und Demokratie, S. 123 ff. u. besond. 164 f. Vgl. auch A. O. Hirschman, Abwanderung und Widerspruch, S. 65 ff.; Ph. Herder-Dorneich u. M. Groser, Ökonomische Theorie, S. 203 f.

Grundsätzlich ist nach Auffassung von Olson und den anderen an der Errichtung dieses Lehrgebäudes beteiligten Autoren davon auszugehen, daß die Bildung und Entwicklung zumindest von „großen Gruppen“<sup>115</sup> kooperativer Art wegen der Nichtgeltung des bei Produktionen öffentlicher Güter geltenden „Ausschlußprinzips“ erschwert ist. Dieses Handicap läßt sich keineswegs nur durch die Dekretierung staatlichen „Zwangs“ überwinden, obwohl dieser nicht selten eine fördernde Rolle spielt, wie sowohl die Gewerkschafts- als auch die Genossenschaftsgeschichte erweisen<sup>116</sup>. Viel näher liegt nach der vom Autor im Anschluß an Schumpeter und Downs vertretenen „Nebenprodukt“-Theorie die Möglichkeit, das jeweils infragestehende öffentliche Gut zusammen mit einem privaten Gut herzustellen, wobei letzteres allein den Mitgliedern der kooperativen Vereinigungen als „selektiver Anreiz“ dargeboten wird. Derartige Nebenprodukte in Form privater Güter sind nach Olson in der Lage, sehr große bzw. latente Gruppen zu mobilisieren, wobei die einzigen Organisationen, die über derartige Incentives verfügen, diejenigen sind, die entweder „mit Macht und Fähigkeit Zwang aus... üben“ oder „welche über positive Anreize verfügen, die sie einzelnen Personen in der latenten Gruppe anbieten können“<sup>117</sup>. Beispiele stellen große Gewerkschaften dar, die etwa das öffentliche Gut „Lohnerhöhung“ für alle Arbeiter eines Industriezweigs und außerdem das private Gut „Unterstützung aus der Streikkasse“ als Zusatzleistung bzw. Nebenprodukt für ihre Mitglieder bereitstellen. Entsprechende Beispiele lassen sich für Genossenschaften mit großen Mitgliedergruppen durch Hinweise auf allgemein zugängliche „Preisvorteile“ und selektive „Rückvergütungen“ oder etwa auch für den ADAC angeben, der das öffentliche Gut „Verkehrsüberwachung“ mit dem für Mitglieder billigeren „Pannendienst“ kombiniert<sup>118</sup>.

Neben großen Organisationen werden im Rahmen dieser Theorie aber auch kleinere Zusammenschlüsse — „kleine Gruppen“ — erörtert. Derartige Kooperationen, deren Mitgliedergruppen nicht selten die Anfangsstufe großer Kollektive bilden, können die Mindestbedingungen für Gründungsvorgänge oft leichter erfüllen, zumal dann, wenn

---

<sup>115</sup> Zum Begriff der großen Gruppe vgl. *M. Olson jr.*, *Die Logik*, S. 2 f. u. 42 ff.

<sup>116</sup> Vgl. dazu etwa *N. Eickhof*, *Eine Theorie*, S. 49 u. 180; *K. von Beyme*, *Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern*, München/Zürich 1977, S. 86 ff.; *O. von Gierke*, *Das deutsche Genossenschaftsrecht*, 1. Bd., Nachdruck der ersten Ausgabe, Darmstadt 1954, S. 9 f. u. passim; *G. Draheim*, *Die Genossenschaft als Unternehmungstyp*, 2. Aufl., Göttingen 1955, S. 206 ff.

<sup>117</sup> *M. Olson jr.*, *Die Logik*, S. 130 ff. Vgl. auch *J. A. Schumpeter*, *Kapitalismus*, besond. S. 448; *A. Downs*, *Ökonomische Theorie*, S. 28.

<sup>118</sup> Vgl. dazu *N. Eickhof*, *Eine Theorie*, S. 36 ff. u. 44 ff.; *R. Eschenburg*, *Ökonomische Theorie*, S. 65 ff.

die Mitwirkung von Initiatoren bzw. Gründern gesichert ist. Hingegen bleibt ihnen „Stabilität“ und damit eine dauerhafte Existenz nicht selten versagt und lassen „Produktivität“ und „Effektivität“ ihrer Leistungserfüllung oft zu wünschen übrig. Neben dem Organisierbarkeitsproblem beschäftigen daher heute auch die Gleichgewichts- und Leistungsprobleme einmal entstandener Kooperationen, die unter dem mehr oder weniger großen Einfluß von Bürokratien stehen. Nach Boettcher erweist es sich zur Vermeidung von Mängeln der kleinen Gruppen bzw. Kooperativen als notwendig, in großen Gruppen die unmittelbare Demokratie einzuschränken und Bürokratien, d. h. Führungsinstanzen, zu installieren<sup>119</sup>. Der Einfluß von Bürokratien wurde in letzter Zeit aber auch sonst, etwa am Beispiel von Zentralbanken, exemplarisch untersucht. Gewöhnlich wird dabei wieder unterstellt oder von der Hypothese ausgegangen, Bürokraten strebten die Maximierung des Eigennutzes an, und sie seien an der Erreichung der offiziellen Organisationsziele nicht direkt interessiert. Ihr letztes Ziel bestehe vielmehr in der maximalen Förderung sowohl des eigenen Einkommens als auch des Prestiges und nicht zuletzt der eigenen Macht, d. h. von Motiven, die in formalen Organisationen eng mit den hierarchischen Positionen verknüpft erscheinen<sup>120</sup>.

Wie die Schumpeter-Downs-Position — mit der die jetzt besprochene eng verbunden ist — läßt sich auch diese von den Aussagen über den Eigennutz bzw. vom Rationalitätsaxiom her leicht kritisieren. Einige Einschränkungen werden dabei freilich von den Verfassungstheoretikern selbst genannt, besonders auch was die Relevanz des Eigeninteresses betrifft. Wesentlich an der Analyse nutzenmaximierender Kalküle durch die Individuen ist, daß — wie J. M. Buchanan und G. Tullock bemerkenswerterweise einräumen — „das Individuum sich über die eigene Rolle im unklaren ist, die es bei den zukünftigen kollektiven Entscheidungen spielen wird. Aus diesem Grunde kann ihm kein eigenes, von seinen Mitbürgern unabhängiges Interesse zugesprochen werden. Das soll nicht heißen, daß es gegen seine eigenen Interessen handeln wird; aber das Individuum wird es als nicht vorteilhaft empfinden, für Regeln zu stimmen, die Teil-, Klassen- oder Gruppeninteressen fördern, weil es der Annahme gemäß nicht vorhersagen kann, welche Rolle es zu einem beliebigen Zeitpunkt in der Zukunft in einem tatsächlichen kollektiven Entscheidungsprozeß spielen wird“<sup>121</sup>. Mackscheidt und Steinhausen machen hingegen geltend, daß zwar

<sup>119</sup> Zu den vorstehenden Ausführungen siehe *E. Boettcher*, Kooperation und Demokratie, 6. bis 10. Kap.

<sup>120</sup> Vgl. dazu *R. Marris*, *The Economic Theory of „Managerial“ Capitalism*, London 1964, Kap. 2; *A. Downs*, *Ökonomische Theorie*, S. 27 ff.

<sup>121</sup> *J. M. Buchanan* u. *G. Tullock*, *The Calculus of Consent*, S. 83 ff. (Übersetzung nach *H. P. Widmaier* (Hrsg.), *Politische Ökonomie*, S. 67 ff.).

zumindest für politische Führer ein Anreizsystem „durchaus im Sinne der Schumpeterschen Eigennutzhypothese bestehen kann, ohne daß deshalb zugleich als Nebenprodukt ein dem Markt analoger Mechanismus für öffentliche Güter entstanden sein muß“<sup>122</sup>.

Wichtiger noch ist vielleicht der von Nichtanhängern dieser Forschungsrichtung im Anschluß an eine umfangreiche ältere finanzwissenschaftliche Literatur erhobene Einwand, daß die Annahmen über die Entstehung kollektiver Regierungstätigkeit oder kooperativer Neuarrangements an höchst problematische Eigenschaftsbestimmungen und Grenzziehungen von Gütern anknüpfen, deren zugrundeliegende Werturteile als selbstverständlich gelten. „Der Gedanke, daß es jenseits der isolierten Einzelinteressen ein wie auch immer begründbares Gesamtinteresse geben könnte — etwa Hans Ritschls objektive Gesamtheitsbedürfnisse — diese Möglichkeit einer organischen Betrachtungsweise wird nicht einmal als theoretische Möglichkeit in Erwägung gezogen“<sup>123</sup>.

Was die Entstehungsvorgänge der behandelten Organisationen — z. B. von Gewerkschaften und Genossenschaften — betrifft, so dürften zumindest die europäischen Gründungen derartiger Kooperativen seit dem Mittelalter und noch diejenigen des Industriezeitalters zu individualistisch gedeutet sein<sup>124</sup>. Aber selbst für die Gegenwart, für die die empirische Relevanz dieser Theorie bei weitergeführter Ökonomisierung des Handelns zweifellos zunimmt, ist das Konzept vermutlich im ganzen unzutreffend. Wenn gesellschaftspolitische Ziele mit G. Kirsch zweckmäßig als solche gekennzeichnet werden, „von denen irgendein Gesellschaftsmitglied in irgendeiner Situation annimmt, daß sie nicht individuell, sondern im Kollektiv realisiert werden sollen“<sup>125</sup>, so haben neben selektiven Anreizen und privaten Gütern für Einzelpersonen vermutlich auch heute allgemeine Incentives — wie etwa ein bestimmtes Verständnis von „Solidarität“ — und öffentliche Güter unmittelbar orientierende und stimulierende Funktionen<sup>126</sup>. Entspre-

<sup>122</sup> K. Mackscheidt u. J. Steinhausen, Finanzpolitik II. Grundfragen versorgungspolitischer Eingriffe, Tübingen/Düsseldorf 1977, S. 56.

<sup>123</sup> So Th. Thiemeyer, Gemeinwirtschaft in Lehre und Forschung, Frankfurt/M. u. Köln 1974, S. 23 ff. u. hier S. 25. Siehe auch S. Katterle, Wohlfahrtsökonomik und Theorie der Staatswirtschaft, in: Finanzarchiv, N.F. Bd. 30, 1971, S. 14 ff. Zur Würdigung der Position von H. Ritschl siehe auch M. Olson, Die Logik, S. 97 ff.

<sup>124</sup> Vgl. dazu W. W. Engelhardt, Zur Theorie der Gewerkschaftsentwicklung, in: WSI-Mitteilungen, 27. Jg., 1974, S. 491 ff.; Ders., Geschichte und Grundlagen mittelständischer Genossenschaften als Ansatzpunkte theoretischer Kooperationsanalysen, in: ZfgG, Bd. 26, S. 285 ff.

<sup>125</sup> G. Kirsch, Die politische Realisierbarkeit gesellschaftspolitischer Ziele — ein Beitrag der ökonomischen Theorie der Politik, in: B. Külp u. H.-D. Haas (Hrsg.), Soziale Probleme, S. 881.

<sup>126</sup> Vgl. dazu W. W. Engelhardt, Sind Genossenschaften gemeinwirtschaftliche Unternehmen? Köln u. Frankfurt/M. 1978, S. 22 u. 42 ff.; D. von Bren-



chendes gilt für Organisationen im Ganzen, die nicht notwendig individualistisch auf Förderung „einzelner Mitglieder“ oder auf „Gruppen“ von institutionellen Sinnbestimmungen und tatsächlichen Verhaltensweisen her festgelegt sein müssen, sondern auch „gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen“ erfüllen können<sup>127</sup>.

5. Zu neomarxistischen Auffassungen sind einige Autoren der Neuen Linken ebenfalls von Organisierbarkeitsfragen von Gruppen mit ökonomischen, sozialen und politischen Zielen aus gekommen oder diese Auffassungen kamen bei dieser Gelegenheit zum Vorschein. Dies trifft z. B. auf C. Offe zu, nach dessen Aussagen die Entstehung und die Effektivität einer Organisation auf deren Organisations- und Konfliktfähigkeit beruht<sup>128</sup>. Die gleichen Autoren und andere, wie *E. Mandel*, beschäftigen sich aber auch erneut und vertieft mit der Rolle und den Aktionsmöglichkeiten des Staates im „Spätkapitalismus“<sup>129</sup>, d. h. einem Thema, dem inzwischen — wie teilweise bereits gezeigt wurde — auch Autoren der Neuen Politischen Ökonomie zentrale Beachtung schenken<sup>130</sup>.

Der „bürgerliche Staat“ wächst nach Auffassung Mandels nicht im Sinne der „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ des ursprünglichen Marxismus/Leninismus und der gegenwärtigen stamokaptheoretischen Ansätze<sup>131</sup>. Nach deren Ansicht ist der Staat angeblich Agent der Monopole, und er handelt als „reeller Gesamtkapitalist“, dessen scheinbar unbegrenzte Kontrolle über die Wirtschaft lediglich die Macht der Monopole erhält. Vielmehr agiert er im Sinne einer „Theorie des Staatshandelns“<sup>132</sup>. Sie besagt, daß der Staat eine Politik

---

*tano*, Grundsätzliche Aspekte, Vierter Teil; *Dies.*, Die Bedeutung der Solidarität in Genossenschaften und bei genossenschaftlichen Gründungsvorgängen, in: Archiv f. öffentl. u. freigemeinnütz. Unternehmen, Bd. 12, 1980.

<sup>127</sup> Siehe dazu *W. W. Engelhardt*, Der genossenschaftliche Grundauftrag — Leerformel oder Verpflichtung? In: *E.-B. Blümle u. P. Schwarz* (Hrsg.), Erwartung der Genossenschaftspraxis an die Wissenschaft, Sonderheft d. ZfgG, 1979, besond. S. 173 ff.; *Ders.*, Zur Frage der Gemeinwirtschaftlichkeit von Genossenschaften, in: ZfgG, Bd. 29, 1979, S. 13 ff.

<sup>128</sup> Vgl. *C. Offe*, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, in: *H. P. Widmaier* (Hrsg.), Politische Ökonomie, S. 272 ff. Siehe auch *H. P. Widmaier*, Sozialpolitik, S. 56 ff.

<sup>129</sup> Siehe *C. Offe*, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M. 1972; *J. Habermas*, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973; *E. Mandel*, Der Spätkapitalismus, XIV. Kap.

<sup>130</sup> Vgl. auch *P. Bernholz*, Grundlagen der Politischen Ökonomie, 2. Bd.; *B. S. Frey*, Von der Politischen Ökonomie zur Wirtschaftspolitik, in: *C. Chr. von Weizsäcker* (Hrsg.), Staat und Wirtschaft, S. 789 ff.

<sup>131</sup> Siehe dazu z. B. *K. Marx, F. Engels*, Werke, Bd. 3, Berlin 1969, S. 61 ff.; *Der Thesenstreit um „Stamokap“*. Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek 1973.

der sozialen Harmonisierung verfolgt, welche durch Förderung der Akkumulation auf eine Erhaltung der „Massenloyalität“ abzielt. Das einseitige Abhängigkeitsverhältnis, das die erste Theorie unterstellt, ist in der zweiten in eine gegenseitige Abhängigkeit abgeschwächt. Der Staat nimmt danach — anstatt im Sinne des früheren wissenschaftlichen Sozialismus „abzusterben“ — an Bedeutung noch zu, weil die Herrschaft des Kapitals der Stützung bedarf. Die wachsende Selbstständigkeit des Staates, von der in dieser Lehre ausgegangen wird, ist danach eine Funktion der vergrößerten Schwierigkeiten reibungsloser „Kapitalverwertung“<sup>133</sup>. Nach E. Altvater ist er freilich angeblich weder ein bloß politisches Instrument noch eine vom Kapital aufgehobene Institution, vielmehr die „besondere Form der Durchsetzung der gesellschaftlichen Existenz des Kapitals neben und außer der Konkurrenz“<sup>134</sup>.

Die Behauptung der Hauptvertreter der letzteren Theorie von einer zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeit von Wirtschaft und Staat hat zweifellos Vieles für sich. In der Tat ist zumindest plausibel darstellbar, daß seit längerem nicht nur die Wirtschaft den Staat, sondern mindestens seit J. M. Keynes auch der Staat die Wirtschaft wesentlich beeinflußt und zwar nicht nur im positiven, sondern vielfach auch im negativen Sinne<sup>135</sup>. Die seit J. St. Mill diskutierte<sup>136</sup> und mindestens seit der großen Weltwirtschaftskrise praktizierte Dauer-Intervention des Staates zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion — etwa mittels „deficit spending“ oder durch Staatsaufträge — hat dazu geführt, daß der Staat mit gewissem Recht auch für die Wirtschaftskrisen verantwortlich oder doch mitverantwortlich gemacht wird. Der Staat, der in der Anfangszeit des Kapitalismus zumal in Großbritannien in fast völliger Abhängigkeit von kapitalistischen und wirksam gebliebenen feudalistischen Gesellschaftsstrukturen stand — insoweit haben K. Marx und F. Engels mit ihren Aussagen über diesen Teil des ideologischen „Überbaus“ für die damalige Zeit sicherlich recht — dürfte im Begriff stehen, nach einer relativ autonomen Zwischenperiode wieder stärker oder gar mehr denn je durch ökonomisches Geschehen determiniert zu werden<sup>137</sup>.

---

<sup>132</sup> Zu beiden Theorien siehe auch die Übersicht von B. S. Frey, *Moderne Politische Ökonomie*, München 1977, S. 58 ff.

<sup>133</sup> E. Mandel, *Der Spätkapitalismus*, S. 436.

<sup>134</sup> E. Altvater, *Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus* (hier zitiert nach E. Mandel, *Der Spätkapitalismus*, S. 436).

<sup>135</sup> So H. Arndt in einem Artikel in *DIE ZEIT* v. 9. 3. 1979.

<sup>136</sup> Vgl. J. St. Mill, *Die Freiheit*, Zürich 1945, 5. Kap.

<sup>137</sup> Siehe dazu C. Offe, *Politische Herrschaft*, S. 268 ff.; *Ders.*, *Strukturprobleme*, besond. S. 65 ff. Vgl. auch K. W. Rothschild, *Stabilitätspolitik und Reformpolitik. Zusammenhänge von wirtschaftlichen, politischen und sozia-*

Allerdings dürfte die Identifizierbarkeit des Staates mit ganz bestimmten Ausprägungen des Wirtschaftslebens auch gegenwärtig Grenzen haben. Der heutige Staat ist als letztlich nur bedingt parteienabhängige Institution keineswegs nur „Büttel“ der nationalen und multinationalen Monopole und Oligopole, sondern als Industrie-, Militär-, Sozial- und nicht zuletzt auch Wissenschafts- bzw. Forschungsstaat sowohl „westlicher“ als auch „östlicher“ Systeme „ein bestimmendes Element der Produktionsverhältnisse“<sup>138</sup>. Dabei ist es allerdings vermutlich verfehlt, im Sinne der von A. Downs und anderen Neuen Politischen Ökonomen bevorzugten Komplexitätsreduktionen durch Entwicklung eindimensionaler Modelle bestimmte Axiome angeblich absoluter Unabhängigkeit staatlicher Organe aufzustellen, wie z. B. dasjenige von der „Herrschaft“ der Regierungen gegenüber dem ökonomischen Geschehen<sup>139</sup>. Mit einer solchen Vorgehensweise wird, wie J. Frank bemerkt, „eine der zentralen Fragen, die sich jeder Theorie des politischen Handelns, insbesondere aber dem individualistischen Ansatz der Ökonomie stellt, per Entscheidung gelöst“. Der Angelpunkt des selbstgewählten Erfahrungs- bzw. Erkenntnisobjektes, nämlich die „Beziehungen und Interaktionen zwischen Ökonomie und Politik“ zu untersuchen, werde so in der Hauptsache der Forschung durch andere Disziplinen überlassen. Die Neue Politische Ökonomie könne aber auf diese Weise ihrem Anspruch, eine erklärende Theorie mit größerem empirischen Gehalt als die übliche Neoklassik zur Verfügung zu stellen, nicht gerecht werden. Vielmehr fällt nach Ansicht des Autors der vor allem gegenüber der Marxistischen Politischen Ökonomie erhobene Vorwurf, diese gehe von Glaubenssätzen aus, auf sie selbst zurück<sup>140</sup>. —

Bei aller Anerkennung der Bedeutung, die die Neue Linke den Problemen der Interaktion zwischen ökonomischen und politischen Faktoren zumißt, würde es dennoch falsch sein, wollte man darüber andere wichtige Punkte ihrer Kritik übersehen. So hat A. Lindbeck in seinen „Betrachtungen eines Aussenseiters“ zur Politischen Ökonomie dieser Richtung zu Recht darauf hingewiesen, daß mindestens vier weitere Kritiken im Mittelpunkt ihrer Bemühungen stehen:

---

len Problemen in den westlichen Industriestaaten, in: *Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland* (Hrsg.), Protokoll der Tagung Krise und Reform in der Industriegesellschaft, Frankfurt/M. 1976, S. 47 ff.

<sup>138</sup> So H. J. Wagener, *Zur Analyse*, S. 51. Vgl. auch W. W. Engelhardt, *Alte und neue soziale Fragen — zu ihren begrifflichen, historischen, zeitanalytischen und systematischen Zusammenhängen*, in: H. P. Widmaier (Hrsg.), *Zur neuen sozialen Frage*, Berlin 1978, besond. S. 52 ff.

<sup>139</sup> Vgl. dazu A. Downs, *Ökonomische Theorie*, Einleitung und S. 33 f.

<sup>140</sup> J. Frank, *Neue Politische Ökonomie*, S. 313 ff. u. besond. 331 ff. Zur Interpretation der Neoklassik als „Glaubenssystem“ siehe J. K. Galbraith, *Volkswirtschaftslehre als Glaubenssystem*, in: W. Vogt (Hrsg.), *Seminar*, S. 56 ff.

1. Der Verteilungsaspekt trete nach ihrer Ansicht bei den akademischen Ökonomen zu sehr in den Hintergrund. Die Probleme der Verteilung von Einkommen, Reichtum und ökonomischer Macht in der Gesellschaft würden ungenügend untersucht. Es scheine dabei, „daß die Neue Linke bei der Erklärung der Einkommensverteilung die Betonung mehr auf institutionelle Regelungen legt und auf die Rolle der Begriffe ‚Verteilung der Macht‘ und ‚Klassenkampf‘“<sup>141</sup>.

2. Die Ökonomen würden dazu neigen, bei ihrer Analyse der Allokationsprobleme der Produktionsfaktoren zu speziell zu verfahren. „Insbesondere werden die Ökonomen deshalb kritisiert, weil sie Präferenzen der Haushalte in der Hauptsache als gegeben ansehen, wodurch sie die Untersuchung solcher Präferenzen anderen Disziplinen überlassen, wie zum Beispiel der Soziologie, was tatsächlich bedeutet, daß heute über die Bildung von Präferenzen wenig bekannt ist“<sup>142</sup>.

3. Erheblich vernachlässigt würden auch die statischen und vor allem die dynamischen Relationen der „Qualität des Lebens“ und hier unter anderem „die Arbeitsbedingungen, die Art, wie Entscheidungen getroffen werden, und das Problem der Qualität der allgemeinen Umwelt, der natürlichen ebenso wie der vom Menschen geschaffenen“<sup>143</sup>.

4. Schließlich kritisierte die Neue Linke — und dies völlig zu Recht — „daß die Ökonomen geradezu von marginalen Veränderungen innerhalb eines gegebenen ökonomischen Systems besessen sind — daß sie eher die Wirkungen kleiner Parameter-Verschiebungen, die der Analyse durch die Differentialrechnung zugänglich sind, untersuchen als große qualitative Veränderungen im ökonomischen System“. Diese Kritik mündet ein in die Hervorhebung der Vernachlässigung der wichtigen, aber schwierigen Bereiche der „komparativen ökonomischen Systeme“, wie beispielsweise H. Marcuse betont habe<sup>144</sup>.

<sup>141</sup> A. Lindbeck, *Die Politische Ökonomie der Neuen Linken*, Göttingen 1973, S. 15 ff. Die Interpretationen Lindbecks treffen z. B. zu auf E. K. Hunt u. H. J. Sherman, *Ökonomie aus traditioneller und radikaler Sicht*, Frankfurt/M. 1974, S. 50 ff. Vgl. zur institutionellen Verteilungstheorie auch E. Schlicht, *Einführung in die Verteilungstheorie*, Reinbek 1976, S. 15 ff.

<sup>142</sup> A. Lindbeck, *Die Politische Ökonomie*, S. 17 f. Inzwischen siehe aber z. B. das Sammelwerk H. Klages, P. Kmiecik (Hrsg.), *Wertwandel*, mit zahlreichen themenrelevanten Beiträgen. Vgl. auch G. Kleinhenz, *Zur politischen Ökonomie des Konsums*, Berlin 1978, S. 80 ff.

<sup>143</sup> A. Lindbeck, *Die Politische Ökonomie*, S. 19 f. Auch auf diesem Gebiet gibt es freilich inzwischen beachtliche Ansätze, wie z. B. H. Lampert (Hrsg.), *Neue Dimensionen der Arbeitsschutzpolitik in der BRD*, Berlin 1975; Chr. von Ferber u. F.-X. Kaufmann (Hrsg.), *Soziologie und Sozialpolitik*, Sonderheft 19 der *Kölner Z. f. Soziologie u. Sozialpsychologie*, 1977.

<sup>144</sup> A. Lindbeck, *Die Politische Ökonomie*, S. 20 f.; H. Marcuse, *Der ein-dimensionale Mensch*, Neuwied u. Berlin 1970, S. 13. Es ist aber nicht zuletzt

Stimmt Lindbeck vielen dieser Kritikpunkte offensichtlich zu, so übt er doch zugleich auch erhebliche Kritik an diesen Konzeptionen der Politischen Ökonomie, und dies ebenfalls völlig zu Recht. Vor allem betont er, daß die meisten Anhänger der Neuen Linken bei ihrer Analyse von privaten Märkten und staatlichen Bürokratien — gegen die im Unterschied zur alten Linken und auch noch zu P. Sweezy und P. Baran fast gleichstarke Aversionen bestünden — „niemals der Tatsache ins Gesicht gesehen haben, daß wir irgendeinen Mechanismus brauchen“<sup>145</sup>. Was ein sozialwissenschaftlich orientierter Ökonom als Hauptbeitrag der Neuen Linken einerseits zu würdigen wisse, sei ihre intensive Erinnerung an die „ewigen Probleme“ der politisch-ökonomischen Debatte, d. h. der Verteilungsfragen von Einkommen und Macht, aber auch weiterhin derjenigen bezüglich des Eigentums und der externen Effekte, der öffentlichen Mitbestimmung und der „sozialen Werte“. Sie alle drohten manchmal während der Nachkriegszeit „aus der politischen Debatte zu verschwinden“, „vielleicht besonders in den Vereinigten Staaten“. Was ein solcher Autor hingegen andererseits am meisten in ihrer Literatur und ihren Diskussionen vermisse, „ist das Bewußtsein der enormen Schwierigkeiten, die in der Lösung der Probleme liegen, die in jedem sozialen und ökonomischen System entstehen“<sup>146</sup>.

Lindbeck nimmt aber an, daß es trotz aller Schwierigkeiten möglich sein wird, „Gesellschaften zu schaffen, die durch dezentralisierten Marktsozialismus, möglicherweise verbunden mit demokratischen Institutionen, charakterisiert sind. Welche Probleme werden dann bleiben? Zunächst vor allem werden die Probleme der wirtschaftlichen Unstabilität, der Lohneinkommensverteilung und der externen Effekte sich von den entsprechenden Problemen in kapitalistischen Gesellschaften nicht sehr unterscheiden.“ Es könne nicht geleugnet werden, daß kapitalistische Systeme in einem beachtlichen Ausmaß die Probleme gelöst haben, die es jedem, der das erforderliche Kapital aufbringen kann, erlaube, ein Projekt zu versuchen. „Dieses Problem — das der antreibenden Initiativen — ist wahrscheinlich das grundlegende un-

---

eine der erfolgreich wahrgenommenen Aufgaben des Ausschusses „Vergleich der Wirtschaftssysteme“ im VFS, dieses Defizit schrittweise abzubauen.

<sup>145</sup> A. Lindbeck, Die Politische Ökonomie, S. 33. Zur Fragestellung dritter Mechanismen und ihrer Behandlung in der Literatur siehe W. W. Engelhardt, Die Problematik „mittlerer Ordnungen“, besond. S. 103 ff.; K. Gretschmann, Gemeinschaftliche Selbstorganisation öffentlicher Aufgaben: Möglichkeiten und Grenzen einer Entlastung des Staatshaushalts (noch unveröffentlicht).

<sup>146</sup> A. Lindbeck, Die Politische Ökonomie, S. 86 f. Dem Autor kann freilich auch hier entgegengehalten werden, daß in dieser Beziehung die Literatur „immer besser“ geworden ist, wie z. B. die überzeugende Arbeit von H.-J. Wagener, Zur Analyse, beweist. Siehe auch die Arbeit von K. Gretschmann, Steuerungsprobleme der Staatswirtschaft, Berlin 1981, insbesond. Teil B, Abschnitt 7 (in Vorbereitung).

gelöste Problem vollständig (oder weitgehend) verstaatlichter Wirtschaften, in Verbindung mit dem Problem, wie sich Bürokratisierung und eine starke Konzentration der ökonomischen, politischen und militärischen Macht in der gleichen Hand vermeiden lassen<sup>147</sup>.

---

<sup>147</sup> A. Lindbeck, Die Politische Ökonomie, S. 61 ff. Zum Problem der anreibenden Initiativen und Incentives vgl. auch W. W. Engelhardt, Motivationsaktivierung und -steuerung bei Managern, S. 165 ff.; Ders., Politische Ökonomie und Utopie, in: G. Lührs u. a. (Hrsg.), Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie II, Berlin und Bonn-Bad Godesberg 1976, besond. S. 232 f. Zum Problem der Konzentration der ökonomischen, politischen und militärischen Macht in der gleichen Hand, auch bekannt als Problematik des „militärisch-industriellen Komplexes“, vgl. hier nur J. K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, S. 76 ff. u. 332 ff.; Ders., Wirtschaft für Staat und Gesellschaft, München u. Zürich 1974, S. 146 ff. u. 277 ff.



# Das Phänomen der Bürokratie in der marxistischen politischen Ökonomie

Von Jiří Kosta, Frankfurt

## 1. Einleitung

Dieser Beitrag war ursprünglich als vergleichende Untersuchung der Bürokratie in der „Ökonomischen Theorie der Politik“ und der marxistischen politischen Ökonomie intendiert worden. Es stellt sich jedoch früh heraus, daß der komparative Ansatz erhebliche Schwierigkeiten methodischer Art bereiten würde. Die Crux beginnt mit der begrifflichen Abgrenzung. Allein die Definition und Kennzeichnung von „Bürokratie“, „Bürokratisierung“, „bürokratischer Organisation“ in der traditionellen Sozialwissenschaft des Westens weichen inhaltlich oder zumindest hinsichtlich bestimmter Akzentsetzungen voneinander ab. Selbst wenn wir von den übrigen Sozialwissenschaften absehen, so definieren Wirtschaftswissenschaftler diesen Begriff entweder als bloßes „Amt“<sup>1</sup>, oder etwa als eine nicht marktmäßig gelenkte Organisation<sup>2</sup>, allenfalls werden, wie dies einer der bedeutendsten Vertreter der ökonomischen Theorie der Bürokratie Downs tut, weitere Kennzeichnungen hinzugefügt (hinreichende Größe, Erwerbsabhängigkeit der Bürokraten vom Amt eine besondere Nichtentlassungs- bzw. Beförderungslogik)<sup>3</sup>. Hinzu kommt die unterschiedliche Methodik, derzufolge formalisierte Erklärungsverfahren mikroökonomischer Provenienz stärker soziologisch ausgerichteten Darstellungen entgegenstehen<sup>4</sup>.

---

<sup>1</sup> *Frieder Meyer-Krahmer*, Politische Entscheidungsprozesse und Ökonomische Theorie der Politik, Frankfurt/New York 1979, S. 96.

<sup>2</sup> Vgl. u. a. *W. A. Niskanen*, Bureaucracy and Representative Government, Chicago/New York 1971, S. 15; auch: *Ulrich Roppel*, Ökonomische Theorie der Bürokratie, Freiburg i. Br. 1979, S. 9.

<sup>3</sup> *Anthony Downs*, Nicht-marktwirtschaftliche Entscheidungssysteme — Eine Theorie der Bürokratie, in: Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates (Hrsg.), Frankfurt a. M. 1974, S. 200.

<sup>4</sup> Neben den bereits genannten Autoren (Anm. 1 - 3) auch: *Robert A. Dahl*, *Charles E. Lindblom*, Politics, Economics, and Welfare, New York, Evanston and London 1953; *Karl-Ernst Schenk*, Bürokratie und Wirtschaftsordnung — Endogene Faktoren für die Veränderung, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (Hrsg. *H.-D. Ortlieb*, *B. Molitor* und *W. Krohne*) 1978, und ders., Ökonomische Theorie der bürokratisch organisierten Produktion, in: Neuere Entwicklungen in den Wirtschaftswissen-



Schließlich unterscheiden sich auch voneinander positive und negative Bewertungen bzw. Nichtbewertungen der Wirkungsweise bürokratischer Organisationen.

Aber selbst wenn man sich auf eine allgemein gefaßte begriffliche Charakteristik von Bürokratien, wie wir sie in der westlichen Fachliteratur vorfinden, einigen könnte (als sinnvoll wäre etwa die von Schenk als „Hierarchie“ i. S. von „vertikalen Interaktionsbeziehungen“<sup>5</sup> formulierte Kennzeichnung zu akzeptieren), dann ist damit noch lange nicht gesagt, daß dies eine vergleichende Analyse wesentlich erleichtern würde. Wird nämlich Bürokratie in der traditionellen Theorie des Westens in erster Linie in ihrer organisationstechnischen Dimension verstanden, so interpretieren Marxisten diese Kategorie v. a. sozioökonomisch, m. a. W. herrschaftsbezogen<sup>6</sup>. Bürokratien werden daher in der westlichen Literatur eher als Organisations- und Steuerungssystem zu deuten sein, während sie in der marxistischen politischen Ökonomie, die die gesellschaftlichen Beziehungen („Produktionsverhältnisse“) in das Zentrum ihrer Betrachtungen stellt, als soziale Gruppe („Klasse“) gekennzeichnet wird.

Das unterschiedliche Begriffsverständnis in Ost und West hat den Verfasser dazu bewogen, sich auf eine Untersuchung des Bürokratiebegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie zu beschränken. Wenn der Rahmen eines Diskussionsbeitrags nicht gesprengt werden sollte, dann ließ sich die Thematik über die theoretische Diskussion hinaus kaum erweitern. Realentwicklungen des Untersuchungsgegenstandes — nämlich der Bürokratie im sozialökonomischen System sowjetrussischen Typs — werden daher nur am Rande erwähnt und müssen insofern als im wesentlichen bekannt vorausgesetzt werden.

## **2. Zum Selbstverständnis des Bürokratiebegriffs in der marxistischen Tradition**

*Die Begründer des Marxismus* betrachteten das Phänomen der Bürokratie nicht als entscheidend für den Strukturwandel in der Gesellschaft, der für sie aus dem grundlegenden Klassenantagonismus zwischen Kapital und Arbeit resultierte. Für Marx und Engels war die Bürokratie, die sie mit der Beamtenschaft als Trägerin der öffentlichen Verwaltung gleichsetzten<sup>7</sup>, eine Schicht in der bürgerlichen Gesellschaft,

---

schaften (Hrsg. E. Helmstädter), Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 98, Berlin 1978; G. Tullock, *The Politics of Bureaucracy*, Washington 1964.

<sup>5</sup> Karl-Ernst Schenk, *Ökonomische Theorie*, a.a.O., S. 392 f.

<sup>6</sup> Balint Balla, *Kaderverwaltung. Versuch zur Idealtypisierung der „Bürokratie“ sowjet-volksdemokratischen Typs*, Stuttgart 1972, S. 9 ff.

die in dem von ihnen anvisierten, sich selbst regierenden klassenlosen Gemeinwesen keinen Platz haben würde<sup>8</sup>. Sie meinten zwar, daß diese soziale Schicht in der Frühphase des Kapitalismus eine mehr oder minder progressive Rolle gespielt hätte<sup>9</sup>, sie sei jedoch bald zum Hemmschuh der Produktivkräfteentwicklung geworden, zu einem „Parasiten“ in Wirtschaft und Gesellschaft<sup>10</sup>. Keinesfalls widerspruchlos äußern sich Marx und Engels insofern zur Frage der Verwaltung und Lenkung in einer „nachkapitalistischen“ Ordnung, als sie einerseits — wie bereits angedeutet — die Existenzberechtigung einer berufsmäßigen Administration verneinen, andererseits die Notwendigkeit des Planzentrismus<sup>11</sup> und die Zweckmäßigkeit direktorialer Leitung herausstellen<sup>12</sup>.

Für *Lenin*, der mit praktischen Problemen der Staatsführung konfrontiert wurde, waren Bürokratisierungstendenzen lediglich Auswüchse, die dem Charakter einer Übergangsperiode zuzuschreiben seien<sup>13</sup>. Er prangerte diese Erscheinungen zwar scharf an, gab aber gleichzeitig seiner Meinung Ausdruck, man könne ihnen durch „Kontrolle von unten“ und durch Anhebung des kulturellen Niveaus der Funktionäre begegnen<sup>14</sup>. Häufig wird seitens der Anhänger partizipativer Entscheidungsformen dem führenden Kopf der Bolschewiki vorgeworfen, er habe durch das von ihm durchgesetzte Prinzip der Einzeileitung die Weichen für die Herausbildung eines bürokratisch-tech-

<sup>7</sup> *Karl Marx*, Kritik des Hegelschen Staatsrechts (1843), zitiert nach: *Karl Marx/Friedrich Engels*, Staatstheorie. Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie, Hrsg. E. Hennig u. a., Frankfurt a. M.—Berlin—Wien 1974, S. 35.

<sup>8</sup> Vgl. u. a. *Friedrich Engels*, Rede in Elberfeld (1845), in: *Karl Marx/Friedrich Engels*, Staatstheorie, a.a.O., S. 137 f.

<sup>9</sup> *Friedrich Engels*, Der Status quo in Deutschland (1847), zitiert nach: *Karl Marx/Friedrich Engels*, Staatstheorie, a.a.O., S. 231 ff.; *Karl Marx*, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, a.a.O., S. 31 f.

<sup>10</sup> Die von Marx mit starken Worten ausgeschmückte Kritik am „fürchterlichen Parasitenkörper“ der Bürokratie wird aufgrund von Originaltexten von Kofler zutreffend belegt; dazu vgl. *Leo Kofler*, Stalinismus und Bürokratie, Neuwied a. R.—Berlin 1970, S. 13 ff.

<sup>11</sup> Das Prinzip des „Planzentrismus“ wird allerdings von den Begründern des Marxismus nicht explizit ausgesprochen, ergibt sich jedoch aus solchen Formulierungen wie „Die Gesellschaft kann einfach berechnen ...“, „allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben ...“ (*Friedrich Engels*, Anti-Dühring, MEW, Bd. 20, S. 288).

<sup>12</sup> Marx verwendet das Metapherbild eines Orchesters, das eines Dirigenten bedarf (*K. Marx*, Das Kapital, Bd. 25, S. 397).

<sup>13</sup> *Lenin Werke*, Bd. 27, S. 266.

<sup>14</sup> *Lenin Werke*, Bd. 33, S. 280 ff., in zutreffender Weise von Bahro zitiert und kommentiert (*Rudolf Bahro*, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln—Frankfurt 1977, S. 134).

nokratischen Machtmonopols gestellt<sup>15</sup>. Es ist allerdings schwer zu beurteilen, ob zur damaligen Zeit hinreichende Voraussetzungen materielle und personeller Art für eine weitergehende Teilhabe der Arbeiter an wirtschaftlichen Entscheidungen gegeben waren<sup>16</sup>.

Die in den dreißiger Jahren vorgebrachte Kritik *Trotzkis* am Stalinismus und in diesem Zusammenhang an der sowjetischen Bürokratie war sicherlich konkreter und verbal radikaler als die seinerzeitigen kritischen Äußerungen von Lenin<sup>17</sup>; sie unterscheidet sich jedoch grundsätzlich von der Leninschen Position insofern kaum, als hier wie dort Bürokratisierungsprozesse als bloße Deformationen einer sozialistischen Entwicklung interpretiert werden, durch die die Option für eine klassenlose Gesellschaft nicht verschüttet worden sei<sup>18</sup>. Denn schließlich gäbe es ja nach wie vor gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln („Basis“), und es gälte daher „nur“ die ungleiche Verteilung von Einkommen und Macht („Überbau“) zu beseitigen<sup>19</sup>.

Erst die aufkommende Kritik am stalinistischen System in den Reihen der Marxisten und vor allem die Reformbewegungen in *Ost-europa* nach dem 2. Weltkrieg — zunächst nach 1949 in Jugoslawien, sodann in den sechziger Jahren in den Kernländern des sowjetischen Machtbereichs — stellte angesichts der negativen Erfahrungen mit dem hier übernommenen sozialökonomischen System der Sowjetunion das Problem der bürokratischen Herrschaftsformen in den Mittelpunkt der kritischen Reflexionen<sup>20</sup>. Auch unter Marxisten der neuen Linken im Westen entbrannten in den beiden letzten Jahrzehnten heftige Diskussionen über das Wesen der Bürokratie im „Realsozialismus“ (es zeugt allerdings von der fortdauernden Orthodoxie der marxistischen Strömungen, wenn das Phänomen der Bürokratie lediglich in Ost-europa thematisiert wird, da für diese Autoren wohl die These über den „Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit“ eine differen-

<sup>15</sup> Dieser von Rätetheoretikern üblicherweise erhobene Vorwurf wird auch von *Sik* geteilt (*Ota Sik, Das kommunistische Machtsystem, Hamburg 1976, S. 36 f.*).

<sup>16</sup> Dazu vgl. *Richard Lorenz, Sozialgeschichte der Sowjetunion 1. 1917 bis 1945, Frankfurt a. M. 1976, S. 118 ff.*

<sup>17</sup> *Leo D. Trotzki, Verratene Revolution, 1936* zitiert aufgrund des Nachdrucks: *Dortmund 1976, insbes. S. 133 ff.*

<sup>18</sup> *Ebd., S. 228 ff.*

<sup>19</sup> *Ebd., S. 238.*

<sup>20</sup> Die ersten jugoslawischen Veröffentlichungen zum Problem der Sowjetbürokratie beziehen sich eher auf parteiinterne Dokumente; sehr viel später entstanden in Jugoslawien kritische Analysen von Sozialwissenschaftlern, die in diesem Aufsatz ebenso wie Aussagen von Theoretikern anderer osteuropäischer Länder im weiteren diskutiert werden sollen. Es erübrigt sich wohl besonders zu betonen, daß in den Aussagen einzelner Autoren häufig länderspezifische Probleme mitanklingen.

ziertere Betrachtung der sozialen Schichtung in westlichen Gesellschaften überflüssig erscheinen läßt).

Marxistische Sozialwissenschaftler der Nachkriegsperiode — genannt seien hier stellvertretend *Deutscher*<sup>21</sup>, *Mandel*<sup>22</sup> und *Kofler*<sup>23</sup> — weichen trotz ihrer vielfach schärferen, vielseitigeren und in Einzelbereichen zutreffenderen Kritik an der Bürokratie in den realsozialistischen Ländern Osteuropas von der marxistisch-leninistischen Grundposition nicht ab: auch sie sehen die Wurzeln der Bürokratisierung, die sie als Vermachtungsprozeß interpretieren, nicht innerhalb des vorhandenen Systemtyps. Immerhin sei hier auf einige interessante Teilaspekte und -beobachtungen dieser Sozialwissenschaftler hingewiesen. So charakterisiert z. B. Deutscher bei der begrifflichen Abgrenzung der Bürokratie zutreffend die unterschiedliche Rolle einzelner Gruppierungen: der Verwaltungsbeamten, der diversen Managergruppen, Spezialisten, Vertreter der „Intelligentsia“, die in bezug auf Bildungsniveau, Einkommen und „gesellschaftliches Gewicht“, d. h. Macht, erheblich differieren<sup>24</sup>. Mandel wiederum weist auf die Wechselwirkung von „institutionellen Irrtümern“ — Fraktionsverbot innerhalb der bolschewistischen Partei, Einparteienherrschaft u. a. m. — und Bürokratisierung hin<sup>25</sup>. Kofler schließlich schildert prägnant den Mechanismus der „geistesentleerenden Dogmatik“ und der „stalinistischen Geistesbürokratie“ jenes Teils der Intellektuellen, der als „die Inquisition des Stalinismus“ auftritt<sup>26</sup>.

Erst die abtrünnigen Protagonisten osteuropäischer Reformbewegungen beginnen die bisherigen Dogmen des Marxismus-Leninismus über bürokratische Herrschaftsformen prinzipieller in Frage zu stellen. Was das authentische Werk von Karl Marx anlangt, so halten die meisten von ihnen allerdings an dessen emanzipatorischen Zielsetzungen („Verein freier Produzenten“<sup>27</sup>, „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“<sup>28</sup>) und an dessen historisch-materialistischer Untersuchungsmethode fest („Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den so-

<sup>21</sup> Isaac Deutscher, *Die unvollendete Revolution 1917 - 1967*, Frankfurt a. M. 1967.

<sup>22</sup> Ernest Mandel, *Die Bürokratie*, Frankfurt a. M. 1976.

<sup>23</sup> Leo Kofler, *Stalinismus*, a.a.O.

<sup>24</sup> I. Deutscher, a.a.O., S. 65 ff.

<sup>25</sup> E. Mandel, a.a.O., S. 45 f.

<sup>26</sup> L. Kofler, a.a.O., S. 75.

<sup>27</sup> K. Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 92.

<sup>28</sup> K. Marx / F. Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, MEW Bd. 4, S. 482.

zialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt<sup>29</sup>). Die osteuropäische Bürokratie wird von *Djilas*<sup>30</sup>, *Stojanovič*<sup>31</sup>, *Kuron-Modzelewski*<sup>32</sup>, *Šik*<sup>33</sup> und *Bahro*<sup>34</sup> ungeachtet so mancher wichtiger Differenzierungen<sup>35</sup> sodann als historisch bedingte soziale Schicht bzw. Klasse<sup>36</sup> gefaßt, die gegenüber den Massen der Bevölkerung ein Herrschaftsmonopol innehat, das mit demokratisch-sozialistischen Grundnormen unvereinbar ist. Eine derart verstandene Bürokratisierung kann diesen Autoren zufolge keineswegs als Deformation einer an sich sozialistischen Gesellschaftsordnung betrachtet werden. Sowohl „objektive“ Bedingungen (insofern unterscheiden sich ihre Aussagen nicht grundsätzlich von denen Trotzki und späteren marxistischen Stalinismus-Kriterien wie Deutscher, Kofler u. a. m.<sup>37</sup>) als auch „subjektive“ Fehlkonzeptionen der Systemstruktur<sup>38</sup> (und hier liegt eben der Unterschied gegenüber der marxistisch-leninistischen Orthodoxie) sind dafür verantwortlich, daß sich eine andere Gesellschaftsformation als die von Marx angestrebte herausgebildet hat.

### 3. Historische Bestimmungsfaktoren der Bürokratisierung in Osteuropa

Die oben genannten Nachfolger von Marx und Engels bezeichnen durchwegs, wie bereits erwähnt, die wirtschaftliche Rückständigkeit Rußlands und der meisten übrigen Länder Osteuropas als grundlegenden objektiven Einflußfaktor des nach 1917 bzw. 1945 aufkommenden Bürokratisierungsprozesses. *Šik*<sup>39</sup> und *Bahro*<sup>40</sup>, jeder auf seine Weise

<sup>29</sup> K. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (Vorwort), MEW Bd. 13, S. 8.

<sup>30</sup> *Milovna Djilas*, Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, Wien—München—Zürich 1957.

<sup>31</sup> *Svetozar Stojanovič*, Kritik und Zukunft des Sozialismus, München 1970; ders., Geschichte und Parteibewußtsein, München—Wien 1978.

<sup>32</sup> J. Kuron, K. Modzelewski, Monopolsozialismus, Hamburg 1969.

<sup>33</sup> Ota Šik, Das kommunistische Machtsystem, a.a.O.

<sup>34</sup> Rudolf Bahro, Die Alternative, a.a.O.

<sup>35</sup> Auf einige Unterschiede in den Auffassungen der einzelnen Autoren wird in diesem Aufsatz eingegangen, andere, nicht unerhebliche Differenzen können hier jedoch nicht diskutiert werden, da sie nicht unmittelbar das angesprochene Thema betreffen.

<sup>36</sup> Dazu vgl. Abschnitt 4 dieses Beitrags.

<sup>37</sup> Als „objektiv bedingte“ Bürokratisierungstendenzen wird vor allem, wie noch zu zeigen sein wird, die wirtschaftliche Rückständigkeit Rußlands betrachtet.

<sup>38</sup> Je nach politisch-ideologischem Standort wird in unterschiedlicher Weise die „subjektive Fehlkonzeption“ *Stalin*, *Lenin* oder auch *Marx* und *Engels* angelastet.

<sup>39</sup> Dazu vgl. u. a. O. Šik, Fakten der tschechoslowakischen Wirtschaft, Wien 1969, S. 34 ff.

und zweifellos unter dem Einfluß der spezifischen Bedingungen seines Landes, heben hervor, daß für die ČSSR und die DDR, die bereits zu Anfang der sozialistischen Umwälzungen entwickelte Industriestaaten waren, dieser Tatbestand nicht zutreffe und daß daher von einer objektiven Determinante der Bürokratisierung insofern hier keine Rede sein könne. In diesen beiden Ländern mußte sich ihrer Überzeugung nach — und damit vertreten sie zweifelsohne die weitverbreitete Überzeugung ihrer Landsleute — die Transplantation des bürokratischen Systems sowjetischer Prägung besonders schädlich auswirken.

Was nun die russische Entwicklung nach der Oktoberrevolution betrifft, wird von den marxistischen Stalinismuskritikern eine nachträgliche, in den westlichen Gesellschaften unter kapitalistischen Bedingungen vollzogene Industrialisierung als historisch notwendige Aufgabe hingestellt<sup>41</sup>. Es sei in der Tat unumgänglich gewesen, die „ursprüngliche Akkumulation“ mit dem ihr eigenen rigorosen Konsumverzicht durchzuführen<sup>42</sup>. Diese Aufgabe wäre in Sowjetrußland unter den Bedingungen einer belagerten Festung — einer kapitalistischen Umzingelung — verwirklicht worden. Dies habe einen Verzicht auf Rüstung unmöglich gemacht und die Bevölkerung zum „Engerschnallen des Gürtels“ gezwungen. Die Konsequenz: all das wäre ohne eine autoritäre Leitung — sprich Bürokratie — nicht zu leisten gewesen<sup>43</sup>. Darüber hinaus hätte der Bürgerkrieg und die daraus resultierende Dezimierung der Arbeiter, insbesondere ihres politisch aktivsten Teils, sowie die niedrige fachliche Qualifikation der Kader den Bürokratisierungsprozeß begünstigt. Von den Trotzlisten wird als weiterer erschwerender Faktor das Ausbleiben der Revolution im Westen betont<sup>44</sup>.

Neben diesen „objektiven“ Einflußgrößen werden von den marxistischen Bürokratiekritikern unterschiedliche „subjektive“ Fehler genannt. So macht *Trotsky*<sup>45</sup>, dem *Mandel*<sup>46</sup> später sekundiert, Stalin und die ihn

<sup>40</sup> „Und das Tempo der Umgestaltungen, zuvörderst die rasche Gestaltveränderung der kommunistischen Partei selbst, bewies, wie dringlich diese neue Struktur, zumindest in den *industriell entwickeltsten Ländern* (hervorgehoben von mir, J. K.), darauf wartet, den Panzer abzuwerfen, der sie im Larvenstadium geschützt hat, jetzt aber zu ersticken droht.“ Diese und andere Stellen, wo über die DDR und die ČSSR in ähnlichem Sinne gesprochen wird, belegen sinngemäß die These von der Unangemessenheit der Übernahme des sowjetischen Modells in diesen Ländern (R. Bahro, *Die Alternative*, a.a.O., zitierte Stelle: S. 11).

<sup>41</sup> Dazu vgl. u. a. R. Bahro, *Die Alternative*, a.a.O., I. Teil; I. Deutscher, *Die unvollendete Revolution*, a.a.O., Kap. 2; L. Kofler, *Stalinismus*, a.a.O., Kap. 4; L. D. Trotsky, a.a.O., S. 24 ff.

<sup>42</sup> Bahro faßt im zweiten Teil nochmals diese „objektive Schwierigkeit“ zu Anfang des II. Teils zusammen (R. Bahro, *Die Alternative*, a.a.O., S. 155 ff.).

<sup>43</sup> Vgl. I. Deutscher, S. 41 ff.

<sup>44</sup> E. Mandel, *Die Bürokratie*, a.a.O., S. 43.

<sup>45</sup> L. D. Trotsky, *Die verratene Revolution*, a.a.O., S. 87 ff.

unterstützende Führungsclique für die „Entartung“ verantwortlich. Wäre man — so die entsprechende Begründung — der linken Opposition in den zwanziger Jahren gefolgt, hätte man also die Industrialisierung früher und durch Abschöpfung des Mehrproduktes von der privaten, v. a. der bäuerlichen Wirtschaft vorangetrieben, dann wäre eine zahlenmäßig starke Arbeiterklasse in der Lage gewesen, die Tendenzen zur Alleinherrschaft der Stalin-Fraktion rechtzeitig zu durchkreuzen. Diese Argumentation ist in mehrerer Hinsicht brüchig<sup>47</sup>: hier soll nur darauf hingewiesen werden, daß die Lösungsvorstellungen der Trotzisten — wie noch zu zeigen sein wird<sup>48</sup> — von den traditionellen marxistisch-leninistischen Ideen ebensowenig abweichen wie ihre Ist-Analyse der Gesellschaftsstruktur in Osteuropa.

*Rudolf Bahro* führt die Haltung Lenins (wenngleich nicht immer ganz eindeutig) und die Position Stalins (letztere allerdings noch vager, insbesondere was die zeitliche Dimension seiner Fehlentscheidungen anbelangt) auf die Rückständigkeit Rußlands zurück, die er mit den Kategorien der „asiatischen Produktionsweise“ und der „orientalischen Despotie“ erklären, wenn nicht gar rechtfertigen zu können meint<sup>49</sup>. Gleichzeitig bemängelt dieser Autor an den bisherigen marxistischen Theoriediskussionen, Marx miteingeschlossen, die allzu enge Konzeption der am Produktionsmitteleigentum orientierten Klasseninterpretation<sup>50</sup>. Um das Phänomen der Bürokratie zu erfassen, stellt er als historisch übergreifenden Herrschaftsfaktor die „vertikale Arbeitsteilung“ heraus<sup>51</sup>. Diese Teilung der Arbeit zwischen einer engen herrschenden Schicht der Geistesschaffenden an der Spitze der Entscheidungspyramide einerseits und den breiten, die Entscheidungen vollstreckenden Arbeitermassen an der Basis andererseits — dies sei die geschichtlich nachweisbare Struktur bisheriger Gesellschaften. Die sowjetrussische sozialökonomische Entwicklung könne insofern als Weiterführung einer orientalistisch-despotischen Gesellschaftsordnung interpretiert werden. Das gegenwärtige bürokratische Herrschaftssystem sei weder in der heutigen industrialisierten Sowjetunion noch

---

<sup>46</sup> *E. Mandel*, Die Bürokratie, a.a.O., S. 32 ff.

<sup>47</sup> Die Brüchigkeit der Argumentation, die hier nicht diskutiert werden kann, bezieht sich vor allem auf die Fragwürdigkeit einer rigorosen Agrarpolitik zu Lasten der privaten Bauernwirtschaft, die keineswegs Motivationen für einen Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion geschaffen hätte; fragwürdig sind auch die Auffassungen Trotzis über den Arbeitseinsatz, der stark militarisierte Formen annehmen sollte.

<sup>48</sup> Vgl. Abschnitt 4 dieses Aufsatzes.

<sup>49</sup> *R. Bahro*, Die Alternative, a.a.O., S. 98 ff.

<sup>50</sup> Ebd., S. 24 ff.

<sup>51</sup> Ebd., S. 164 ff.

erst recht nicht in der DDR bzw. der ČSSR im Hinblick auf die emanzipatorischen Ziele des Marxismus zu rechtfertigen<sup>52</sup>.

Zu den historischen Wurzeln der Herausbildung des Herrschaftsgefüges in der Sowjetunion und den übrigen Ländern des „Realsozialismus“ liefern die ungarischen Sozialwissenschaftler Konrád und Szelényi einen vom traditionellen Marxismus noch stärker abweichenden Erklärungsansatz<sup>53</sup>. Sie leiten die Entstehung der Funktionärsbürokratie, des „herrschenden Standes“<sup>54</sup>, aus der Sozialstruktur der orientalischen Despotie her (insofern eine gewisse Ähnlichkeit mit Bahro), die sie als Organisationsform der „traditionellen Redistribution“<sup>55</sup> bezeichnen (darunter ist die Umverteilung bzw. Verfügung über das Mehrprodukt auf traditionelle Weise zu verstehen). Vom abhängigen „Dienstadel“ führt der Weg nach Auffassung der beiden Autoren zum Zarenreich der „frühen rationalen Redistribution“, in der eine staatlich-bürokratische Intelligenz die Aufgaben der einsetzenden Industrialisierung übernahm<sup>56</sup>. Im Unterschied zum westeuropäischen Weg über die Marktwirtschaft wäre nach 1918 der nach wie vor bürokratisch organisierte Industrialisierungsprozeß in direkter Anknüpfung an die „traditionelle Redistribution“ nun vermittelt politisch determinierter Umverteilung des Mehrproduktes gelaufen: Entscheidungsträger sei der „herrschende Stand“, der als Teil der Intelligenz betrachtet wird<sup>57</sup>.

Die historischen Erklärungsansätze von Bahro und Konrád / Szelényi, die Ähnlichkeiten sowie Divergenzen aufweisen, liefern sicherlich befriedigendere Aussagen über die Bestimmungsfaktoren des Bürokratisierungsprozesses in Osteuropa als die traditionelle marxistisch-leninistische Denkrichtung.

Nicht thematisiert wird jedoch hier ein bereits im Marxschen Werk angelegtes zentrales Problem, nämlich die Frage nach der Vereinbarkeit von Zentralismus und Selbstbestimmung. Sind doch gesamtgesellschaftliche Lenkung sowie volkswirtschaftliche Planung einerseits und autonom entscheidende Individuen und Gruppen andererseits zwei von Marx (und Engels) immer wieder postulierte und nicht ohne weiteres vereinbare Grundprinzipien der künftigen „klassenlosen Gesellschaft“<sup>58</sup>.

---

<sup>52</sup> Gerade der kritische II. Teil von Bahros Alternative („Die Anatomie des real existierenden Sozialismus“, S. 141 - 296) stellt den wertvollsten Beitrag der gesamten Arbeit des Autors dar.

<sup>53</sup> *György Konrád, Iván Szelényi*, Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt a. M. 1978.

<sup>54</sup> Ebd., u. a. S. 282.

<sup>55</sup> Ebd., u. a. S. 93.

<sup>56</sup> Ebd., vgl. v. a. Kap. III/4.

<sup>57</sup> Ebd., vgl. v. a. das Abschlußkapitel IV.

<sup>58</sup> Vgl. Anm. 8, 11 und 12.



Dieses Dilemma ist zumindest ansatzweise von der „marktsozialistischen“ osteuropäischen Reformrichtung erkannt worden<sup>59</sup>. Ota Šik stellt neben der von ihm (und anderen) wiederholt diskutierten Frage der Fehlkonstruktion im Marxismus, die in der Vernachlässigung marktwirtschaftlicher Elemente besteht<sup>60</sup>, zwei weitere „subjektive“ Fehler heraus, deren Ursprung in der Partei- und Staatsdoktrin Lenins liegt und die die Tendenz zum Machtmonopol des Funktionärsapparates begünstigen. Die Wurzeln dieser Entwicklung liegen — so Šik — zum einen in dem von Lenin postulierten und durchgesetzten Prinzip der autoritären Einzelleitung in der Wirtschaft<sup>61</sup>, zum anderen in der unter seiner politischen Führung verwirklichten Forderung der „führenden Rolle der kommunistischen Partei“ in der Gesellschaft<sup>62</sup>.

#### 4. Nähere Charakteristik des bürokratischen Herrschaftssystems

In den Schriften der Begründer des Marxismus ist keine systematische Analyse bürokratischer Entscheidungsformen zu finden. Dennoch gibt es Äußerungen von *Marx und Engels*, die ihre späteren Anhänger mit Vorliebe zitieren, um ihre Kritik am sowjetischen Bürokratismus Nachdruck zu verleihen<sup>63</sup>. Es lohnt, einige dieser Formulierungen hier nachzuzeichnen.

So übernimmt *Kofler* folgende Zitate vom jungen Marx<sup>64</sup>:

„Die Bürokratie gilt sich selbst als der letzte Endzweck des Staates. Da (sie) ihre ‚formellen‘ Zwecke zu ihrem Inhalt macht, so gerät sie überall in Konflikt mit den ‚reellen Zwecken‘ ... Die *Autorität* ist daher das Prinzip ihres Wissens, und die Vergötterung der Autorität ihre Gesinnung ... Was den einzelnen Bürokraten betrifft, so wird der Staatszweck zum Privatzweck, zu einem *Jagen nach höheren Posten*, zu einem *Machen von Karriere* ... Der Staat existiert nur mehr als verschiedene Bürogeister, deren Zusammenhang die Subordination und der passive Gehorsam.“

<sup>59</sup> Als Begründer des sogenannten „marktsozialistischen Modells“ gilt Oskar Lange mit seiner bahnbrechenden Studie „Zur ökonomischen Theorie des Sozialismus“ (in: *Oskar Lange, Ökonomisch-theoretische Studien*, Frankfurt a.M.—Köln 1977, S. 259 ff.), an dessen Gedanken vor allem polnische, tschechoslowakische und jugoslawische Wirtschaftstheoretiker anknüpfen (dazu vgl. *Sozialistische Marktwirtschaften*, hrsg. v. *Helmut Leopold*, München 1975).

<sup>60</sup> Ota Šik, *Der dritte Weg. Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft*, Hamburg 1972, S. 172 ff.

<sup>61</sup> Ders., *Das kommunistische Machtsystem*, a.a.O., S. 32 ff.

<sup>62</sup> Ebd., S. 39 ff.

<sup>63</sup> Dies gilt insbesondere für die hier zitierten Arbeiten von *Bahro* und *Kofler*.

<sup>64</sup> *L. Kofler, Stalinismus und Bürokratie*, a.a.O., S. 14.

Anschließend zitiert der gleiche Autor die zehn Jahre später geschriebene Schrift Marx', „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“<sup>65</sup>:

„Die Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuren bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschine, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer anderen halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihre Poren verstopft . . .“

Für Engels „stehen die Beamten nun da als Organe der Gesellschaft über der Gesellschaft“, sie sind „Träger einer der Gesellschaft entfremdeten Macht“<sup>66</sup>. Ähnlich wie Marx<sup>67</sup>, der die Bürokratie im „Achtzehnten Brumaire“ als Mittel, das unter Napoleon die Klassenherrschaft der Bourgeoisie vorzubereiten hatte, kennzeichnet, sieht Engels in der „öffentlichen Gewalt“ die Hüterin der Interessen des Kapitals<sup>68</sup>.

Die These vom „Staat als Instrument der herrschenden Klasse“, die *Lenin* im kapitalismuskritischen Sinne von Engels übernommen hatte<sup>69</sup>, konnte — bürokratisch gewendet — das Stalinsche Dogma über den sozialistischen Charakter der Sowjetunion gefährden. Tatsächlich entbrannte auch mit der gravierenden Kritik *Trozkis*<sup>70</sup> eine heftige innermarxistische Auseinandersetzung über die Frage, ob die Sowjetbürokratie eine Klasse oder eine Schicht bzw. Kaste sei. Nach Auffassung von Trotzki ist sie „etwas mehr als eine Bürokratie“ im Kapitalismus, da sie nicht wie jene von der herrschenden Klasse abhängt, sondern „die einzige im vollen Sinne des Wortes privilegierte und kommandierende Schicht der Sowjetgesellschaft“ sei<sup>71</sup>. Dennoch ist sie — so führt Trotzki weiter aus — keine „Klasse“, sondern eine „Schicht“ bzw. „Kaste“, denn „den Charakter einer Klasse bestimmt ihre Stellung im gesellschaftlichen System der Wirtschaft, in erster Linie ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln“<sup>72</sup>. Schließlich habe die „Bürokratie für ihre Herrschaft noch keine sozialen Stützpunkte will sagen Eigentumsformen geschaffen“<sup>73</sup>.

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> *Friedrich Engels*, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: *Karl Marx / Friedrich Engels*, Staatstheorie, a.a.O., S. 309.

<sup>67</sup> *Karl Marx*, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte (1852), in: *K. Marx / F. Engels*, Staatstheorie, a.a.O., S. 563.

<sup>68</sup> *F. Engels*, Der Ursprung der Familie, a.a.O., S. 309 ff.

<sup>69</sup> *W. I. Lenin*, Staat und Revolution, I. Kapitel, in: *Ausgewählte Werke*, Moskau 1969, S. 288 ff.

<sup>70</sup> *L. D. Trotzki*, Die verratene Revolution, a.a.O., insbes. S. 228 ff.

<sup>71</sup> Ebd., S. 242.

<sup>72</sup> Ebd., S. 241.

<sup>73</sup> Ebd., S. 243.

Stellt man dieser Argumentation Trotzki's folgende in gleichem Atemzug vorgebrachte Äußerung entgegen: „Die Produktionsmittel gehören dem Staat. Aber der Staat ‚gehört‘ gewissermaßen der Bürokratie“<sup>74</sup>, dann ist seine „Beweisführung“ selbst für diejenigen, die den Klassenbegriff am Produktionsmitteleigentum festmachen, keineswegs schlüssig. Entscheidend ist wohl doch für Trotzki eher der formell-juristische Eigentumstitel, als die tatsächliche Verfügungsgewalt. Dieser Betrachtungsweise entspricht dann auch seine These, die Sowjetunion sei — wenngleich „bürokratisch“, so eben doch — „ein Arbeiterstaat“<sup>75</sup>, m. a. W. die Arbeiterklasse sei doch irgendwo „herrschende Klasse“<sup>76</sup>.

Der italienische Marxist *Bruno Rizzi*, der in so mancher Hinsicht Trotzki's Kritik am Stalinismus nahekam, polemisiert andererseits mit dessen Thesen über den Charakter der Sowjetbürokratie und der sowjetrussischen Gesellschaftsformation<sup>77</sup>. Seiner Auffassung nach ist diese Bürokratie (sie bestehe aus „Funktionären, Technikern, Polizisten, Offizieren, Journalisten, Schriftstellern, hohen Tieren der Gewerkschaften und der kommunistischen Partei“) eine „Klasse“<sup>78</sup>. Denn schließlich sei sie „im Besitz“ — i. S. der realen Verfügungsgewalt — der Staatsmacht und auch der Produktionsmittel. Im Unterschied zum individuellen Ausbeutungsverhältnis im Kapitalismus, in dem es ein „freiwilliges Angebot der Arbeitskraft“ gäbe, finde hier eine Exploitation „en bloc“ statt, es ginge folglich nur um ein System des „bürokratischen Kollektivismus“<sup>79</sup>.

Unabhängig von Rizzi, dessen Thesen erst in der jüngeren Vergangenheit „neu entdeckt“ wurden, haben kritische Marxisten seit den sechziger Jahren — meist aufgrund empirisch gewonnener Erkenntnisse — zu der Kontroverse „Klasse oder Schicht“ differenzierter Stellung genommen. Es begann sich allmählich unter ihnen die Auffassung durchzusetzen, daß der herrschaftsbezogene Klassenbegriff nicht durch sozialökonomische Phänomene („Produktionsverhältnisse“, Eigentumsformen) bedingt sein muß. Dies gilt insbesondere für die osteuropäischen Gesellschaften<sup>80</sup>. Diese Sichtweise soll nun anhand der Positionen einiger Autoren skizziert werden.

<sup>74</sup> Ebd., S. 242.

<sup>75</sup> *L. D. Trotzki*, ebd.; vgl. auch: *E. Mandel*, Die Bürokratie, a.a.O., S. 33.

<sup>76</sup> *L. D. Trotzki*, Die verratene Revolution, a.a.O., S. 242.

<sup>77</sup> *Bruno Rizzi*, La bureaucratisation du monde, Paris 1939, zitiert nach: *Peter W. Schulze*, Trotzki's Thesen zur Bürokratisierung der Sowjetgesellschaft und zum Stalinismus, Beitrag für eine internationale Tagung über den Stalinismus, Donaueschingen 1978.

<sup>78</sup> *B. Rizzi*, La bureaucratisation, a.a.O., S. 23 ff.

<sup>79</sup> Ebd., insbes. S. 26.

Deutscher stellt heraus, daß die Rolle der „privilegierten Gruppen in der Sowjetgesellschaft zweideutiger (sei), als es ein Etikett erkennen läßt, ... sie sind eine Klasse und sind es nicht“<sup>81</sup>, jedenfalls sei „ihre Macht so außergewöhnlich, weil sie zur gleichen Zeit ökonomisch, politisch und kulturell ist“. Er weist ferner auf die Heterogenität dieser Schicht<sup>82</sup> sowie — hier ähnlich wie Trotzki — auf deren „gewisse Unstabilität und Vergänglichkeit ihrer sozialen Dominanz“<sup>83</sup> hin. Diese Eigenschaften werden vom Autor mit der Abhängigkeit der Bürokratie vom „politischen Gleichgewicht“ begründet, das er auf die — eher informell artikulierte — Haltung der Arbeiterklasse zurückzuführen scheint<sup>84</sup>. Schließlich habe — so Deutscher — „die ‚neue Klasse‘ nicht die Sanktion gesellschaftlicher Legitimität erlangt“<sup>85</sup>, denn der Ursprung ihrer Macht sei ein ökonomischer, politischer und kultureller Befreiungsakt gewesen, der „aus dem Bewußtsein des Volkes nicht ... ausgemerzt“ werden konnte<sup>86</sup>. Dieser Umstand sowie die mit der Industrialisierung einhergehende „relative Überproduktion an Intelligentsia“ veranlaßt Deutscher zu dem Fazit, neue Widersprüche und Spannungen würden nicht zulassen, daß „die Sowjetgesellschaft unter der Herrschaft einer ‚neuen Klasse‘ stagniert und verknöchert“<sup>87</sup>.

Der jugoslawische Marxist *Stojanovič*, ein führendes Mitglied der nichtkonformen Praxisgruppe<sup>88</sup>, bezeichnet hingegen die osteuropäische

<sup>80</sup> Zwar wird bereits bei Lenin von einer Vorrangstellung der Politik gegenüber der Ökonomie gesprochen; die marxistischen Diskussionen der Zwischenkriegszeit haben jedoch nicht die Frage thematisiert, inwieweit dadurch der zentrale Lehrsatz der marxistischen Methode über die letztlich determinierende Rolle der „Basis gegenüber dem Überbau“ problematisiert ist.

<sup>81</sup> I. Deutscher, *Die unvollendete Revolution*, a.a.O., S. 66 f.

<sup>82</sup> „Wir dürfen jedoch diese Gruppen nicht alle über einen Kamm scheren und sie als *die* oder *die* Managerklasse etikettieren. Zwischen den Spezialisten und Verwaltungsbeamten mit akademischer Bildung und jenen, die nur eine höhere Schulbildung genossen haben, muß ein Trennungsstrich gezogen werden ... Nur die oberen Schichten der Bürokratie, der Parteihierarchie, der Managergruppen und des Militärs leben unter Bedingungen, die jenen vergleichbar sind, deren sich die Reichen und die Neureichen in den kapitalistischen Gesellschaften erfreuen.“ (ebd.)

<sup>83</sup> Ebd., S. 68.

<sup>84</sup> Diese wichtige, von Deutscher ausführlicher begründete These ist durch eine Reihe von politischen Ereignissen (Berlin 1953, Polen/Ungarn 1956, Prager Frühling von 1968, Polen 1970 und 1976) bestätigt.

<sup>85</sup> Ebd., S. 71.

<sup>86</sup> Ebd., S. 70 f.

<sup>87</sup> Ebd., S. 73.

<sup>88</sup> Die Gruppe jugoslawischer Sozialwissenschaftler um die Zeitschrift „Praxis“ kritisieren die jugoslawische Wirklichkeit, die ihrer Auffassung nach nicht den emanzipatorischen Vorstellungen von Marx („Aufhebung der Entfremdung“) entspräche; zu bedeutenden Vertretern gehören u. a. *Mihailo Markovič*, *Gajo Petrovič*, *Velko Rus*, *Svetozar Stojanovič*, *Rudi Supek* und *Predrag Vranicki*.

Bürokratie sowjetischen Typs als „etatistische Klasse“. Ihre Besonderheit bestehe „unter anderem auch darin, daß ihre wirtschaftliche Macht aus der politischen kommt, während es bei der Bourgeoisie umgekehrt der Fall ist. Man muß gestehen, daß der Marxismus für diesen Determinismus nicht genügend Gespür hatte<sup>89</sup>.“ Stojanovič argumentiert ansonsten ähnlich wie Rizzi, indem er rasoniert: „Der Staatsapparat verwaltet die Produktion und verfügt über den Mehrwert und dies in erster Linie im eigenen Interesse. Daher ist er *de facto* der Eigentümer der Produktionsmittel, ohne Rücksicht auf eine andere formalrechtliche Bestimmung. Der Begriff des *kollektiven Klasseneigentums*“ — so fährt der Autor fort, um seiner Beweisführung durch ein historisches Exempel Nachdruck zu verleihen — „bräuchte keinerlei Mysterium darzustellen, denn er ist in der Geschichte nicht unerkannt — um noch einmal das Beispiel des kirchlichen Feudalbesitzes zu nennen“<sup>90</sup>. Zweifellos spielt bei diesem philosophisch ausgewiesenen Sozialwissenschaftler seine moralisch-normative Haltung eine vorrangige Rolle, wenn er dem Klassenbegriff von demjenigen der Schicht Vorrang einräumt. Der „Begriff der Gesellschaftsschicht“ sei nämlich „das mildeste analytische Instrument“ und das „paßt gut zur ideologischen Mystifikation der herrschenden Klasse“. Die jugoslawischerseits als „Etatismus“ bezeichnete „neue Klassengesellschaft“ unterscheide sich grundsätzlich sowohl vom westlichen Kapitalismus als auch vom Sozialismus, der nur in der Form der Arbeiterselbstverwaltung seinen Namen verdient<sup>91</sup>.

Auch ein anderer Jugoslawe, der frühere Mitstreiter Titos in der KP-Führung *Milovan Djilas*, bezeichnet die Sowjetbürokratie ebenfalls als neue Klasse, geht jedoch nicht im einzelnen auf die Positionen der widerstreitenden marxistischen Theoretiker ein. Seinen zentralen Grundgedanken zufolge fußen „die Besitzprivilegien der neuen Klasse und die Zugehörigkeit zu dieser Klasse ... auf dem Vorrecht der *Verwaltung*“<sup>92</sup>.

Auch die Polen *Kuron* und *Modzelwski*, die sich allerdings stärker an die marxistischen Kategorien halten, benennen die osteuropäische Funktionärsschicht als Klasse, und zwar als „Monopolbürokratie“<sup>93</sup>. Diese „Klasse“ wird von den Autoren als „herrschende Elite“ bezeichnet, „die jeder gesellschaftlichen Kontrolle entzogen ist und eigenmächtig die Gesamtheit der wirtschaftlichen sowie politischen Schlüsselstellungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung einnimmt“<sup>94</sup>.

<sup>89</sup> *Svetozar Stojanovič*, Kritik und Zukunft, a.a.O., S. 51.

<sup>90</sup> Ebd.

<sup>91</sup> Ebd., S. 49 f.

<sup>92</sup> *Milovan Djilas*, Die neue Klasse, a.a.O., S. 51.

<sup>93</sup> *J. Kuron / K. Modzelewski*, Monopolsozialismus, a.a.O., S. 11 ff.

Nicht so eindeutig zur Frage „Klasse oder Schicht“ — und insofern eher mit Deutschers Stellungnahme vergleichbar — äußert sich *Rudolf Bahro*. Er bezeichnet die osteuropäische Gesellschaft als „protosozialistisch“, ein Begriff, der nur im Kontext seiner historischen Begründung des russischen Weges zu verstehen ist<sup>95</sup>. Bahro spricht einerseits von „dieser unserer späten Klassengesellschaft“<sup>96</sup>; durch die Beseitigung des Privateigentums sei die „Klassenherrschaft bereits auf ihren elementaren Ausgangspunkt zurückgebracht“<sup>97</sup>. Andererseits stützt sich seine Analyse der Sozialstruktur nicht auf das traditionell-marxistische Paradigma der Klasse, sondern auf ein in der westlichen Soziologie beheimatetes Schichtungskonzept<sup>98</sup>. Dieser „Widerspruch“ ist so zu interpretieren, daß der Klassenbegriff von Bahro „eben nur zur Kennzeichnung des allgemeinen Typs der DDR-Gesellschaft als einer auf Herrschaft beruhenden Gesellschaft gebracht (wird), während er den schichtungstheoretischen Ansatz der empirischen Beschreibung der Sozialstruktur vorbehält“<sup>99</sup>.

Beide Untersuchungsaspekte Bahros — der klassen- bzw. herrschaftsbezogene sowie der schichtenspezifische — sind in dessen Aussagen über die Zusammensetzung und die Bedeutung einzelner Gruppierungen wiederzufinden. So heißt es — eher klassenbezogen — an einer Stelle in bezug auf die Bürokratie<sup>100</sup>:

„Diese soziale Gruppe umfaßt im wesentlichen die *hauptamtliche* Besetzung der gesamten politischen, staatlichen und ‚gesellschaftlichen‘ Leitungspyramide, einschließlich der militärischen, polizeilichen und ideologischen Zweige, also eben die ausgedehnte Partei-, Staats- und höhere Wirtschaftsbeamtenschaft im weitesten Sinne. Politökonomisch gesehen steht sie den unmittelbaren Produzenten (einschließlich Spezialisten, wenn auch ein Teil von ihnen über Staatsfunktionen vom Machtapparat absorbiert wird) tendenziell antagonistisch gegenüber.“

An anderen Stellen wird von Bahro die schichtenspezifische Rolle des politischen und des technisch-wirtschaftlichen Managements wie folgt herausgestellt<sup>101</sup>:

<sup>94</sup> Ebd., S. 13.

<sup>95</sup> R. Bahro, *Die Alternative*, a.a.O., S. 285 u. a.

<sup>96</sup> Ebd.

<sup>97</sup> Ebd., S. 165 f.

<sup>98</sup> „*Diejenigen (neuen) Züge* der Sozialstruktur in spätkapitalistischen Industriegesellschaften aber, die sich mit den Stratifikationsmodellen mehr oder weniger aufschlußreich beschreiben lassen, finden sämtlich in den Ländern des real existierenden Sozialismus ihr sehr verwandtes Gegenstück, und zwar einfach deshalb, weil sie *unmittelbarer* als die traditionellen Klassenmerkmale den Stand der Produktivkräfte ausdrücken.“ (ebd., S. 191 f.)

<sup>99</sup> Diese mir sehr zutreffend erscheinende Aussage habe ich von einem marxistischen Zeitgenossen übernommen (*Günter Erbe*, *Klassenantagonismus oder Schichtendifferenzierung?*, *Prokla* 31/1978, S. 62).

<sup>100</sup> R. Bahro, *Die Alternative*, a.a.O., S. 284.

„Der moderne Ingenieur, besonders der Hochschulingenieur, ... ist die exemplarische Schlüsselfigur des reifen Industrialismus. ... die Ingenieurarbeit (schafft) die materiellen Voraussetzungen, die Grundproduktion ‚auf den Kopf zu stellen‘. (...) ... der soziale Gegensatz zwischen Spezialistentum und dem etablierten allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Management dürfte das progressiv bewegende Moment in der *nächsten* Phase des Übergangsprozesses sein.“

In der Analyse von *Konrád* und *Szelényi* schimmert zwar isofern ein marxistisches Paradigma durch, als sich ihre Aussage über die Sozialstruktur an das politökonomische Kriterium der Verfügung über das Mehrprodukt anlehnt. Andererseits werden von diesen beiden Verfassern Kategorien und Denkfiguren von Max Weber (z. B. die Rolle der Sachkompetenz einer Bürokratie<sup>102</sup>), , von Polanyi (der Begriff des ökonomischen Integrationsmodells“ anstelle der „Produktionsweise“<sup>103</sup> und anderen nichtmarxistischen Sozialwissenschaftlern vorurteilsfrei angewendet. Zwar sind die hier vorgenommenen Abgrenzungen wie der sehr weit gefaßte Oberbegriff der „Intelligenz“, und ferner des „herrschenden Standes“, der „Technokratie“ und der „marginalen“ (sprich: nichtkonformen) Intelligenz — diese drei Gruppierungen als Bestandteile der gesamten Intelligenzklasse interpretiert — doch etwas vage. Dennoch wird ihre Kernthese deutlich: dem dominierenden „*herrschenden Stand*“, m. a. W. der Politbürokratie des Stalinismus muß sich zunächst *die übrige Intelligenz* anpassen, die jedoch dabei gleichzeitig auch ihre eigenen Interessen verfolgt und schließlich sukzessive, insbesondere in der Gestalt der *Technokratie*, zur herrschenden Klasse im „Realsozialismus“ wird<sup>104</sup>.

Ähnlich wie Djilas charakterisiert *Ota Šik* die Funktionärsbürokratie in Osteuropa mit dem Ausdruck „Klasse“, ohne dabei diesen Begriff im streng marxistisch-leninistischen Sinn deuten zu wollen<sup>105</sup>. Ihm liegt vielmehr an einer näheren Kennzeichnung, in der sowohl Einzelbeobachtungen von Marx, als auch die systematische Charakteristik von Max Weber (hier allerdings sind die positiven Einschätzungen der Weberschen Bürokratie wie Aktenkundigkeit, Sachkompetenz, Beachtung formaler Regeln, Zügigkeit und Promptheit etc. sicherlich nicht zu Unrecht ausgeklammert), vor allem aber die eigenen Erfahrungen des Verfassers wiederzufinden sind. Šiks zutreffende Charakteristik der Bürokratie in den „realsozialistischen“ Ländern Osteuropas soll wie folgt wörtlich wiedergegeben werden<sup>106</sup>:

<sup>101</sup> Ebd., S. 204, 206.

<sup>102</sup> *G. Konrád, I. Szelényi*, a.a.O., u. a. Kap. III.

<sup>103</sup> Ebd., Kap. II/2.

<sup>104</sup> Ebd., Kap. IV/2.

<sup>105</sup> *O. Šik*, Das kommunistische Machtsystem. a.a.O., S. 257.

„1. Interesse der Bürokraten an der eigenen Karriere und Machtausübung. Daraus folgend Hauptinteresse an der Festigung und Ausweitung des bürokratischen Apparates und Kampf gegen alle Änderungen, die die Macht der Bürokratie einschränken würden;

2. Disziplinierung bei der Aufgabenerfüllung und rein formelle Durchsetzung von Obrigkeitsbefehlen und Vorschriften, gegeben durch das hierarchische Dienstreglement, wird zum Selbstzweck. Einheitliches und autoritäres Vorgehen gegenüber dem gemeinen Volk;

3. wachsende Entfremdung der Bürokratie vom Volk, gegeben durch die Machtausübung, Interessenspezifität, Ausschließlichkeit von besonderem Wissen und Informationen, Geheimnisschaffung, ökonomische Privilegien, autoritäre Prestigeverfolgungen, formelles Vorgehen und dergleichen, des bürokratischen Verwaltungsapparates;

4. Gruppierungen und Intrigen innerhalb der Bürokratie, die vor allem durch Machtkämpfe verschiedener Spitzenfunktionäre entstehen, aber das einheitliche Vorgehen gegen das Volk nicht verunmöglichen;

5. Anonymität der Entscheidungsfällungen und daher Unverantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit. Öffentliche Kritiken, die überwiegend nur Politiker treffen, verlieren sich größtenteils im Dschungel bürokratischer Vorschriften und Alibis;

6. Nichtexistenz materieller Interessen an Entscheidungsfällungen, die die Wirtschaft betreffen, da weder ökonomische Gewinne noch Verluste auf die Entlohnungen von Staatsbürokraten direkt rückwirken. Bürokratische Lenkung der Produktion führt zu wachsenden Effektivitätsverlusten.“

## 5. Die bürokratische Lenkungsform in Wirtschaft und Gesellschaft

*Dahl und Lindblom* unterscheiden zutreffenderweise vier alternative Koordinationsformen von Entscheidungsprozessen: Preis (Markt), Hierarchie (Bürokratie), Polyarchie (Abstimmung), Bargaining (Verhandlung)<sup>107</sup>. Diese gegenüber der vagen Plan/Markt-Unterscheidung (die leider in bezug auf alternative Lenkungssysteme im systemvergleichenden Schrifttum immer noch überwiegt) differenziertere und umfassendere, wenngleich auch nicht ganz konsistente Systematik, wurde von Marxisten explizit nicht übernommen. Nichtsdestoweniger sind in Arbeiten von Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern, die in einem weit gefaßten Sinn der marxistischen Gedankenwelt zugerechnet werden können, wie etwa Bahro, Brus, Hegedus, Horvat, Kornai und Šik<sup>108</sup>,

<sup>106</sup> Ebd., S. 116 f.

<sup>107</sup> R. A. Dahl / C. E. Lindblom, *Politics, Economics and Welfare*, a.a.O., Part III; Schubik unterscheidet 8 „different methods for all allocating resources“, und zwar neben den 4 genannten Typen weiter die Methode des (5) Meistbietens, (6) Gewalt, Betrug und Täuschung, (7) Tradition einschl. Geschenke und Erbschaft, (8) Zufall (*Martin Schubik, On Different Methods For Allocating Resources*, Kyklos, Vol. XXIII, 1970, S. 332 f.).

<sup>108</sup> Die Frage, wer von den hier diskutierten Sozialwissenschaftlern tatsächlich als „Marxist“ bezeichnet werden kann, ist äußerst schwierig (man



hinsichtlich der bürokratischen Koordinierung den westlichen Theorieansätzen ähnliche, in mancher Hinsicht konkretisierende bzw. ergänzende Ausführungen zu finden.

So entspricht nach *Branko Horvat* dem „etatistischen“ System — das er der jugoslawischen Betrachtungsweise nicht nur vom kapitalistisch-marktwirtschaftlichen, sondern auch von der etatistischen Planwirtschaft sowjetischer Prägung unterscheidet — die vertikal-hierarchische Entscheidungsform<sup>109</sup>. Horvat stellt heraus, daß mit Hilfe bürokratisch-zentralistischer Planungsformen zwar hohe Wachstumsraten erzielt werden können (Beispiel: Osteuropa), die Produktivitätsentwicklung jedoch infolge der bekannten Rigidität dieses Lenkungssystems unbefriedigend verläuft. So heißt es bei ihm u. a.: „... etatist firms experience chronic overemployment (and hence low productivity of labour) and have huge stockpiles (which could otherwise be productively used)<sup>110</sup>.“

Der ungarische Soziologe Hegedus beurteilt in seiner Arbeit „Socialism and Bureaucracy“<sup>111</sup>, sicherlich nicht zuletzt auch unter dem Einfluß Max Webers, die Funktionstüchtigkeit einer administrativ-bürokratischen und hierarchisch strukturierten Direktoriallenkung differenzierter. Die (vertikale) Arbeitsteilung sei eine Folge des gegebenen Standes der Produktivkräfte — hier geht der Autor konform mit der gängigen marxistischen Auffassung — und entspreche dieser: ihre bereits von Weber genannten Vorzüge wie Schnelligkeit, Kompetenz und Effizienz seien anzuerkennen, wenngleich der Rationalitätsaspekt den Humanisierungsansprüchen durchaus zuwiderlaufen könne. Daher sei gesellschaftliche Kontrolle, d. h. Teilhabe der Arbeitenden an den wirtschaftlichen Entscheidungen, notwendig<sup>112</sup>. Als engagierter Reformprangert Hegedus an einer anderen Stelle seines Buches die negativen Züge bürokratischer Lenkung besonders plastisch an: den verheerenden „Monolithismus von Ideen und Verhaltensweisen“, den Subordinationsgeist des „homo hierarchicus“, die „Überkonformität“ des „Organization Man“, die Situation des Kafkaschen Schlosses in der Bürokratie<sup>113</sup>.

denke an den *Marx* selbst zugeschriebenen Ausspruch: „Quant á moi, je ne suis pas Marxiste.“): von den hier aufgeführten Theoretikern sollten vermutlich Bahro, Brus, Hegedus und Horvat eher als „Marxianer“ bezeichnet werden, während Šik ungeachtet seines Festhaltens an einigen marxistischen Denkansätzen nicht mehr zu einer marxistischen Richtung gezählt werden kann.

<sup>109</sup> *Branko Horvat*, *Comparative Organization and Efficiency of Social Systems*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft. Kritik und Alternativen*, hrsg. v. *U. Gärtner* u. *J. Kosta*, Berlin 1979, S. 38 ff.

<sup>110</sup> *Ebd.*, S. 52.

<sup>111</sup> *Andreas Hegedus*, *Socialism and Bureaucracy*, New York 1976.

<sup>112</sup> *Ebd.*, Kap. III.

Auch die eher soziologisch und politologisch ausgerichtete Arbeit von *Rudolf Bahro* enthält keine geschlossene Analyse des ökonomischen Systems. Hier sind jedoch neben einigen theoretischen Überlegungen (auf die nicht näher eingegangen werden kann) so manche, auf eigene Beobachtungen gestützte Aussagen über bürokratische Entscheidungsprozesse in der Wirtschaft zu finden. So wird von diesem Autor die Wechselwirkung der überzogenen Investitionstätigkeit und den massiven Machtinteressen der Bürokratie verdeutlicht<sup>114</sup>. Diese akkumulationsorientierte Interessenlage des wechselseitig verwobenen ökonomischen und politischen Funktionsapparates wirke „als Quelle unrationeller Gesamtverausgabung von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit . . . Die Überdetermination der Basis, die Orientierung der unteren Funktionäre auf bürokratische Disziplin statt auf industriellen und ökonomischen Erfolg bewirkt natürlich das Gegenteil von Intensivierung<sup>115</sup>.“ Weiter heißt es bei Bahro, das unaufhaltsame Wachstum des Apparates fresse einen sehr großen Teil des Produktivitätszuwachses auf. Die negativen Erscheinungen, „der Subjektivismus“, seien auf „zwei Quellen“ zurückzuführen, „die eigenen Sonderinteressen (und) die mangelnde Kenntnis der gesellschaftlichen Bedürfnisse“ von seiten des „Zentrums“<sup>116</sup>.

In einem anderen Kapitel schildert derselbe Autor die Verhaltensweisen des Planungsbürokraten<sup>117</sup>, dem „das gesellschaftliche Bedürfnis nicht über den Markt, sondern über den Plan vermittelt“ entgegentritt; zwar winkt ihm „im Falle der Planerfüllung“ kein Reichtum, sondern nur „Vermeidung von Ärger . . ., allenfalls ein Anteil an der inflationären Schwemme von Orden und Auszeichnungen“. Und um anschließend die Planerfüllungsmechanismen zu kennzeichnen, sagt Bahro weiter: „Wie hoch der Plan im Verhältnis zu seinen Realisierungsbedingungen ist, das ist der entscheidende Punkt, der das ganze Jahr über die Befindlichkeit der jeweiligen Position bestimmt.“ Deshalb seien „gute Posten . . . solche, die u. a. auch in einer günstigen Relation zu dem subjektiven Planerfüllungsproblem stehen, sei es, daß man dort bessere Bedingungen dafür vorfindet, sei es, daß man dem unmittelbaren Druck des Planes ferner placiert ist oder dergleichen.

---

<sup>113</sup> Ebd., Kap. X; Die ökonomischen Effizienzverluste einer überzentralisierten Lenkung hatte bereits früher — allerdings nicht unter dem Terminus „Bürokratie“ — der namhafte ungarische Ökonom Kornai überzeugend kritisiert (*J. Kornai, Mathematical Programming as a Tool of Socialist Economic Planning*, in: *Socialist Economics*, ed. A. Nove, D. M. Nuti, Penguin Books Ltd., Harmondsworth 1972, S. 475 ff.).

<sup>114</sup> *R. Bahro, Die Alternative*, a.a.O., S. 184 f.

<sup>115</sup> Ebd., S. 186.

<sup>116</sup> Ebd., S. 187.

<sup>117</sup> Ebd., S. 258 ff.

Im alltäglichen Verhalten, für das man bei der Masse der Funktionäre Gehalt und Stellung jeweils unveränderlich setzen kann, richtet sich die materielle Interessiertheit auf die Bedingungen der Planerfüllung, im Grunde auf die Arbeitssituation als ganze, bei der es mit wachsendem Alter nicht zuletzt auch um die Gesundheit geht ... Einmal dahin gelangt, an der Arbeit selbst nichts mehr zu finden, geht es dann für den Einzelnen darum, die Planzahlen unterhalb der Leistungsgrenze seiner Einheit zu halten und die Fonds an Material und Kapazität mit einer Reserve zu polstern<sup>118</sup>.“

Die Folge dieser ungünstigen Motivationslage der Planungsbürokratie sei notwendigerweise Ineffizienz<sup>119</sup>. In diesem Zusammenhang vergleicht Bahro die Wirtschaftsfunktionäre im östlichen System mit der „Konzernbürokratie“ im Westen: im ersten Fall gäbe es „ein bürokratisches Kontinuum vom unauffälligen Schichtmeister bis zur Partei- und Staatsspitze“, im zweiten „hört der Bürokratismus an der Spitze der jeweiligen ökonomischen Einheiten auf“, denn — so die von Bahro vorgenommene Begründung — „aus der kapitalistischen Konkurrenz scheiden solche wenig unternehmenden Charaktere alsbald aus, während es im real existierenden Sozialismus offenbar keinen Mechanismus gibt, sie aus einmal bezogenen Positionen zu verdrängen, die sich initiativ behaupten lassen“<sup>120</sup>.

Für den tschechischen Wirtschaftsreformer *Ota Šik* steht die Kritik am zentral-administrativen Planungssystem sowjetischen Typs im Zentrum vieler seiner Arbeiten<sup>121</sup>. Die Interdependenz des von der Funktionärsbürokratie dominierten politischen Systems und des zentralistisch-direktiven ökonomischen Mechanismus wird von ihm insbesondere in der hier bereits zitierten Arbeit über das „kommunistische Machtsystem“ thematisiert<sup>122</sup>. Ähnlich wie Bahro<sup>123</sup> — jedoch weit ausführlicher — stellt Šik die beiden Ursachen der mit dem Bürokratisierungsprozeß einhergehenden Funktionsschwächen und Effizienzenbußen dieses Systems heraus: die Interessenkonflikte und die Erkenntnischwierigkeiten<sup>124</sup>. Ungeachtet ihrer subjektiven Überzeugung, der-

<sup>118</sup> Ebd., S. 259 f.

<sup>119</sup> „Man sieht hier, daß das Interesse des bürokratischen Wirtschaftsfunktionärs nicht notwendig an die Entwicklung (Ausdehnung und Qualifizierung) der Gebrauchswertproduktion gebunden ist und daher nicht nur periodisch (wie bei dem kommerziellen Wettstreit der Bourgeois), sondern generell dahin tendiert, ‚den notwendigen Bedingungen des industriellen Wettstreits zu entschlüpfen‘.“ (*R. Bahro*, *Die Alternative*, a.a.O., S. 261).

<sup>120</sup> Ebd.

<sup>121</sup> Vgl. u. a. *O. Šik*, *Plan und Markt im Sozialismus*, Wien 1967; ders., *Argumente für den Dritten Weg*, Hamburg 1963.

<sup>122</sup> *O. Šik*, *Das kommunistische Machtsystem*, a.a.O.

<sup>123</sup> Vgl. Anm. 118 u. 119.

zufolge sie die Belange „der Gesellschaft“ zu wahren meinen, ließen sie keine Änderungen zu, sofern diese ihre eigenen Machtinteressen bedrohten. Die Schwierigkeit, ihrerseits die ökonomischen Probleme und Erfordernisse zu erkennen, sei u. a. auf unzureichende Sachkompetenz der ehemals „bewährten Revolutionskämpfer“ zurückzuführen. Schließlich wären auch wirtschaftliche Verluste auf die zunehmend kostspieligere bürokratische Administration zurückzuführen, denn der „Automatismus der bürokratischen Selbstvermehrung weist ein viel schnelleres Wachstum des überbetrieblichen Verwaltungsapparates auf als die Zahl der Erwerbstätigen in den Produktionsbetrieben sowie der eigentlichen Produktion“<sup>125</sup>.

Darüber hinaus resultiere die Ineffizienz aus dem Mechanismus des befehlsartigen Planungsmechanismus, denn: „Ob der geplante und von den Betrieben geforderte Output mit Hilfe von Bruttoproduktions-, Nettoproduktions-, Gewinn- oder Produktivitäts-Planungskennziffern angegeben wird, ob ihre Produktion mit Hilfe einer größeren oder kleineren Anzahl von Kennziffern gesteuert wird, immer werden die Betriebe erstens bestrebt sein, von den übergeordneten Organen ein möglichst niedrigen Plansoll im Verhältnis zu den vorhandenen Arbeitskräften und Investitionen zu erreichen. Zweitens werden sie immer versucht sein, den zentralen Organen Informationen zukommen zu lassen, aufgrund welcher sie sich eben Reserven und leichtere Bedingungen für die Planerfüllung schaffen“<sup>126</sup>.

Die von Horvat, Bahro und Šik (sowie anderen<sup>127</sup>) überzeugend geführte Kritik an der bürokratischen Koordinierungsform muß allerdings im Kontext des politischen Herrschaftssystems gesehen werden. Eine Lenkung mittels Verwaltungshierarchien schlechthin sollte m. E. nicht ein für allemal mit ausschließlich negativen Vorzeichen versehen werden. Denn das Steuerungsproblem ist in modernen Volkswirtschaften im Hinblick auf die vier von Dahl / Lindblom genannten Alternativen<sup>128</sup> je nach Wirtschaftssektor bzw. Tätigkeitsbereich, nach der jeweiligen Adäquanz zu regeln. Meist werden nicht reine Lösungen — z. B. der Marktmechanismus alleine —, sondern differenziert gemischte Dosierungen angemessener sein<sup>129</sup>.

<sup>124</sup> O. Šik, Plan und Markt, a.a.O., S. 158 ff.; ders., Das kommunistische Machtsystem, a.a.O., S. 84 ff.

<sup>125</sup> Ebd., S. 124.

<sup>126</sup> Ebd., S. 129.

<sup>127</sup> Vgl. u. a.: *Włodzimierz Brus*, Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt a. M., S. 131 ff.; *Otokar Turek*, O plánu, trhu a hospodárské politice, Praha 1967.

<sup>128</sup> Vgl. Anm. 107.

<sup>129</sup> So dürfte die Lenkung im Bereich der Konsumgüterproduktion und -verteilung am angemessensten über den Marktmechanismus zu regeln sein,

## 6. Entwürfe zur Entbürokratisierung

Da die marxistische Denktradition — wie dargestellt — Bürokratie in erster Linie als Herrschaftsform faßt und dabei eine herrschaftsfreie Gesellschaft als realisierbare Zielnorm unterstellt, wird eine Entbürokratisierung von allen dem Marxismus verbundenen Sozialwissenschaftlern sowohl für wünschenswert als auch für verwirklicht angesehen. Die Wege, die zur Beseitigung der Bürokratie als Träger sowie als Form von Herrschaft führen sollen, unterscheiden sich jedoch in den Entwürfen der einzelnen Theoretiker.

Die Differenzen in bezug auf diese Lösungswege sind weitgehend auf die unterschiedliche Einschätzung der Entstehungsgeschichte, der Grundzüge sowie des Entscheidungsmechanismus zurückzuführen, wie sie hier dargestellt wurden. Daraus ergeben sich — vereinfacht systematisiert — drei Hauptrichtungen, die wir als „orthodoxe“, „utopische“ und „revisionistische“ Strömungen bezeichnen wollen. Zu der „orthodoxen“ Strömung wären Trotzki und seine Anhänger zu zählen, zu der „utopischen“ Bahro u. a., zu der „revisionistischen“ Reformökonomien wie Brus, Šik und weitere.

Bei einer Reihe undogmatischer Marxisten wie Deutscher, Kofler, Kuron / Modzelewski, Stojanović u. a. m. sind Einzelelemente dieser drei Richtungen in verschiedenen Kombinationen wiederzufinden. Ausgeklammert bleiben hier freilich — wie auch bei den vorausgehenden Ausführungen — Vertreter der offiziellen Sowjet- (bzw. DDR-)Ideologie, für die — ungeachtet einiger Differenzierungen — die „Bürokratisierung“ ein im Rahmen des bestehenden politischen und ökonomischen Systems beseitigbarer Faktor ist. Wenden wir uns nun der Charakteristik der einzelnen Strömungen zu.

Nach *Trotzkis* Auffassung<sup>130</sup> sollte der Widerspruch zwischen den (progressiven) sozialen Verhältnissen — sprich Eigentumsformen — und den (regressiven) politischen Herrschaftsstrukturen — d. h. der „Entmündigung der Arbeiterklasse durch die Bürokratie“ — nicht durch eine soziale Revolution, sondern mittels eines politischen Umsturzes herbeigeführt werden. Wie sich dies konkret abspielen sollte, bleibt unklar.

Auf einer Reihe von Einzelaussagen *Trotzkis* aufbauend formuliert sein Anhänger *Ernest Mandel* folgende Programmpunkte, die den Weg dieser politischen Umwälzungen — verkürzt dargestellt — markieren<sup>131</sup>:

während z. B. im Bereich der Infrastruktur Kombinationen von demokratischer Abstimmung und „bürokratisch“-administrativer Koordinierung adäquater sein dürften.

<sup>130</sup> L. D. *Trotzki*, Die verratene Revolution, S. 279 f.

<sup>131</sup> E. *Mandel*, Die Bürokratie, a.a.O., S. 19.

- (1) Beseitigung der materiellen Privilegien und der übertriebenen Einkommensunterschiede.
- (2) Wahl der politischen Repräsentanten unter Berücksichtigung der jederzeitigen Abberufbarkeit und des Rotationsprinzips.
- (3) Aufrechterhaltung der Avantgarde-Partei (Minderheitspartei), die „in den Massen integriert sein“ solle, „ohne sie zu ersetzen“.
- (4) „Arbeiterdemokratie“ als Staatsform, dies bedeute direktes Einwirkungsrecht der Arbeiter in die Staatsverwaltung (sinngemäß: keine Gewaltenteilung).
- (5) Arbeiterselbstverwaltung in der Wirtschaft (Räteverfassung).
- (6) Förderung der Revolution im internationalen Maßstab.

Die Lösungsvorstellungen der Trotzlisten gehen ferner davon aus, daß die Fortentwicklung der Produktivkräfte eine grundlegende Voraussetzung für die Beseitigung der Bürokratie darstellt<sup>132</sup>. Es bleibt zu fragen, ob nicht gerade ein höherer industrieller Reifegrad und die daraus resultierende zunehmende Komplexität einer Volkswirtschaft einen Zuwachs von Verwaltung erzwingt. Wenn dem so ist, dann kann es lediglich um eine möglichst rationelle Gestaltung der Administration, jedoch nicht um deren Abschaffung gehen.

Während die vorhergehenden Entwürfe der Trotzlisten im großen und ganzen der marxistisch-leninistischen Orthodoxie folgen, knüpft Bahro zwar auch an Marx an, löst sich jedoch von so manchen Dogmen des Marxismus. Im Mittelpunkt seiner „Alternative“ steht der humanistische Gedanke der „Emanzipation“, der Befreiung des Individuums von Unterdrückung und Vorherrschaft, der v. a. an den jungen Marx erinnert<sup>133</sup>. Der Marxschen politischen Ökonomie ist Bahros Ansatz insofern verpflichtet, als er den Ursprung der Herrschaft in der Teilung der Arbeit (deren produktivitätssteigernde Dimension Marx von Adam Smith übernommen hatte) — und das heißt der marxistischen Begriffswelt zufolge in der „Produktionsweise“ — zu finden meint. Die vertikale Arbeitsteilung zwischen einer entscheidungsbefugten Minderheit — der Bürokratie — und der arbeitenden Mehrheit als bloßer Vollstreckerin von deren Anweisungen muß folglich beseitigt, der Widerspruch zwischen Hand- und Kopfarbeit aufgehoben werden<sup>134</sup>.

---

<sup>132</sup> Ebd., S. 39 ff.

<sup>133</sup> J. Kosta / J. Meyer / S. Weber, *Warenproduktion im Sozialismus*, Frankfurt a. M. 1973, S. 16 ff.

<sup>134</sup> „Damit ist verlangt, das gesamte gesellschaftliche Leben und insbesondere den Produktionsprozeß einschließlich seines informationellen Überbaus so zu organisieren, daß alle die dem allgemeinen Niveau der vorhandenen Produktivkräfte und dem System der sozialen Regulation entsprechenden

Den Weg zur Erreichung dieses Ziels konkretisiert Bahro in folgenden Punkten eines pragmatischen Sofort- und eines utopisch anmutenden Langfristprogramms (hier verkürzt dargestellt):

(A) *Postulate des Initialprogramms*<sup>135</sup>

- (1) Liquidierung der bürokratischen Korruption von oben
- (2) Abschaffung der Arbeitsnormen und des Stücklohns
- (3) Beteiligung des leitenden und intellektuellen Personals an der einfachen ausführenden Arbeit
- (4) rigorose Berichtigung des Lohngefüges mit dem Ziel eines entscheidenden Fortschritts zur Lohngerechtigkeit

(B) *Postulate des Langfristprogramms*<sup>136</sup>

- (1) „Produktionsziel reiche Individualität“: Umgestaltung der Planung in allen Bereichen, Revision ihrer Effektivitätskriterien zwecks Verwirklichung der Einheit von Arbeits- und Bildungsprozeß
- (2) „Neubestimmung des Bedarfs“ an Gütern und des verfügbaren Arbeitspotentials unter Berücksichtigung der Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen
- (3) „Harmonisierung der Reproduktion“: Verlagerung der Prioritäten unter Rücksichtnahme auf die Erfordernisse der Natur und auf humane Arbeitsbedingungen
- (4) „Wirtschaftsrechnung für eine neue Ökonomie der Zeit“: Verschiebung der Präferenz in der Planung und Statistik von der Preis- zur Arbeitszeitbasis
- (5) „individuelle Initiative und reale Gemeinschaftlichkeit“: ökonomische Regulierung über eine „Assoziation von Kommunen“

Obwohl der Autor seine Strategievorstellungen in vieler Hinsicht weit detaillierter erläutert als die hier stichwortartig wiedergegebene Darstellung zeigen kann, bleiben selbst nach der Originallektüre viele Fragen offen: Wie soll das anvisierte System der Planung und Regulierung konkret aussehen? Kann eine bloße Zeitrechnung die überaus komplexen Lenkungs- und Verteilungsprobleme einer modernen Volkswirtschaft in der Tat angemessener — Bahro würde sagen: „nach dem Maß des Menschen“ — lösen als der monetäre Kalkül? Ist es denkbar,

---

individuellen Fähigkeiten erwerben können.“ (R. Bahro, *Die Alternative*, S. 302).

<sup>135</sup> Ebd., S. 455 f.

<sup>136</sup> Ebd., S. 186 f.

daß angesichts moderner Technologien (selbst wenn der humane Aspekt in den Vordergrund tritt) der Gegensatz von physischer bzw. einfacher und intellektueller bzw. komplizierter Arbeit völlig aufgelöst wird?

Es nimmt doch Wunder, daß Bahro zu den Einzelproblemen, die von Reformökonomien in den osteuropäischen Ländern — so auch in der DDR — in den sechziger Jahren ausführlich diskutiert worden waren und auf die auch Antworten gefunden wurden, nicht konkreter Stellung nimmt. Ganz zu schweigen von seinen politischen Postulaten, die angesichts der Erfahrungen im Realsozialismus doch etwas anders thematisiert werden müßten: denn können die politischen Führungsaufgaben in einem Einparteiensystem — ungeachtet aller bestgemeinten Vorschläge des Autors über einen erneuerten „Bund der Kommunisten“ und der Forderungen nach einer Partizipation der Arbeiter an den Planentscheidungen<sup>137</sup> — tatsächlich auf demokratische Weise erfüllt werden? Diese und weitere Fragen deuten an, welch hohes Maß an irrealer Utopie die Lösungsvorschläge Rudolf Bahros enthalten.

Die zu diskutierenden Anregungen der „revisionistischen“ Richtung zur Minderung der Bürokratisierung — hier geht es nämlich nicht mehr um „totale Aufhebung aller Widersprüche“ — ist v. a. durch ihre Realitätsnähe gekennzeichnet. So gehen die Vorschläge der Sozialwissenschaftler, meist Ökonomen, von der konkreten Ist-Situation aus und beachten die Realisierbarkeit ihrer Entwürfe. Als repräsentativ für diese Gruppe, zu denen auch polnische und jugoslawische Wirtschaftswissenschaftler zu zählen wären, sollen hier wiederum einige Aussagen von Ota Šik wiedergegeben werden.

Šik<sup>138</sup> geht es um gangbare Wege, „die die bürokratischen Entwicklungszüge der Verwaltungstätigkeit eindämmen oder stark beschränken“. Dieses Ziel kann nach seiner Meinung nur dann erreicht werden, wenn ein „interner“ und ein „externer Faktor“ wirksam werden. Als interner Faktor wird der Marktmechanismus bezeichnet, der allein in der Lage sei, der Bürokratisierung in der Wirtschaft erfolgreich zu begegnen. Als wichtiges Element der marktwirtschaftlichen Motivation betrachtet Šik die Einkommensabhängigkeit der Wirtschaftsexperten von ihren Investitionsentscheidungen<sup>139</sup>. Da das System der Marktwirtschaft jedoch nicht in allen Sektoren angemessen sei (so z. B. im Bereich der Infrastruktur), müßten hier den Bürokratisierungstenden-

---

<sup>137</sup> Die Forderung Bahros, unter der Formulierung eines „erneuerten Bundes der Kommunisten“ die politischen Führungsaufgaben wiederum einer einzigen politischen Bewegung zuzusprechen, wird zwar nicht in den Programmpunkten aufgeführt, stellt aber dennoch eine zentrale Komponente seiner „Alternative“ dar; dazu vgl. S. 415 ff.

<sup>138</sup> O. Šik, Das kommunistische Machtsystem, a.a.O., S. 104 ff.

<sup>139</sup> Ebd., S. 108.



zen „demokratische und öffentliche Kontrollen“ Paroli bieten. „Der Kampf um die Erweiterung und Vertiefung der Demokratie“ — und dies ist der „externe Faktor“ — sei „also zugleich immer ein Kampf um eine Begrenzung des Herrschaftsbereichs der Bürokratie“<sup>140</sup>.

Daß sich der tschechische Ökonom keinerlei Illusionen über die Möglichkeit einer völligen Abschaffung der Bürokratie hingibt, zeigt folgende Äußerung: „Wichtig ist die Tatsache, daß innerhalb einer pluralistischen Demokratie immer eine Konkurrenz zwischen unterschiedlichen bürokratischen Parteiapparaten existiert, die auch eine Monopolisierung der Staatsbürokratie verunmöglicht. Mit Hilfe konkurrierender politischer Alternativen für verschiedene Verwaltungs- und Leitungsvorgänge können bürokratische Interessen- und Verhaltensweisen leichter bekämpft und eingeschränkt werden“<sup>141</sup>.“ Diese sowie die anschließenden Überlegungen zeigen, daß es Šik um ein freies, demokratisches, sozialistisches Staatswesen geht, welches die Existenz mehrerer Parteien, ein freies, unabhängiges Informationswesen und Gewaltenteilung unter Beibehaltung des Gemeineigentums der entscheidenden Produktionsmittel impliziert.

Vor dem mehr oder minder optimistischen Grundtenor der bisher referierten Vorstellungen über ein mögliches Zurückdrängen von Machtgruppierungen, bürokratischen Apparaten und zentralistisch-administrativen Verfahren unterscheidet sich die weniger normativ gehaltene Arbeit von Konrád und Szelényi. Die beiden ungarischen Sozialwissenschaftler sympathisieren offensichtlich mit der „marginalen“ Intelligenz, der sie schließlich selbst angehören. Dennoch kommen sie zu dem Schluß, daß die entscheidende Gruppe innerhalb der „Intelligenzklasse“, nämlich die Technokratie, mit dem herrschenden Stand gemeinsame Sache mache. Letztlich spiele folglich die Intelligenz die Rolle der herrschenden Klasse in den Ländern Osteuropas<sup>142</sup>. Ob auf lange Sicht ein anderes, demokratisch-sozialistisches Gesellschaftsmodell verwirklicht werden könnte, wird von den Autoren — obwohl ihnen an manchen Stellen eine derartige Alternative vorzuschweben scheint — im einzelnen nicht thematisiert.

## 7. Schlußbemerkung

Die Arbeiten kritischer Marxisten — vielleicht besser „Marxianer“ — zur Bürokratieproblematik dürften angedeutet haben, daß von ihnen insbesondere auf dem Gebiet des Bürokratisierungsproblems in Ost-

<sup>140</sup> Ebd., S. 110 ff.

<sup>141</sup> Ebd., S. 111.

<sup>142</sup> G. Konrád, I. Szelényi, a.a.O., Abschlußkapitel IV/2.

europa, ein nicht unbedeutender Beitrag geleistet wurde. Unsere Ausführungen haben unzweideutig gezeigt, daß seit Lenins Zeiten unter kritischen Marxisten ein Entdogmatisierungsprozeß Platz gegriffen hat, der zweifellos durch das Auseinanderklaffen der normativen Ideen von Marx und seinen Nachfolgern einerseits und den realen Entwicklungen — den Bürokratisierungstendenzen im pejorativen Sinn — andererseits inspiriert wurden. Neben den Verallgemeinerungen eigener empirischer Beobachtungen enthalten die wiedergegebenen Aussagen einige interessante Aspekte, die durch die besondere Sensibilität des Marxismus für die Problematik von Macht und Herrschaft zu erklären ist. Dieser Gesichtspunkt kann jedoch nur dann aussagefähige Forschungsergebnisse erbringen, wenn er sich von dogmatisierten Einzellehrsätzen freimacht und die allgemeinere Frage von „Subordination“, um ein Wort von Bahro zu verwenden, in den Vordergrund rückt. Soll die theoretische Diskussion über das Phänomen Bürokratie weiter vorankommen, so ist ein pluralistischer Theorie- und Methodenansatz vonnöten. Dies haben die „kleinen Schritte“ der hier diskutierten Autoren angedeutet, die immer dann fruchtbar wurden, wenn sich der Verfasser nicht auf marxistische Kategorien und Methoden allein beschränkte, sondern weitere Ansätze mit heranzog.